

WORKING PAPER 2/2015

ENDE FEBRUAR 2015

Wahlenthaltung als Klassenwahlverhalten

*Neuere Befunde aus der Wahlforschung zum Zusammenhang
von Prekarisierung, sozialer Fragmentierung,
sozialräumlicher Klassenbildung und Wahlbeteiligung*

Inhalt

Statt Einleitung und Zusammenfassung	2
I. Wahlbeteiligung: Langfristige Entwicklungen	7
Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen	7
Wahlbeteiligung auf verschiedenen institutionellen Ebenen: NRW	8
Wahlbeteiligung auf verschiedenen institutionellen Ebenen und Alter: Berlin	10
Sinkende Wahlbeteiligung bei nachwachsenden Alterskohorten	11
Wechsel zwischen Nichtwahl und Parteiwahl	11
Zusammenfassung	13
II. Nichtwähler: Untersuchungen im Vorfeld der Bundestagswahl 2013	14
Forsa	15
»Entfremdungsprozess zwischen Politik und Bürger« Umfrage Wähler und Nichtwähler zu Beginn des Wahljahres 2013	19
Institut für Demoskopie Allensbach (IfD)	21
Vermutungen über Nichtwähler II	29
DIW: Arbeitslosigkeit, Armut und ungleiche politische Beteiligung	30
Nichtwahl aus Unzufriedenheit: Option auch für Hochgebildete	32
III. Analysen der Bundestagswahl 2013	34
Armin Schäfer und Bertelsmann-Stiftung: »Prekäre Wahlen«	34
Armin Schäfer und Sigrid Roßteutscher	37
Armin Schäfer: Der Verlust politischer Gleichheit	38
Deutsche Gesellschaft für Wahlforschung	44
Literatur	46

Statt Einleitung und Zusammenfassung

Die kleine Studie »Abschied aus der Demokratie« vom Sommer 2012 trug den Stand der bundesdeutschen Wahl- und Demokratieforschung zur wachsenden Wahlenthaltung und ihres potentiellen sozialen Klassencharakters zusammen. Der Hinweis auf die soziale Schieflage der sinkenden Wahlbeteiligung war verbunden worden mit dem Hinweis auf daraus resultierende Gefahren für Mehrheiten für eine linke Reformpolitik und mit der Hypothese, dass für untere, »prekäre« soziale Schichten der Verzicht auf die Ausübung des staatsbürgerlichen Wahlrechts auch als ein Akt der Selbstbehauptung in einem gesellschaftspolitischen Umfeld, das als feindlich bzw. gleichgültig wahrgenommen werde, verstanden werden könne. Wäre dies der Fall, wäre so etwas wie instinktives Klassenhandeln zu vermuten, an welches durch die traditionellen Mechanismen der Wählermobilisierung kein Anschluss zu finden sei (Kahrs 2012).

Dieser Gedanke lag offenbar zum Greifen nahe. Denn bereits im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 erschienen mehrere vertiefende Nichtwähler-Studien, die die Nichtwahl als Resultat einer »kommunikativen Verständigung«, nicht allein individueller Entscheidung, thematisierten. Anschließend wurde in der deutschen Wahlforschung die Wahlenthaltung bei der Bundestagswahl 2013 erstmals breit unter der Fragestellung eines möglichen Klassenwahlverhaltens untersucht, wenn auch selten dieser Begriff Verwendung fand.

Dieses Arbeitspapier trägt die Ergebnisse der wichtigsten deutschen Untersuchungen zum Thema Wahlenthaltung und Nichtwahl, die nach Abschluss der Vorstudie, also ab Herbst 2012 erschienen, zusammen.

Verlorene Bürgerlichkeit und fehlende Repräsentation – zwei Seiten einer Medaille?

Im Herbst 2013 läutete die Bertelsmann-Stiftung demokratiepolitische Alarmglocken:

*»Deutschland ist längst auf dem Weg in eine sozial gespaltene Demokratie. Die politische Ungleichheit wächst, die Inklusion bricht. Das demokratische Versprechen der Gleichheit aller bleibt uneingelöst.«
(Vehrkamp/Hierlemann 2013, 3)*

»Überproportional viele Nichtwähler« seien bei der Bundestagswahl 2013 »aus den sozial prekären Milieus« gekommen.

»Ihre Meinungen, Präferenzen und Interessen sind im Wahlergebnis unterrepräsentiert. Die Bundestagswahl 2013 war deshalb eine sozial prekäre Wahl.« (Tillmann/Gagné 2013, 6)

Dieses Urteil hatten einige Wahlforscher, meist in weniger drastischen Worten bereits über die vorhergehende Wahl 2009 gefällt und, wie etwa Armin Schäfer vom Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, darauf hingewiesen, dass es sich hierbei nicht um eine aktuelle Entwicklung, sondern um einen seit den 80er Jahren anhaltenden Trend handele. Diese Erkenntnis dämmerte nach 2009 mehr und mehr Demokratie- und Wahlforschern. Die Forschung habe das Problem der sozialen Selektivität bislang zu wenig beachtet; die zunehmende soziale Spaltung der Gesellschaft habe problematische Rückwirkungen auf das Funktionieren des Systems. Denn die sozial und wirtschaftlichen »Angehängten« seien politisch weniger aktiv, mithin weniger involviert und repräsentiert. Daraus entstünden vielerlei Formen der Unzufriedenheit mit der Demokratie, ihre Legitimationsbasis werde geschwächt, was wiederum die Abwendung von der demokratischen Partizipation verstärke (so etwa Decker/Lewandowsky/Solar 2013).

Damit hatte sich die beruhigende Vorstellung, dass die Nichtwähler einen Querschnitt der Gesellschaft abbildeten, erledigt. Wie sollte sie auch am Leben erhalten werden können, wenn insbesondere in den großen Städten die unterschiedlichen Beteiligungsquoten zwischen Stadtvierteln mit unterschiedlicher Lebensqualität immer wieder ins Auge stachen? Die »sozialen Brennpunkte« wurden so als »politische Brennpunkte« erkannt und rückten in den Mittelpunkt man-

cher neuerer Forschungen zur politischen Partizipation auch jenseits des Wahltages, etwa am Göttinger Zentrum für Demokratieforschung – oder eben bei der Bertelsmann-Stiftung. Die Unsicherheit über die Bedeutung dieser Entwicklung und das Bedürfnis, herauszufinden, was vorgeht und was zu erwarten sein könnte, wuchs.

Bereits 2011 hatte das sozialdemokratische Debattenmagazin »Berliner Republik« einen Beitrag von Guy Standing gebracht, der vor dem Hintergrund der Unruhen und Brände in britischen Städten konstatierte, dass aus der Liberalisierung im Zuge der Globalisierung »eine neue gefährliche Klasse« hervorgegangen sei, eine »Klasse im Werden, zersplittert in frustrierte und verbitterte Gruppen, jedoch verbunden in ihren Unsicherheiten und Ängsten«. Teile wendeten sich der extremen Rechten zu, andere drifteten in anarchisches Verhalten oder politische Abstinenz und weitere sehnten eine grüne Sozialdemokratie herbei. Standing verwendet für die »Klasse im Werden« bzw. »neue gefährliche Klasse« den Begriff »Prekariat«. (Standing 2011)

In der deutschen Debatte hatte in der jüngeren Zeit davor erstmals die Studie von Gero Neugebauer über politische Milieus im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung auf solche neuen Klassenbildungsprozesse hingewiesen. Es gebe in Deutschland eine Unterschicht, der insgesamt 26% der Bevölkerung zugehörten, die »sich kaum noch Aufstiegschancen aus(rechnen): Unterschicht bleibt Unterschicht.« (Neugebauer 2007, 46) Gemeinsamkeiten wie »Herkunftsfamilie«, »aus sehr einfachen Verhältnissen«, »einfache bis mittlere Schulbildung«, »einfache und mittlere Tätigkeiten, eher traditionelle Arbeitsverhältnisse« seien prägend; im politische Raum gelte »Politikinteresse, politisches Kommunikations- und Teilhabeverhalten unterdurchschnittlich«, »wenig Politikinteresse«, »ausgesprochen politikfern«, »hoher Anteil von Nichtwählern«, »höchster Nichtwähleranteil« (Neugebauer 2007, 79-84). Eine Teilgruppe charakterisierte Neugebauer als Milieu des »abgehängten Prekariats« und löste damit zumal bei seinen linken Kritikern Assoziationen zum klassistischen Kampfbegriff »Lumpenproletariat«. Seit dieser Debatte steht die Verwendung des Begriffs Prekariat in Deutschland in der Gefahr, als klassistische Verengung verstanden zu werden. Der Auftrag der Studie bestand darin, politische Milieus zu identifizieren, die für sozialdemokratische Reformpolitik in der Nach-Schröder-Ära ansprechbar seien. Die sozialen Unterschichten zählten zu größeren Teilen nicht dazu.

In dem auf bestimmte soziale Lebenslagen und (politische) Einstellungen verengten Sinn lebt der Begriff »prekäres Milieu« (z.B. als eines von zehn SINUS-Milieus) fort und findet auch in der Forschung weiterhin Verwendung, etwa bei der Bertelsmann-Stiftung: Die Wertorientierungen der Leistungs- und Wettbewerbsgesellschaft drängen nicht mehr nach unten durch, in den sozial schwächeren Milieus dominierten »Sicherheitsbedürfnis, Ordnungsliebe und Kleinbürgertum«, »große Zukunftsängste, geringe Aufstiegsperspektiven und soziale Benachteiligungen«, die »Prekären und Hedonisten« seien geprägt »von einer spaß- und erlebnisorientierten Unterschicht, die sich den Konventionen und Verhaltenserwartungen der Leistungsgesellschaft verweigert. Wo diese Grundhaltungen auftauchen, ist die Wahlbeteiligung unterdurchschnittlich.« (Tillmann/Gagné 2013, 3) Die »spaß- und erlebnisorientierte Unterschicht« ist unschwer als bildungsbürgerliche Chiffre für die Rückkehr der »gefährlichen Klassen« zu erkennen. Die Bertelsmänner sehen die Parteien gefordert, die sich »vielfach aus diesen Stadtteilen zurückgezogen haben« und »ihre Parteilarbeit und Wahlkampfaktivitäten lieber nur dort an(bieten), wo sie auf Nachfrage stoßen« (Verharkamp/Hierlemann 2013, 4).

Die Gleichgültigkeit gegenüber dem politischen Betrieb wird als Gefahr gesehen. Sie ist wiederum nicht auf die sozialen Unterklassen begrenzt. In einem Kommentar zu den Landtagswahlen vom September 2014 heißt es:

»Klar ist aber auch: Vielen Bürgern ist es offenbar egal, wer das Rennen macht. Sie bleiben zu Hause – was übrigens ihr Recht ist – und überlassen anderen die Entscheidung. Oder sie wählen irgendeine als Paria verschriene Partei aus Protest. (...) Doch diese Emigration aus der Res publica, die sich doch stärker auf kommunaler Ebene zeigt, kann auch als Zeichen der Verachtung der herrschenden Ver-

hältnisse insgesamt gesehen werden. Ohne Bürger ist aber kein Staat zu machen. Das kann die an die Mach bringen, die auf Wahlen gar keinen Wert mehr legen.» (Müller 2014, 1)

Hier ist nicht von den neuen gefährlichen Klassen in den urbanen »Problemvierteln« die Rede, sondern allgemein vom Verlust republikanischer Bürgerlichkeit. Diese Debatte wurde insbesondere vom verstorbenen FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher nach dem Ausbruch der Finanzkrise 2007/2008 befeuert. In der Krisenserie seit 2007 habe sich nicht nur die Amoralität und Anti-Sozialität des neoliberalen Marktes offenbart, von ihr gehe auch keine mobilisierende, sondern eine lähmende Wirkung aus. Die neoliberale Überhöhung der Marktkräfte habe nicht nur die Werte »ehrbaren« Wirtschaftens ausgehöhlt, sondern auch die Sphäre des Politischen, der gemeinsamen öffentlichen Angelegenheiten entwerte, den Idealen guter Bürgerlichkeit den Boden unter den Füßen weggezogen.

»Parlamentarische, überhaupt demokratische Politik scheint ohnmächtig gegenüber der Diktatur der »Märkte« und verselbständigten internationalen Exekutiven. In einer solchen Situation breitet sich ein Phänomen aus, das Althistoriker kennen: die Apolitie.« (Fülberth 2013, 27)

Der Verlust republikanischer Bürgerlichkeit setzte, darauf verweist auch Fülberth, früher ein. Er verweist auf das (vermeintliche) »Ende der Geschichte«, den Verlust des äußeren Feindes. Auch andere Ereignisse werden herangezogen. Dem »bürgerlichen Lebensentwurf« gehe es um das Glück – etwa der Stadt, der Familie, des Einzelnen, und dazu gehöre, dass dem Bürger ein aktives öffentliches Leben abverlangt werde. Diese »aktive Komponente der Bürgerlichkeit« sei vergessen, verdrängt, etwa als Georg W. Bush nach den Anschlägen vom 11. September 2001 die Bürger nicht zur Verteidigung ihrer Ideale auf die Straße rief, sondern sie ermahnte, »wieder einkaufen zu gehen«. »Dabei ist der Bürger gerade nicht nur der Verbraucher.« (Minkmar 2014, 9). »Der Bürger«, der sich nicht mehr um seine öffentlichen Angelegenheiten kümmert, ist das Gegenstück zu den »gefährlichen Klassen«:

»In einer bürgerlichen Gesellschaft übernimmt die Gemeinschaft existentielle Aufgaben wie Sicherheit, Gesundheit und Bildung, sie ist das Gegenmodell zu einer von Oligarchen dominierten Ordnung, in der gegen Bezahlung alles geht und ohne Geld alles erduldet werden muss. Darum sind allzu krasse soziale Unterschiede auch bald das Ende des bürgerlichen Miteinanders.« (Minkmar 2014, 9)

Wer nicht wählt, übernimmt auch für das Ergebnis keine Verantwortung: Wahlverweigerung als Rückzug des Bürgers aus ihrer »Minimalverantwortung« (Herfried Münkler). Die Zugehörigen einer Gesellschaft begegnen sich nicht mehr als »Bürger«, sondern als Zugehörige zu bestimmten Milieus, Klassen oder, um einen anderen hier analogen Begriff zu verwenden: Parallelwelten.

Wenn in diesem Arbeitspapier auf die Wahlenthaltung der Unterschichten fokussiert wird, so ist dabei immer mitzudenken, dass deren gesellschaftliche Brisanz – gerade auch in dem Herangehen etwa der Bertelsmann-Stiftung - immer aus der Gleichgültigkeit in bürgerlichen Schichten gegenüber den krassen sozialen Unterschieden resultiert. Wahlenthaltung findet auch dort statt. Die »bürgerliche Mitte« ist nicht homogen, sondern selbst in verschiedene Milieus und Klassen fragmentiert.

Festzuhalten ist: Der Mainstream in der Wahl- und Demokratieforschung hat sich geändert, er ist nunmehr eher von einer republikanischen Demokratievorstellung geprägt. Jedenfalls finden sich in den Analysen zur Wahlbeteiligung 2013/2014 nur noch marginale Stimmen, die die Wahlenthaltung im Sinne der ökonomischen Demokratietheorie interpretieren, als eine Art Nachfragesättigung, die dann als Zufriedenheit interpretiert wird.

Prekarisierung und Wahlbeteiligung

»Das Prekariat geht nicht wählen« - seit der Neugebauer-Studie hat sich dies zu einer Art geflügeltem Wort entwickelt, mit je nach Interessenlage unterschiedlicher Tonlage. Tatsächlich zogen FES und SPD aus der Neugebauer-Studie die Schlussfolgerung, dass mit dem »Prekariat« Wahlen nicht zu gewinnen seien. Die nötigen Wahlversprechen seien nur durch ein Ausmaß an Umverteilung zu finanzieren, das andere Wählerschichten abschrecken würde. Also konzentrierte man sich auf diese »politiknäheren« Schichten. Das Ergebnis zeigte: Ohne das »Prekariat« kann ein Sozialdemokrat nicht wieder Kanzler werden. Das Leitmotiv für die Nichtwähler-Studie der FES 2012 lautete dann fast schon zwangsläufig: »Wähler im Wartesaal« bzw. »Wartestand«. Ziel des Wahlkampfes sollte sein, vor allem die 2009 zur Wahlenthaltung abgewanderten sozialdemokratischen Wähler durch einen »Haustür-Wahlkampf« zurückzugewinnen. Auch dieses Vorhaben scheiterte. Die Forsa-Studie für die FES ist als systematischer Ansatz einer Partei zu verstehen, gezielt Wähler aus dem »Lager« der Nichtwähler zurückzugewinnen. Ermutigt wurde er durch positive Erfahrungen im Frankfurter Oberbürgermeister-Wahlkampf 2011.

Andere Studien, auch diejenigen der Bertelsmann-Stiftung, zielten stärker darauf, wie sich eine bestimmte individuelle Lage, geprägt durch soziale Merkmale wie Bildung, Einkommen, Arbeit in politisches Verhalten, hier: Nichtwahl; übersetzt. Sie spüren, wenn man will, dem Zusammenhang von »Prekarisierung« und Partizipation nach. »Prekarisierung« dient hier zunächst als ein eher technokratischer Hilfsbegriff, der ein breites Spektrum von Phänomenen, eine chaotische Mannigfaltigkeit, umfasst: etwa arbeits- und sozialrechtliche Merkmale, Einkommens- und Lebenslagen und mannigfaltige Alltagspraxen und -erfahrungen, etwa die Entwertung traditioneller beruflicher Qualifikationen durch neue internationale Arbeitsteilung und technologische Innovationen, den niedrigen sozialrechtlichen Schutz des Arbeitsverhältnisses bis zur modernen Tagelöhnerie, die drückende Einkommensknappheit, die lebenszyklische Phase der Übergänge in gesicherte Arbeitsverhältnisse, die zeitliche Entgrenzung von Arbeit und Verfügbarkeit, die wachsenden Stress-Erfahrungen; ausgeblendet bleiben meist die Subjektivität positiver Erfahrungen und Autonomieerwartungen. Diese Mannigfaltigkeit enthält zahlreiche Beispiele, die entweder auf einen positiven oder auch auf einen negativen Zusammenhang zwischen Prekarisierung und Partizipation hindeuten.

Tatsächlich ist der Zusammenhang, wenn es denn einen gibt, nur als ein Zusammenhang auf der Zeitachse vorstellbar, als Ausdruck von Erkenntnissen und Erfahrungen, die im Zuge der Prekarisierung gewonnen werden. Da die soziale Schieflage in der Wahlbeteiligung seit Mitte der 1980er Jahre erkennbar ist, kann es hilfreich sein, verschiedene zeitliche Etappen zu unterscheiden, mit denen verschiedene sie prägende Formen von Prekarisierung und des sozialstaatlichen Um- und Abbaus verbunden sind: anfänglich dominierte die Entwertung industrieller Qualifikationen und Positionen und daran gebundener sozialer Positionen; es folgte die »Rückkehr der Proletariat« (Karl-Heinz Roth), soziale Schließungserfahrungen standen im Vordergrund insbesondere für Jugendliche mit geringen Schulzeiten; eine dritte große Linie bildete die Erfahrung insbesondere der Kinder aus sozialen Aufsteigerfamilien, dass auch lange Bildungszeiten und gute Qualifikationen in der »Wissensgesellschaft« nicht den Zugang zu guten Arbeitsplätzen garantieren, Stichwort »Generation Praktikum«. (vgl. zu den Etappen Kahrs 2012) Zwar standen diese sozialen Erfahrungen nacheinander im Blickpunkt der Aufmerksamkeit, aber sie lösten sich nicht ab. Sie bestehen nebeneinander fort und führen zu teilweise auch sozialräumlich deutlich getrennten Alltagswelten der Prekarisierung (vgl. Kahrs 2013, vom Berge 2014). Teilweise »vererbten« sie sich vermutlich auch.

Die im folgenden analysierten Studien der Bertelsmann-Stiftung, des DIW u.a. setzen an dieser Fragestellung an: Unter welchen Bedingungen führen Arbeitslosigkeit, Niedriglöhne, geringe Schulzeiten und andere sozial- und arbeitsrechtliche Merkmale von Prekarisierung bzw. »prekären Lebenslagen« zu in der Tendenz dauerhafter Wahlenthaltung? Es werden zwei entscheiden-

de Faktoren ermittelt: die soziale Herkunft und die »Nachbarschaft« bzw. alltägliche Kommunikationswelt, sozialräumliche Alltagswelt. Beide Faktoren deuten auf das, was Standing als »Klasse im Werden« bezeichnete bzw. was man für Deutschland als »Rückkehr der Klasse« in die Soziologie bezeichnen könnte.

Nicht die sozial- und arbeitsrechtliche Prekarität prägt das Partizipationsverhalten. Die gut gebildeten »prekären Kreativen« sehen den eigenen prekären Status eher als vorübergehend, das spätere Einrücken in den sozialen Klassenstatus der Eltern aufgrund der eigenen Ressourcen als wahrscheinlich. Aber das sozialräumliche Zusammenkommen von materieller Prekarität und formal niedrigem Bildungsgrad prägt die Tendenz zu sinkender Wahlbeteiligung. *»Je niedriger der durchschnittliche Bildungsgrad in einem Stadtviertel ist, desto niedriger fällt die Wahlbeteiligung aus.«* (Schäfer/Roßteutscher 2015, 108) Weiter gilt: Die niedrigere Wahlbeteiligung bei den unter 55Jährigen weist eine klare Unterscheidung nach Bildungsabschluss auf, die mit abnehmendem Alter schärfer wird. Bei den unter 36jährigen lag die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 bei Wahlberechtigten mit »niedrigem Abschluss« bei gut 45%, bei denjenigen mit »mittlerem Abschluss« bei gut 75% und bei denjenigen mit »hohem Abschluss« bei über 90% (Lamers/Roßteutscher 2014, 122). Die seit den 90er Jahren verstärkter zu beobachtende stärker sinkende Wahlbeteiligung Jüngerer mag zwar auch auf eine abnehmende Verinnerlichung der Norm »Wählen ist Bürgerpflicht« zurückgehen, doch sie ist, und das ist entscheidend, unverkennbar mit dem Bildungsgrad und somit stark mit der Herkunft verknüpft.

Die Erklärung der sozialen Schieflage, der sozialen Spaltung im Wahlverhalten als ein wie auch immer instinktives oder bewusstes Klassenverhalten, die Interpretation der Wahlenthaltung als neues Klassenwahlverhalten der Arbeiter, wie Schäfer vorschlägt, gibt linken Parteien eine harte Nuss zu knacken. Dieses über Jahrzehnte »eingübte«, kollektiv erlernte Verhalten ist kurzfristig nicht umkehrbar. *»Die Herausforderung besteht darin, eine politische Agenda zu verfolgen und eine Sprache zu sprechen, die eine Mehrheit rund um einen positiven progressiven Konsens versammelt.«* (Standing 2011) Doch davor steht noch die Erkundung der entsprechenden Alltagswelten, Einstellungen und Erwartungen, der »unsichtbaren« Politikagenda als erster, nächster Schritt

Überblick und Entschuldigung

Die folgende Analyse beginnt mit einem Blick auf die langfristigen Entwicklungen in der Wahlbeteiligung und damit auf diejenigen Faktoren, die im zweiten und dritten Teil nicht mehr behandelt, aber vorausgesetzt sind:

- die Ausdifferenzierung der Wahlbeteiligung nach institutionellen Ebenen, d.h. Nichtwähler etwa bei Landtagswahlen können Wähler bei Bundestagswahlen sein;
- der Rückgang der Wahlbeteiligung in den Altersgruppen der ab 1965 geborenen Jahrgänge;
- der ständige Wechsel zwischen Parteiwahl und Nichtwahl, der ein weiteres Segment der Wahlenthaltung bildet.

Im zweiten Teil werden vor allem die beiden großen Nichtwähler-Umfragen von Ende 2012 bzw. Frühjahr 2013 behandelt. Der dritte Teil befasst sich dann mit Analysen zum Bundestagswahlergebnis auf der Basis der amtlichen Statistik und der GLES-Datenbank.

Zielstellung dieses Arbeitspapiers ist eine Auseinandersetzung mit jüngsten Publikationen aus dem Arbeitsfeld der deutschen Wahlforschung zur sinkenden Wahlbeteiligung, insbesondere unter der Fragestellung, von und wieweit von einem neuen Klassenwahlverhalten gesprochen werden kann. Ziel ist nicht die systematische Aufarbeitung der wissenschaftlichen Literatur zum Zusammenhang von sozialer Lage, Milieu- und Klassenzugehörigkeit und Wahlverhalten. Die Literaturbezüge und -nachweise orientieren sich ausschließlich an diesem Blickwinkel und sollten auf keinen Fall als Überblick über die »wichtigste« Literatur zum Klassenwahlverhalten usw. missverstanden werden.

I. Wahlbeteiligung: Langfristige Entwicklungen

In der langfristigen Betrachtung der Wahlbeteiligung in Deutschland zeichnen sich seit 1949 unterschiedliche Entwicklungslinien ab. Sie betreffen auf den ersten Blick drei unterschiedliche Aspekte:

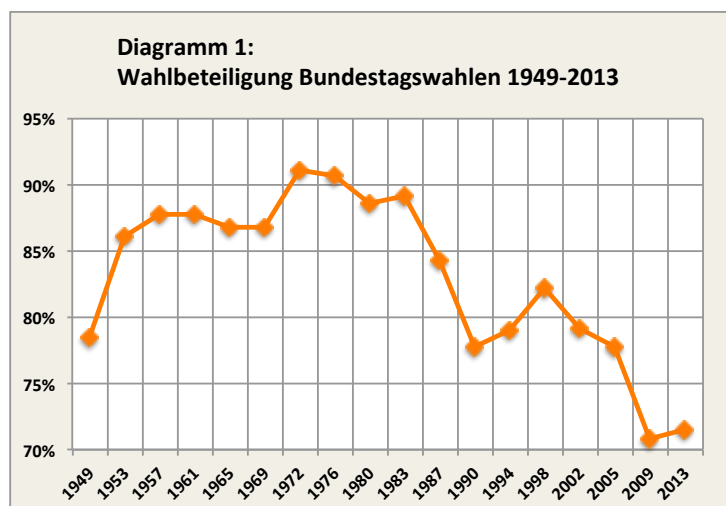
- die in den vergangenen drei Dekaden im Ergebnis abnehmende Wahlbeteiligung bei Wahlen auf derselben institutionellen Ebene (Bund, Land, Kommune; EU);
- die stärker sinkende Wahlbeteiligung bei jüngeren Wahlberechtigten;
- die Ausdifferenzierung des Wahlverhaltens im Vergleich verschiedener institutioneller Ebenen.

Bereits aus diesen Unterscheidungen resultiert die Erkenntnis, dass es den Nichtwähler oder die Partei der Nichtwähler nicht gibt. Wahlberechtigte, die sich an Landtags- oder Kommunalwahlen nicht beteiligen, nehmen sehr wohl an Bundestagswahlen teil. Offenbar spielt hier die Bedeutung, die der Wahl vom Wahlberechtigten, seinem Umfeld und der öffentlichen Aufmerksamkeit zugeschrieben wird, eine Bedeutung. Es gibt dabei sowohl um die angenommene Bedeutung für das eigene Lebensumfeld wie auch um die mediale Aufmerksamkeitsökonomie: regionale Wahlen spielen in überregionalen Medien kaum eine Rolle. Die Tatsache, dass die Wahlbeteiligung in den jüngeren Alterskohorten sinkt, wird gemeinhin mit einer abnehmenden Wahlnorm, also der Internalisierung der Wahlbeteiligung als eine gute Bürgerpflicht zu Gunsten eines »politischen« Konsumentenverhaltens in Verbindung gebracht, also einem generationell vermittelten Bedeutungsverlust von Wahlen, einer in den jüngeren Alterskohorten anwachsenden Gleichgültigkeit gegenüber dem politischen Betrieb, die etwas anderes ist als die berüchtigte »(Politik-/Parteien-/Politiker-)Verdrossenheit«. Schließlich ist Nichtwahl auch eine Wahl: ein Verhalten gegenüber der eigentlich präferierten Partei bzw. der Bedeutung, die der eigenen Stimmabgabe für den Wahlausgang zugeschrieben wird. Wenn festzustehen scheint, wer regiert und wer opponiert, dann kommt es für diese Verteilung auf ein paar Stimmen bzw. Prozentpunkte mehr oder weniger auch nicht an... Und die auf der Basis der Nachwahlbefragungen erstellten Wählerstromkonten von Infratest dimap behaupten immer wieder erhebliche Wechsel von der Nichtwahl zur Parteiwahl und umgekehrt.

Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen

Seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 lag die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen in allen Ländern über derjenigen bei anderen Wahlen. Bundestagswahlen haben in den Augen der Wahlberechtigten demnach die größte Bedeutung, wenn man die Teilnahme zugleich als Bedeutungszuschreibung ansieht. Die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen kann somit als ganz ein allgemeiner Indikator für demokratische Partizipationsbereitschaft betrachtet werden.

Bei den letzten beiden Wahlen lag die Wahlbeteiligung deutlich unter derjenigen bei der ersten Bundestagswahl. Dazwischen lassen sich verschiedene Phasen ausmachen. Die erste Phase reicht bis 1969, bis zum Ende der CDU-Kanzlerschaft. 1972, die Wahl nach dem gescheiterten Misstrauensvotum gegen Willy Brandt, brachte die größte Wählermobilisierung in der Ge-



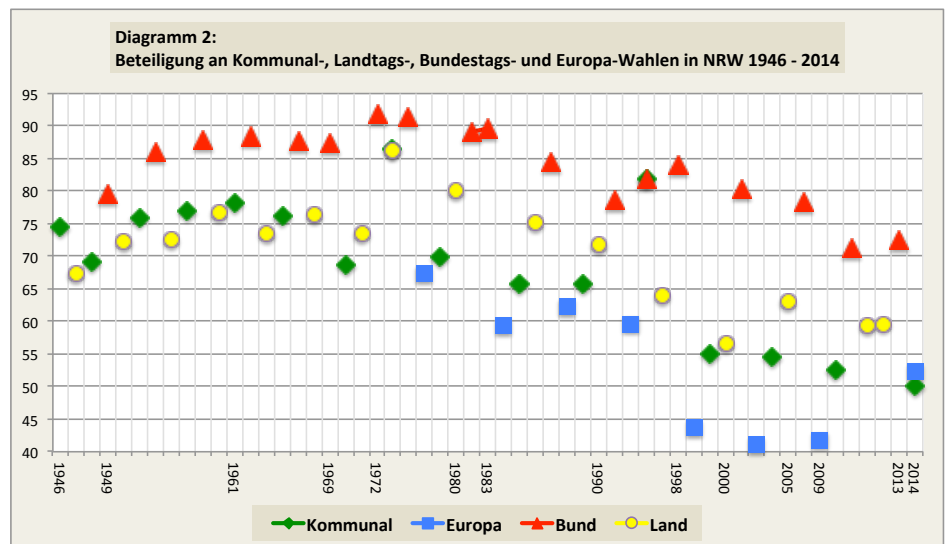
schichte der Republik. Noch 1983, bei der erstmaligen Wahl von Helmut Kohl zum Kanzler, lag die Wahlbeteiligung noch höher als in den 60er Jahren. Die Jahre der »geistig-moralischen Wende« waren zugleich Jahre der beginnenden Depolitisierung, soweit sie sich in einer sinkenden Wahlbeteiligung ausdrückt. Ein erster Tiefpunkt wurde bei der »Einheitswahl« im Dezember 1990 mit einer Wahlbeteiligung von 77,8% (1949: 78,5%) erreicht. Die Abwahl von Helmut Kohl 1998 mobilisierte eher einmalig, vor allem nach 2005 setzte ein zweiter deutlicher Entpolitisierungsschub ein.

Diese Bewegungen sind einer politischen Interpretation bzw. einem Gedankenexperiment zugänglich: Die ersten Jahre der Kanzlerschaft von Willy Brandt brachten Aussichten auf eine Auflösung politischer Nachkriegsblockaden, Verbesserung der Lebensbedingungen breiter Bevölkerungsschichten und Demokratisierung über den engen Rahmen des politischen Systems hinaus. Sie waren verbunden mit einer weitgehenden Politisierung der Gesellschaft, vor allem aber mit der Hoffnung auf individuelle soziale Aufstiegsmobilität und soziale Sicherheiten für Arbeitnehmer. In den 80er Jahren wurden diese Hoffnungen unterminiert: durch anwachsende strukturelle Massenarbeitslosigkeit, durch wachsende Rat- und Machtlosigkeit sozialdemokratischer Politik in Ländern und Kommunen gegenüber den Folgen des industriellen Ab- und Umbaus, kulminierend im verlorenen Kampf um »Rheinhausen«, der wiederum zusammenfiel mit dem Vormarsch der CDU in ehemals sozialdemokratischen Großstädten, vor allem aber durch eine anwachsende Propaganda gegen eine angeblich zu hohe »Sozialstaatsquote« in Verbindung mit wachsenden Schuldenbergen der öffentlichen Kassen. Schon der Rückgang von 2002 auf 2005, aber erst recht derjenige auf 2009 lässt sich mit der sozialdemokratischen Wende in der Sozialstaats- und Arbeitsmarktpolitik verstehen. Die demonstrative Abkehr von der klassischen Arbeitnehmerschaft und ihren sozialen Perspektiven wurde durch die Große Koalition 2005-2009 praktisch wahlpolitisch durchgesetzt. Klassische Arbeitnehmer fanden sich in der Agenda-Politik nicht mehr repräsentiert, das Regieren der SPD in der großen Koalition bestätigte, dass auf eine Wiederkehr altvertrauter sozialdemokratischer Verbesserungs- und Fortschrittspolitik nicht mehr zu hoffen sei. Dieses Gedankenmodell mag grobschlächtig, gar falsch sein. Jedoch zeigt es, dass die erkennbaren Entwicklungsphasen in der Wahlbeteiligung sehr wohl weniger auf die Formebene der Politik und mehr auf die Inhaltsebene zu beziehen sein könnten.

Wahlbeteiligung auf verschiedenen institutionellen Ebenen: NRW

Nordrhein-Westfalen (NRW) ist nicht nur das bevölkerungsreichste Bundesland. Es steht auch in besonderer Weise für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft nach dem zweiten Weltkrieg um den alten (schwer-)industriellen Kern und den Erfolg sozialdemokratischer Integrationspolitik. Ursprünglich katholisch-schwarz gelang es der SPD über ihre Betriebs- und Stadträte bis Mitte der 60er Jahre, NRW zu einem »roten Land« zu machen, wo erstmals ein sozialliberaler Ministerpräsident gewählt wurde.

Das Diagramm 2 zeigt die



Wahlbeteiligungsquoten für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament für das Gebiet des Landes Nordrhein-Westfalen. (1975 wurden kommunale Parlamente und das Landparlament an einem Tag gewählt, 1994 fanden Kommunal- und Bundestagswahl an einem Tag statt, 2014 Kommunal- und Europa-Wahl.)

Unschwer lässt das Diagramm erkennen, dass die Abstände der Beteiligungsquoten zwischen den einzelnen Ebenen größer geworden sind und dass sie jeweils sinken. Weiter lassen sich vier verschiedene Phasen unterscheiden, für die sich, ohne die verzerrenden Doppelwahltag, charakteristische durchschnittliche Wahlbeteiligungen ermitteln lassen (vgl. Tabelle).

Durchschnittliche Wahlbeteiligung (ohne Doppelwahltag mit höherer Ebene)					
Periode	Kommune	Land	Bund	Europa	Differenz
1946 - 1966	75,1	73,1	85,9		12,8
1969 - 1983	68,1	79,9	89,8	67,4	22,4
1984 - 1998	65,7	70,3	82,2	60,4	21,8
1999 - 2014	53,0	59,7	75,6	44,8	30,8

In den ersten 20 Jahren liegt die Beteiligung an den Kommunalwahlen mit durchschnittlich 75,1% leicht über derjenigen bei Landtagswahlen, die

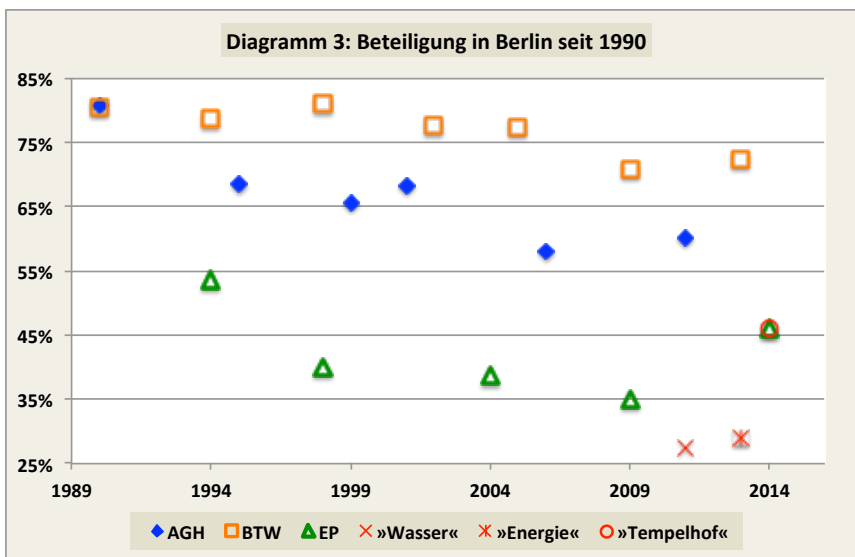
durchschnittliche Differenz zwischen der Ebene mit der höchsten und derjenigen mit der niedrigsten Beteiligung (hier: Bund – Land) beträgt 12,8%punkte. Bis 1983 folgt eine Phase abnehmender Bedeutung der Kommunalwahlen bei steigender Beteiligung an Landtags- und Bundestagswahlen. Die Beteiligung an der ersten EP-Wahl 1979 liegt auf Kommunalwahl-Niveau, die maximale Ebenen-Differenz steigt im Ergebnis einer Doppelbewegung aus Beteiligungszuwachs hier und –rückgang dort auf 22 Prozentpunkte. In den folgenden 15 Jahren bleibt die Beteiligung an Kommunalwahlen etwa auf dem Zwei-Drittel-Niveau, während diejenige bei den anderen Wahlen deutlich sinkt, die Ebenen-Differenz bleibt konstant. Nach der Bundestagswahl 1998 setzt ein deutlicher Rückgang auf allen Ebenen ein, die Differenz steigt wegen des starken Rückgangs bei der Europawahl auf über 30 Prozentpunkte. Ließe man sie außer acht, betrüge sie zwischen Bundestags- und Kommunalwahl gut 22 Prozentpunkte, wäre also in etwas mit derjenigen der beiden Vorphasen vergleichbar. Vor dem Hintergrund der Sozialgeschichte NRWs und der sozialstaatlichen Entwicklung der Bundesrepublik lassen sich diese Phasen ebenfalls politisch modellieren:

In den ersten zwanzig Jahren lagen die für die Bewältigung des Alltagslebens wichtigen Felder zu großen Teilen in kommunaler Hand: Wohnungsbau, Integration von Migranten (»Heimatvertriebene«), Aufbau der lokalen Infrastruktur unter den Bedingungen der großen Industrie. Wichtige Ressourcen und Handlungshorizonte waren lokal. Ab Ende der 1960er Jahre wurden eine Reihe von Aufgaben entkommunalisiert, kommunale und genossenschaftliche Betriebe attackiert (»roter Filz«, »Neue-Heimat-Skandal«), vor allem aber wurden beim Land angesiedelte Aufgaben (Landes- und Raumplanung, Schul- und Hochschulbildung als Medium sozialer Aufstiegsmobilität) bedeutsamer. Auf nationaler Ebene machte der Demokratisierungsprozess im Gesetz über die betriebliche Mitbestimmung erst kurz vor originären Eigentümerinteressen, den Investitionsentscheidungen halt. Von Mitte der 80er Jahre bis zur Jahrhundertwende sinkt die durchschnittliche Beteiligung an Kommunalwahlen kaum noch dafür aber diejenige an den Landtags- und Bundestagswahlen. Dies geschieht vor allem parallel zum industriellen Abbau im Ruhrgebiet und der Niederlage im Kampf um »Rheinhausen«. Die zentrale Klassenerfahrung dieser Zeit lautet, dass die demokratischen und sozialstaatlichen Institutionen die Entwertung von Qualifikation, sozialer Stellung und Einkommen nicht aufhalten können und für existentielle Fragen der eigenen sozialen Nahwelt nicht (mehr) zuständig sind, sondern »die Globalisierung«, »die Märkte« und andere anonyme Mächte, die der Reichweite demokratischer Entscheidungen entzogen sind. Die wichtigen Einbrüche finden in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre statt, in den 1990er Jahren stagniert die Wahlbeteiligung auf Bundes- und Landesebene eher, steigt 1998 einmalig an und liegt bei der Bundestagswahl 2005 auf dem gleichen Niveau wie 1990. Die Beteiligung an Landtagswahlen ist weiter leicht gesunken, diejenige bei Kommunalwahlen stark, die Sozialdemokraten verlieren die meisten Großstädte. Letzteres ist vor allem Ausdruck des ak-

tiven wirtschaftlichen Umbaus der Industrie und des Ausbau der »Dienstleistungsgesellschaft« im Ruhrgebiet. Das Ruhrgebiet differenziert sich zwischen und in den einzelnen Städten, verknüpft gesagt, in einen korporatistisch eingebundenen »Kern der Leistungsträger« und vielfältige Ränder, denen die Erfahrung des Nicht-mehr-richtig-dazu-gehörens gemeinsam ist. Die vorläufig letzte Etappe findet zwischen 1998 bzw. 2005 und 2009 statt. Nachdem die demokratische Partizipation Arbeitslosigkeit, Abbau von Arbeitsplätzen und Zerstörung vertrauter Lebenswelten nicht verhindern konnte, verabschiedet sich die sozialdemokratische Partei mit den Arbeitsmarktreformen auch ideologisch von der Verteidigung der Gleichwertigkeit der Arbeitnehmerinteressen. Die Entwertung des Sozial- und Kollektiveigentums (Stichworte: Privatisierung, Rentenreform, Riester-Rente) wird mit den Arbeitsmarktreformen ratifiziert – siehe oben.

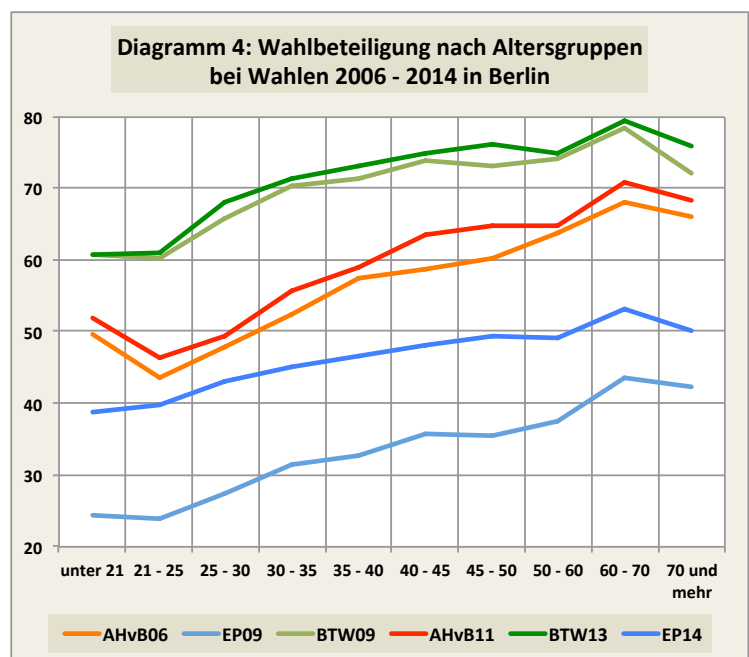
Auch diese Interpretation stellt darauf ab, dass sich im Wahlbeteiligungsverhalten Spurenelemente eines Klassenverhaltens wieder finden lassen. Darauf wird im zweiten Teil des empirische Material zu befragen sein.

Wahlbeteiligung auf verschiedenen institutionellen Ebenen und Alter: Berlin



Im Stadtstaat Berlin werden kommunale Parlamente (Bezirke) und Landesparlament (Abgeordnetenhaus) traditionell an einem Tag gewählt, gleichzeitig trägt das Abgeordnetenhaus eher die Züge eines (kommunalen) Großstadt-Parlaments denn eines Flächenland-Parlaments wie z.B. der Landtag in NRW (vgl. Diagramm 3). Die Wahlbe-

teiligung für die Bundestagswahlen zeigt für die letzten zwanzig Jahre einen ähnlichen Verlauf wie insgesamt im Bund, allerdings auf einem niedrigeren Niveau. Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus ist erstmals bei der Wahl 2006 ein großer Einbruch zu verzeichnen – ein deutlicher Hinweis auf die Enttäuschungen, die in der ersten Legislaturperiode des rot-roten Senats produziert wurden und dennoch gerichtet mit den Entwicklungen in anderen Bundesländern, bei denen zwischen 1998 und 2006 ebenfalls mindestens einmal die Wahlbeteiligung auf Landesebene dramatisch einbrach. Deutlich niedriger noch als die Stadtangelegenheiten mobilisierten die Europa-Parlamentswahlen die Bewohner einer europäischen Metropole. Hier liegt die

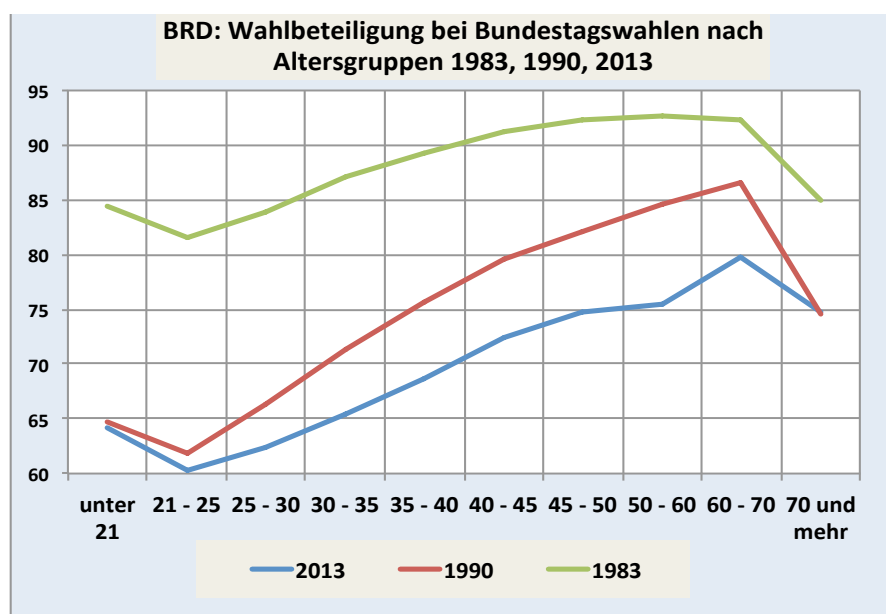


Beteiligung z.T. deutlich unter dem Bundesdurchschnitt, der jüngste Anstieg dürfte mit dem gleichzeitigen Volksentscheid zur Tempelhof-Bebauung zusammen hängen. Für die Mobilisierungskraft eines Doppelwahltages könnte sprechen, dass gerade bei den unter 50jährigen die Beteiligung stärker anstieg (vgl. Diagramm 4).

Die Wahlbeteiligung nach Altersgruppen, wie sie von der repräsentativen Wahlstatistik ausgewiesen wird, zeigt, dass die Institutionen-Differenz in allen Altersgruppen vorhanden ist, wobei sie bei den jüngeren Kohorten etwas stärker ausgeprägt sein könnte (Gegenbeispiel: Zusammenlegung von »Tempelhof«-Entscheid und EP-Wahl). Gleichzeitig ergeben sich erste Hinweise darauf, dass die Entscheidung zwischen Nichtwahl und Parteiwahl, etwa bei der Abgeordnetenhauswahl 2006 und 2009, nicht gleichmäßig über alle Altersgruppen verteilt ist.

Sinkende Wahlbeteiligung bei nachwachsenden Alterskohorten

Seit längerem wird in der repräsentativen Wahlstatistik beobachtet, dass die Wahlbeteiligung bei den nachwachsenden Jahrgängen niedriger ist. Oft wird damit der Hinweis verbunden, dass sie im Verlauf der Biografie wieder steigt. Nach der erstmaligen Wahrnehmung des Wahlrechts seien in der Ausbildungsphase (Studium an anderem Ort usw.) andere Dinge wichtiger, aber mit dem Eintritt in das Berufslebens, der Verstetigung der



Lebensverhältnisse und der Gründung von Lebensgemeinschaften (zupal mit Kindern) steige das Interesse an Politik und die Wahlbeteiligung wieder. Diese Annahmen treffen zu, sind aber nicht die ganze Wahrheit. In der obigen Grafik wird die Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 1983, 1990 und 2013 für die einzelnen Jahrganggruppen dargestellt. Diejenigen Jahrgänge, die bei der Wahl 1983 zwischen 21 und 25 Jahre alt waren, waren 30 Jahre später in der Gruppe der 40-45jährigen, ihre Wahlbeteiligung sank von rund 82% in 1983 auf knapp 73% in 2013. Die 1983 etwa 30jährigen beteiligten sich zu um die 85%, 2013, im Alter von um die 60 jedoch lag ihre Beteiligung um 8-10%punkte niedriger. (Der Knick in der Wahlbeteiligung der über 70jährigen geht unter anderem auf die wachsende Zahl pflegebedürftiger und anderweitig gesundheitlich beeinträchtigter Wahlberechtigter in dieser nach oben offenen Altersgruppe zurück.)

Wechsel zwischen Nichtwahl und Parteiwahl

Bei der Bundestagswahl 1990 gab es rund 13,44 Mio. Nichtwähler. Das waren 22,2% der Wahlberechtigten. Bei der Bundestagswahl 2005 lag die Zahl mit 22,3% oder 13,83 Mio. Personen leicht höher. Es wäre allerdings falsch anzunehmen, es handele sich hierbei um denselben Personenkreis. So verlor die Union bei den vier Wahlen 1994, 1998, 2002 und 2005 nach den Ermittlungen von Infratest dimap in der Summe rund 5,7 Mio. Stimmen an die Nichtwahl, ge-

wann aber gleichzeitig rund 5,4 Mio. Stimmen von vormaligen Nichtwählern. Die SPD wiederum gewann im gleichen Zeitraum in der Summe 6,4 Mio. Stimmen von bei der vorhergehenden Wahl nichtwählenden Bürgern und verlor 5,3 Mio. Stimmen an die Wahlenthalter. Allein für die beiden großen Parteien ergeben sich so in der Summe 11 Mio. Wechsel zur Nichtwahl und 11,8 Mio. Wechsel zur Parteiwahl. Es kann hier ungeklärt bleiben, wie viele Mehrfachwechsel darunter waren. Die Zahlen sollen allein deutlich machen, dass es einen nicht zu vernachlässigenden Austausch zwischen Nichtwahl und Parteiwahl gibt.

Betrachtet man die Nichtwähler wie eine Partei, so hatten sie bei den letzten drei Bundestagswahlen erhebliche Verluste an die Parteiwähler hinzunehmen. 2013 wählten immerhin 3,46 Mio. Nichtwähler von 2009 wieder eine Partei (vgl. Diagramm 6), etwa ein Fünftel der Nichtwähler von 2009. Umgekehrt bedeutet dies auch, dass von den 18,1 Mio. Nichtwähler 2009 etwa, unter Berücksichtigung einer gewissen Sterbequote, 14 Mio. 2013 schon ein zweites Mal hintereinander nicht gewählt haben. Von den 13,8 Mio. Nichtwählern 2005 haben gut 3 Mio. 2009 wieder gewählt, etwa 10 Mio. aber nicht. Die Mehrheit von ihnen hat sich 2013 sicher nicht unter den erneuten Parteiwählern befunden. Daher kann man die Zahl der Dauernichtwähler (mindestens an drei Bundestagswahlen nicht teilgenommen) auf 8-9 Millionen Wahlberechtigte schätzen. Das wären etwa 15% der Wahlberechtigten oder die Hälfte der Nichtwähler von 2013. Die andere Hälfte hätte entweder 2005 oder 2009 eine Partei gewählt.

Auf der Basis der Wählerstromkonten von Infratest dimap lässt sich darstellen, wie sich der Gewinn von Nichtwählern (in der Tabelle unten »EX-NW«) und der Verlust an die Wahlenthaltung (»EX-PW«) auf die Parteien verteilt. So gewann bei der Bundestagswahl die Union 44% der Stimmen von sich wieder beteiligenden Nichtwählern 2009, DIE LINKE 7% und die AfD 6% der Stimmen ehemaliger Nichtwähler. Umgekehrt kamen aber 22% der von den Partei- zu den Nichtwählern wechselnden Wahlberechtigten von Personen, die 2009 DIE LINKE gewählt hatten - ein deutlich überproportionaler Anteil. Bei der SPD war dies 2009 der Fall – möglicherweise in Hinweis darauf, dass für einen Teil ehemaliger sozialdemokratischer Wähler die Wahl der PDL 2009 eine Durchgangsstation zur Nichtwahl gewesen ist.

Tabelle: Verteilung der Wechsel Nichtwahl/Parteiwahl auf die Parteien

	EP 14 zu BTW 13		BTW 13 zu BTW 09		BTW 09 zu BTW 05		BTW 05 zu BTW 02	
	EX-NW	EX-PW	EX-NW	EX-PW	EX-NW	EX-PW	EX-NW	EX-PW
Union	33%	42%	44%	16%	32%	31%	23%	34%
SPD	20%	21%	25%	20%	19%	39%	40%	42%
LINKE	8%	10%	7%	22%	14%	11%	15%	2%
Grüne	10%	6%	6%	10%	10%	5%	6%	7%
FDP	3%	5%	3%	22%	16%	8%	8%	10%
AfD	8%	6%	6%					
Andere	18%	9%	9%	10%	10%	5%	8%	5%
Summe	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Quelle: Wählerstromkonten Infratest dimap, eigene Berechnung.

Ein Teil der jeweils aktuellen Nichtwähler kann mithin als »wahl nah« betrachtet werden. Auf der Basis der Wählerstromkonten, die anders als die üblicherweise verwendeten Salden die Wechselbewegungen abbilden, kann die Behauptung, die AfD gewönne besonders unter vormaligen Nichtwählern, nicht aufrecht erhalten werden.

Für die zurückliegenden vier Landtagswahlen ergibt sich ein auf den ersten Blick abweichendes Bild. Vor allem in Brandenburg und in Hamburg erreichte die AfD unter den von der Nichtwahl zur Parteiwahl wechselnden Wahlberechtigten einen deutlich höheren Anteil als unter allen Wählern (20% in Brandenburg und 14% in Hamburg). Auch in Sachsen und Thüringen ist dieser Anteil überdurchschnittlich (vgl. Tabelle nächste Seite). Eine Erklärung könnte sein, dass

sich unter den Nichtwählern der vorhergehenden Landtagswahl viele befanden, die bereits damals bereit gewesen wären, eine rechte Partei zu wählen, wenn ihr nicht das »Schmuddel-Image« der NPD anhängt. Es würde sich um »wahlbereite« Nichtwähler handeln, die womöglich bereits bei der Bundestagswahl diese Partei gewählt haben und es jetzt wiederholt haben. In Sachsen, Thüringen und Hamburg wurde sich somit zeigen, dass die »institutionelle Differenz«, die Einordnung der Wahlen auf verschiedenen institutionellen Ebenen in eine Skala der Wichtigkeit, für neue Parteien mit Erfolgsgleichgewicht nicht unbedingt vorhanden ist.

Tabelle: Wechsel zwischen Nichtwahl und Parteiwahl bei den jüngsten Landtagswahlen

	Sachsen		Thüringen		Brandenburg		Hamburg	
	EX-NW	EX-PW	EX-NW	EX-PW	EX-NW	EX-PW	EX-NW	EX-PW
Union	44.000	66.000	30.000	25.000	13.000	49.000	9.000	12.000
SPD	15.000	20.000	11.000	23.000	19.000	104.000	24.000	25.000
LINKE	19.000	32.000	20.000	31.000	7.000	122.000	6.000	3.000
Grüne	5.000	4.000	4.000	8.000	2.000	9.000	4.000	4.000
FDP	4.000	24.000	1.000	19.000	0	41.000	5.000	4.000
AfD	16.000	0	12.000	0	12.000	0	8.000	0
NPD	9.000	19.000						
Andere	7.000	30.000	9.000	15.000	7.000	23.000	3.000	4.000
Summe	119.000	195.000	87.000	121.000	60.000	348.000	59.000	52.000
Union	37%	34%	34%	21%	22%	14%	15%	23%
SPD	13%	10%	13%	19%	32%	30%	41%	48%
LINKE	16%	16%	23%	26%	12%	35%	10%	6%
Grüne	4%	2%	5%	7%	3%	3%	7%	8%
FDP	3%	12%	1%	16%		12%	8%	8%
AfD	13%		14%		20%		14%	
NPD	8%	10%						
Andere	6%	15%	10%	12%	12%	7%	5%	8%
Summe	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Quelle: infratest dimap, ARD-Wahlberichterstattung, Wählerstromkonten; eigene Berechnungen

Interessant ist nun Brandenburg: Hier fanden Bundestags- und Landtagswahl 2009 am gleichen Tag statt, die Beteiligung an der Landtagswahl lag, ohne institutionelle Differenz, auf dem Niveau der Bundestagswahl. Wenn nun insgesamt 60.000 Wahlberechtigte, die 2009 nicht gewählt haben, bei der Landtagswahl 2014 gewählt haben, und darunter 20% sich für die AfD entschieden, dann deutet das auf ein erhebliches Potential an politisch rechts orientierten Stimmen hin, welches vor wenigen Jahren noch unvertreten bleiben wollte. Insofern könnte die Landtagswahl in Brandenburg sehr wohl einen spezifischen Erfolg der AfD bei vormaligen Nichtwählern dokumentiert haben.

Eine vorläufige Zusammenfassung

Die sinkende Wahlbeteiligung hat verschiedene Ursachen und Facetten. Zu einem erheblichen Teil ist sie wie eine temporäre Wahlentscheidung: »Dieses mal wähle ich nicht!«, zu verstehen, die bei der nächsten Wahl unter anderen Konstellationen (Themen, Personen, Konstellationen, erwarteter Wahlausgang) wieder anders ausfallen kann. Ein weiterer Teil der niedrigen Wahlbeteiligung bei Landtags- und Kommunalwahlen steht offensichtlich in engem Zusammenhang mit der Bedeutung, die diesen Wahlen zugemessen wird. Diese Gruppe von Nichtwählern wäre über die Bedeutung der Wahl – und sei es bei neuen Parteien in der Bedeutung als Protestwahl – zu erreichen. Die sinkende Wahlbeteiligung entlang der Alters- bzw. Generationenachse verweist dann aber auf die Grenzen dieser Erklärungen, auf längerfristige Entwicklungen bzw. darauf,

dass die angesprochenen Gruppen von Nichtwählern nur eine Teilmenge, sehr wahrscheinlich eine kleinere Teilmenge abbilden. Auch kann mit den bisherigen Daten nicht ergründet werden, welche sozialen Merkmale die erkennbaren Brüche in der Wahlbeteiligung aufweisen.

Mit der Frage nach der sozialen Verteilung der Wahlenthaltung und ihren kollektiven Bedingungen beschäftigten sich im Umfeld der jüngsten Bundestagswahl einige Umfragen und Studie, die bei der Vorgänger-Studie »Abschied aus der Demokratie« (Kahrs 2012) noch nicht vorlagen.

II. Nichtwähler: Untersuchungen im Vorfeld der Bundestagswahl 2013

Systematische Untererfassung in Umfragen

Die Erfassung von Nichtwählern repräsentative empirische Erhebungen stellt ein erhebliches methodisches Problem dar. Interviewer treffen allenfalls ehemalige Nichtwähler vor den Wahllokalen. Die Sozialstrukturdaten der amtlichen Statistik für die Wahlkreise und Stimmbezirke zeigen zwar Korrelationen zwischen dem sozialen Umfeld und der Häufigkeit und Dichte der Wahlbeteiligung, erlauben aber streng genommen keine direkten Rückschlüsse auf kausale Beziehungen zwischen sozialer Lage und Wahlverhalten und besagen schon gar nichts über die Motive von Wahlbeteiligung bzw. Wahlenthaltung. Es kommt demnach entscheidend darauf an, Nichtwähler repräsentativ zu befragen.

Umfragen jedoch haben mit dem Problem zu kämpfen, Nichtwähler überhaupt angemessen repräsentativ zu erfassen. In Vorwahl- wie Nachwahlumfragen zeigte sich regelmäßig, dass der Nichtwähleranteil in Umfragen regelmäßig viel kleiner ist als in der Wirklichkeit. So sagten 2009 in Vorwahlumfragen lediglich 10-15% der Befragten, sie würden nicht wählen gehen, ein paar Wochen später zum Wahltermin waren es dann nahezu 30%.

Für diese Untererfassung werden zwei – gegenläufige – Gründe angeführt. Erstens neigten Befragte zu sozial erwünschten Antworten, so dass insbesondere diejenigen, die die Wahlnorm akzeptieren oder die annehmen, dass sie in ihrem Umfeld dominiere, das dann peinliche Eingeständnis vermeiden, nicht gewählt zu haben (oder auch: nicht wählen zu wollen). Die Hemmschwelle für wahrheitsgemäße Antworten lässt sich durch die Frageformulierung senken, aber nicht beseitigen. Zweitens weisen Umfragen regelmäßig einen »Mittelschichtsbias« auf, da bestimmte Bevölkerungsgruppen wie Geringgebildete, Politikferne, Einkommensarme u.a.m. nicht ohne besondere Anstrengungen für telefonische Umfragen zu erreichen und zur Teilnahme zu bewegen sind. Denn die Teilnahme an einer politischen Befragung zählt unter die Partizipationsformen, die wiederum überdurchschnittlich von politisch Interessierten genutzt werden. Nichtwähler weisen eine niedrigere Bereitschaft auf, an Umfragen teilzunehmen; in ärmeren Wohngebieten liegt die Ausschöpfungsquote von Umfragen regelmäßig niedriger als in wohlhabenden. Auch für Deutschland wurde der Zusammenhang zwischen einem hohen Nichtwähleranteil in einem Stadtteil und dem (niedrigeren) Ausschöpfungsgrad von Umfragen nachgewiesen (vgl. Schäfer 2015, 82).

Es spricht also viel dafür, dass durch die gängigen empirischen Umfrage-Instrumente erstens bestimmte Nichtwählerschichten deutlich untererfasst oder auch gar nicht erfasst werden (»Mittelschichtsbias«) und dass zweitens bei den – überdurchschnittlich - erfassten sozialen Schichten eine Neigung zu wahrheitswidrigen Angaben über die Wahlteilnahme anzunehmen ist.

Das Problem der systematischen Untererfassung ist vor allem bei den hier analysierten Vorwahl-Umfragen des Forsa-Instituts und des Instituts für Demoskopie Allensbach zu berücksichtigen. Es tauchte auch bei der Nachwahlbefragung von Infratest dimap im Oktober 2009 auf. Das

Projekt »Prekäre Wahlen« der Bertelsmann-Stiftung begegnete dem Problem, in dem es die tatsächliche Wahlbeteiligung auf verschiedene sozialräumlich verorteten Indikatoren bezog und nach belastbaren Zusammenhängen suchte. Dabei konnte auf die Umfrage-Ergebnisse insoweit zurückgegriffen werden, also diese bereits nahelegen, dass die Entscheidung über Teilnahme oder Nicht-Teilnahme eine sozial eingebundene und geprägte Entscheidung ist. In den jüngsten Studien deutscher Wahlforscher werden schließlich diese Zusammenhänge mit den Datenbeständen der GLES-Datenbank überprüft.

Forsa

»Wähler im Wartestand« - Studie für die FES

Zur Methode und Klassifikation

Vom 10. Oktober bis 10. November 2012 befragte das Forsa-Institut im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Hilfe computergestützter Telefoninterviews 3.501 Wahlberechtigte, die sich in einer Befragung 2010 als Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2009 bekannt hatten). Die Ergebnisse wurden von der Stiftung unter dem Titel »Nichtwähler in Deutschland« im Frühsommer 2013 von der Ebert-Stiftung öffentlich vorgestellt und publiziert (Güllner 2013). Sie dürften Grundlage für die Wahlkampfstrategie der Sozialdemokraten (»aufsuchender Haustür-Wahlkampf«) gewesen sein. Die Befragten-Gruppe umfasste jeweils mindestens 700 Personen, die an einer der vier Bundestagswahlen seit 1998 nicht teilgenommen hatten sowie mindestens 700 Wahlberechtigte, die zum Befragungszeitpunkt, etwa ein Jahr vor dem Wahltermin, angaben, sich an der kommenden Bundestagswahl 2013 nicht beteiligen zu wollen. Güllner weist ausdrücklich darauf hin, dass angesichts der methodologischen Probleme bei der Erfassung von Nichtwählern für eine Befragung und bei ihrem Antwortverhalten eine »Untererfassung« wahrscheinlich und die Befragten »nicht im lupenreinen Sinne als repräsentativ für alle Nichtwähler der Wahlen 1998, 2002, 2005 und 2009 angesehen werden« können (Güllner 2013, 14).

Für die Auswertung der Befragungsergebnisse bildet Güllner anhand der Häufigkeit der Wahlabstinz vier Klassen von Nichtwählern:

»Dauer-Nichtwähler: Das sind Nichtwähler, die bei allen vier vergangenen Bundestagswahlen (1998, 2002, 2005, 2009) nach eigenen Angaben nicht zur Wahl gegangen sind. Zu dieser Gruppe gehören 14 Prozent der befragten Nichtwähler.

Wahlverweigerer: Das sind Nichtwähler, die an zwei bis drei der letzten vier Bundestagswahlen nicht teilgenommen, sich aber an einer oder zwei Wahlen beteiligt haben. Zu dieser Gruppe zählen 24 Prozent der befragten Nichtwähler.

sporadische Nichtwähler: Das sind Nichtwähler, die nach ihren Angaben bislang nur an einer Wahl nicht teilgenommen haben, bei den anderen drei Bundestagswahlen jedoch zur Wahl gegangen sind. Diese „sporadischen Nichtwähler“ stellen mit 46 Prozent den größten Anteil unter den im Rahmen dieser Untersuchung Befragten.

Erst-Nichtwähler: Das sind diejenigen Nichtwähler, die bislang gewählt haben bzw. noch nicht wahlberechtigt waren, aber bei der kommenden Bundestagswahl 2013 zur Wahlenthaltung neigen. 16 Prozent gehören zu dieser Gruppe. « (Güllner 2013, 16f)

Der geringe Anteil der nach eigener Aussage dauerhaften Nichtwähler lässt die Studie, zusammen mit weiteren Befunden, zu dem Ergebnis kommen, dass »es nur eine kleine Gruppe von Dauer-Nichtwählern gibt und die meisten Nichtwähler als >sporadische Nichtwähler< anzusehen sind, die sich selbst auch nicht als Nichtwähler, sondern eher als >Wähler im Wartestand< fühlen« (Güllner 2013, 84).

(Partei-)Politische Orientierungen

Bei gut zwei Fünftel (42%) der befragten Nichtwähler konnte keine Parteipräferenz ermittelt werden. 16% wurden als SPD-affin, 13% als CDU/CSU-affin eingestuft, während sich 6% auf die kleineren Parteien verteilten. 23% gaben an, bei den Wahlen, an denen sie teilgenommen hatten, verschiedene Parteien gewählt zu haben (Güllner 2013, 17).

Auf einer Skala von 1 (=links) bis 10 (=rechts) schätzen sich 30% der Nichtwähler als »links« ein (Skalenwerte 1-4), 51% als »Mitte« (Skalenwerte 5-6) und 13% als »rechts« (Skalenwerte 7-10). Unter den »sporadischen Nichtwählern« verorten sich 33% links, unter den Wahlverweigerern 31% und unter den Dauer-Nichtwählern nur noch 21%. »Rechts« stufen sich jeweils 11% bzw. 12% ein (Güllner 2013, 71).

Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung haben die Nichtwähler ein deutlich geringeres Vertrauen in die politischen Institutionen. Nur bei der Gemeinde- und Stadtverwaltung gibt es keinen Unterschied: in beiden Gruppen sagen knapp 55%, dass sie »großes Vertrauen« zu ihrer örtlichen Verwaltung haben. Mit einem Unterschied von 15 Prozentpunkten sind die Abweichung bei der Frage nach »großem Vertrauen« Bundestag und Europäische Union besonders stark, den politischen Parteien wird mit 22% bzw. 13% das geringste Vertrauen entgegengebracht. Den Höchstwert an Vertrauen erhält mit 68% der befragten Nichtwähler des Bundesverfassungsgericht (Güllner 2013, 37f).

Die Kombination von Zufriedenheit »mit der tatsächlichen Politik in Deutschland« und Wahlabstinz konnte in der Befragung ebenfalls ermittelt werden: 21% der Nichtwähler zeigten sich zufrieden, immerhin 27% der »sporadischen Nichtwähler«, aber nur noch 16% der »Dauer-Nichtwähler« (Güllner 2013, 23).

Das Forsa-Institut arbeitet seit 2008 mit einer Typologie der Demokratiezufriedenheit, die die Zufriedenheit mit der Idee der Demokratie, mit dem im Grundgesetz verankerten politischen System und mit der praktizierten Politik kombiniert und die Typen »zufriedene Demokraten«, »politikkritische Demokraten«, »systemkritische Demokraten« und »Anti-Demokraten« unterscheidet. Vor dem Hintergrund einer Befragung aller Wahlberechtigten aus dem Jahre 2008 ergeben sich zu der hier vorgestellten Nichtwähler-Befragung aus 2012 erhebliche Unterschiede in der Stärke der vier Typen (Zusammenstellung der Tabelle nach Güllner 2013, 23-27).

	zufriedene Demokraten	politikkritische Demokraten	systemkritische Demokraten	Anti-Demokraten
Wahlberechtigte (2008)	43%	34%	19%	4%
Nichtwähler insgesamt (2012)	21%	53%	17%	9%
»Sporadische Nichtwähler«	25%	54%	14%	7%
»Wahlverweigerer	18%	51%	19%	12%
»Dauer-Nichtwähler«	15%	43%	23%	19%

Immerhin 46% der Nichtwähler gaben an, sich für Bundestagswahlen zu interessieren, 17% für Landtagswahlen und 24% für Kommunalwahlen. Der relativ hohe Wert für die kommunale Ebene deutet auf eine größere politische Gewichtung der sozialen Lebenswelt hin. In diesem Zusammenhang interessant ist, dass mit der Häufigkeit der Nichtwahl das Interesse für Bundes- und Landtagswahlen abnimmt – für Bundestagswahlen von 53% bei »sporadischen Nichtwählern« auf 30% »Dauer-Nichtwählern«, während es sich bei Interesse an Kommunalwahlen genau

umgekehrt verhält: mit 29% bei den »Dauer-Nichtwähler« liegt es deutlich höher als die 21% bei den »sporadischen Nichtwählern« (Güllner 2013, 54). Resümierend stellt die Studie fest:

»Eine dauerhafte Wahlenthaltung hängt also mit einer generellen Unzufriedenheit mit dem politischen System zusammen.« (Güllner 2013, 84) Es zeige sich ein »erkennbar hohes Maß an politischer Unzufriedenheit«. »Die Unzufriedenheit mit der Art und Weise, wie viele politische Akteure heute Politik betreiben, ist das Hauptmotiv der Nichtwähler, sich nicht mehr an Wahlen zu beteiligen. Persönliche oder formale Gründe, wie die Änderung des Wahlrechts, die Entfernung zum Wahllokal oder eine private Urlaubsreise spielen demgegenüber eine nicht so bedeutsame Rolle für die Wahlenthaltung.« (Güllner 2013, 85)

Die Hauptmotive für die Wahlenthaltung bzw. der Unzufriedenheit lassen sich in drei große Gruppen zusammenfassen:

- a) Einstellungen zu Politik und Personen: die Politiker haben kein Ohr für die wirklichen Sorgen und Nöte der Menschen, ihnen geht es nur um die eigene Karriere und sie kümmern sich nicht um »die kleinen Leute«;
- b) Einstellungen zu Parteien: die Parteien unterscheiden sich nicht mehr voneinander, keine Partei vertritt meine Interessen;
- c) Einstellungen zur Wahl/zu Wahlen: taktisches Verhalten, der Wahlgang lohnt sich nicht, weil der Ausgang dieses Mal bereits feststeht oder man einen Denkmittel verteilen will – oder weil man mit seiner Stimme ohnehin nichts ausrichten kann, was dann mit der Unzufriedenheit am System korrespondiert (vgl. Güllner 2013, 74-78).

Zur sozialen Struktur der befragten Nichtwähler

Die Daten zur sozialen Struktur der Nichtwähler, die Forsa ermittelte, weisen einige bemerkenswerte Abweichungen von derjenigen der Wähler auf:

- während 33% der Wähler zwischen 45 und 59 Jahre alt sind, sind es 40% der »sporadischen Nichtwähler«, 39% der »Wahlverweigerer« und 38% der »Dauer-Nichtwähler«;
- 9% der Wähler verfügten über ein Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.000 Euro, aber 10% der »sporadischen Nichtwähler«, 15% der »Wahlverweigerer«, 20% der »Dauer-Nichtwähler« und 13% der Erst-Nichtwähler; auffällig ist weiter ein überdurchschnittlicher Anteil der »Dauer-Nichtwähler« (36% gegenüber 27% der Wähler) in der Gruppe derjenigen mit einem Haushaltsnettoeinkommen zwischen 1.000 und 2.000 Euro, die höheren Einkommensgruppen sind hier deutlich unterdurchschnittlich vertreten; beachtenswert ist weiterhin, dass ein überdurchschnittlicher Anteil von »Wahlverweigerern« und »Erst-Nichtwählern« in der Einkommensgruppe von 2.000 bis 3.000 Euro Netto-Haushaltseinkommen ermittelt wurde, während der Anteil der Nichtwähler mit einem Haushaltseinkommen von über 3.000 Euro deutlich unter dem Durchschnitt bei den Wählern liegt;
- während 47% der Wähler einen Haupt- oder Realschulabschluss als höchsten Schulabschluss angaben, waren es 57% der »sporadischen Nichtwähler«, 65% der »Wahlverweigerer«, 69% der »Dauer-Nichtwähler« und 54% derjenigen, die ankündigten, 2013 erstmals nicht wählen zu wollen;
- 8% der Wähler stufte sich selbst als »Arbeiter« ein, aber 13% der »sporadischen Nichtwähler«, 20% der »Wahlverweigerer«, 23% der »Dauer-Nichtwähler« und 13% derjenigen, die ankündigten, 2013 erstmals nicht wählen zu wollen; mit 75% war der Anteil der Angestellten unter den »Erst-Nichtwählern« überdurchschnittlich hoch; Beamte sind unter den Nichtwählern deutlich unterdurchschnittlich vertreten, Selbstständige durchschnittlich (Güllner 2013, 19, Tabelle)

Stellt man sich Einkommen, Bildung und sozialen Status auf einer vertikalen Leiter vor, so sind die jeweils unteren Gruppen stärker bei den Dauer-Nichtwählern und Wahlverweigerern vertre-

ten, die höheren Gruppen stärker bei den sporadischen und Erst-Nichtwählern. Die Studie resümiert den Befund zur sozialen Struktur der Wahlenthaltung wie folgt:

»Die vorliegende Nichtwählerstudie bestätigt vorliegende Hinweise und Vermutungen, dass eher die unterprivilegierten Wählerschichten zur Wahlenthaltung tendieren als die Wähler/innen aus mittleren und oberen Schichten der Gesellschaft. Bedenkt man zusätzlich, dass Bürger mit hoher Bildung, gesichertem Einkommen und beruflichen Netzwerken ohnehin bessere Möglichkeiten zur eigenen Interessenvertretung haben, verschärft die sozial unterschiedliche Wahlbeteiligung die Schiefelage in der politischen Repräsentanz weiter. Eine niedrige Wahlbeteiligung führt somit auch zu mehr sozialer Ungerechtigkeit. Da die Politik den aufgrund dieser Disparität erforderlichen Interessensausgleich oft nicht mehr in ausreichendem Maße vornimmt, fühlen sich die unterprivilegierten Bevölkerungsschichten zu Recht benachteiligt. Die daraus resultierenden Gefühle der Entfremdung und Ohnmacht führen in Deutschland bisher noch nicht zu einem radikalen Wahlverhalten, wohl aber zu immer größerer Wahlabstinz.« (Güllner 2013, 83f)

Nichtwähler zeigen sich, darauf wurde oben bereits verwiesen, durchaus interessiert am politischen Geschehen. Die höchste Aufmerksamkeit gilt dabei mit 74% dem Geschehen in der Gemeinde (Land 71%, Deutschland 61%). Überdurchschnittlich ist diese Aufmerksamkeitshierarchie ausgeprägt bei Jüngeren (Alter bis unter 45 Jahre) (Abstand Gemeinde – Bund: 20 Prozentpunkte), bei Arbeitern (Abstand 25 Prozentpunkte), bei Nichtwählern mit Haupt- oder Real schulabschluss (jeweils 20 Prozentpunkte) und bei Dauer-Nichtwählern (25 Prozentpunkte) (Güllner 2013, 40). Ein deutlich ausgeprägteres Interesse an den Geschehnissen im soziale Nahraum korrespondiert mit der »sozialen Selektivität«.

Auffällig ist, dass sich die Angaben über die Häufigkeit von Unterhaltungen über Politik dazu umgekehrt proportional verhalten. 18 bis 29jährige, Arbeiter, Haupt- und Realschüler sowie Dauer-Nichtwähler geben zu einem Viertel bzw. Drittel an, sich »selten bzw. nie« über Politik zu unterhalten, haben aber ein vergleichsweise ausgeprägtes Interesse am Geschehen in der Gemeinde. Möglicherweise wird das Geschehen im sozialen Nahraum aber nicht unter »Politik« klassifiziert, was mit Befunden über eine »unsichtbare« Politik-Agenda »politikferner Schichten« korrespondieren würde (vgl. hierzu Calmring/Borgstedt 2012). Dass sich Politiker nicht um die Sorgen der kleinen Leute kümmern, wäre dann ein Synonym für die Abwesenheit dessen, was medial als »Politik« vermittelt wird, in der alltäglichen Lebenswelt und der Wunsch nach einer sich kümmernden Politik. Die über der Beteiligung bei Landtagswahlen liegende Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen bis in die zweite Hälfte der 1960er Jahre korrespondierte mit einer hohen Bedeutung kommunaler Politik (Wohnungen, lokale Infrastruktur, Integration von Flüchtlingen usw.) in den ersten beiden Nachkriegsdekaden.

Schlussfolgerungen

Nachdem Güllner auf die Gefahren für die demokratische Legitimation von Regierungshandeln hingewiesen und mögliches »radikales Wahlverhalten« angedeutet hat, fasst er die »Wünsche« der Nichtwähler zusammen:

»Entsprechend den überwiegend politischen Gründen für die Nichtwahl nennen die befragten Nichtwähler auch politische Forderungen, die sie wieder zur Wahl motivieren könnten. An erster Stelle steht dabei der Wunsch, dass Politiker und Parteien „wieder ein Ohr für die wirklichen Sorgen und Nöte der Menschen“ haben sollten und man sich politisch „mehr um die kleinen Leute kümmert“. Eng damit verbunden wird die Forderung, dass die Parteien unnötigen Streit vermeiden sollten und sich im Konsens der Lösung wichtiger Probleme widmen. Zur Forderung des Kümmerns passen die von den Nichtwählern genannten politischen Prioritäten gute Bildungspolitik, gutes Gesundheitssystem, sichere Altersvorsorge und Sicherung der Arbeitsplätze.« (Güllner 2013, 85)

Die Friedrich-Ebert-Stiftung resümiert im Vorwort:

»Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist daher nicht der Meinung, eine niedrige Wahlbeteiligung sei kein Problem. Vielmehr sehen wir eine Gefährdung der Demokratie gegeben, wenn große Teile der Bevölkerung der Wahl fernbleiben und mit der Besetzung von Parlamentssitzen sowie der Bildung einer Regierung nichts zu tun haben wollen. Und für eine Institution, die den Werten der sozialen Demokratie verpflichtet ist, stellt die Wahlenthaltung erst recht ein Problem dar. Schließlich geht es der Sozialen Demokratie gerade darum, niemanden zurück- zulassen – weder ökonomisch noch politisch.« (Güllner 2013, 6)

Dass die »Dauer-Nichtwähler« überproportional unter Angehörigen von »Gesellschaftsschichten mit niedrigem Einkommen und kürzerer Bildungsbiografie« zu finden seien, führe »zu einer verstärkten Schieflage der gesellschaftlichen Repräsentanz der Wählenden – kurz gesagt: Eine niedrige Wahlbeteiligung ist sozial ungerecht.« (Güllner 2013, 7) Schnell wendet man sich dann aber wieder den »Wählern im Wartestand« zu, die für Parteien und Politiker/innen in Wahlkämpfen erreichbar seien. Hierin liegt der wesentliche Mangel dieser Studie. Sie wurde ganz offensichtlich im Vorwahlkampf als Beitrag zur Wahlkampfstrategie-Entwicklung der SPD erstellt und unterschied über weite Strecken nach SPD- und CDU-affinen Nichtwählern und ihren Einstellungen.

Gleichwohl bleiben vier wesentliche Befunde festzuhalten:

- die Unterscheidung/Typenbildung nach Häufigkeit der Wahlenthaltung und damit korrespondierenden unterschiedlichen Motivlagen für die Wahlabstinenz;
- die Unterscheidung in vier Demokraten-Typen und damit verbundenen unterschiedlichen Wertungen;
- die »soziale Schieflage« im Zusammenhang mit der Verfestigung von Nichtwahl;
- das überproportionale Interesse an lokaler, lebensraumnaher Politik mit wachsender Distanz zur Wahlbeteiligung.

»Entfremdungsprozess zwischen Politik und Bürger« Umfrage Wähler und Nichtwähler zu Beginn des Wahljahres 2013

Für eine ergänzende Studie befragte Forsa zwischen 17.12.2012 und dem 11.01.2013, bezogen auf die Selbstauskunft, 1.004 Wähler, 500 Unentschlossene und 509 Nichtwähler (Forsa 2013). Diese Studie brachte einige Erkenntnisse zur Bewertung der Ergebnisse von quantitativen repräsentativen Studien:

- Frauen und Wahlbürger mit weiterführenden Schulabschlüssen neigen dazu, sich eher als »Unentschlossene« denn als Nichtwähler zu deklarieren (Forsa 2013, 10);
- »Seit 1994 zeigt sich, dass die Unentschlossenen und vor allem die Nichtwähler deutlich pessimistischere Wirtschaftserwartungen haben als die Wahlberechtigten insgesamt« (Forsa 2013, 11), das »dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, dass das Haushaltsnettoeinkommen beider Gruppen geringer ist als des der Wähler« (Forsa 2013, 12):

	unter 2.000 €	2.000 – 3.000 €	3.000 – 4.000 €	über 4.000 €
Wähler	33%	26%	18%	23%
Unentschlossene	44%	27%	15%	14%
Nichtwähler	50%	25%	13%	12%

- Nichtwähler und Unentschlossene verorten sich mit 26-27% deutlich weniger »links« als Wähler (38%) und häufiger in der »Mitte« (63% gegenüber 49% der Wähler) (Forsa 2013, 13)
- Nichtwähler (und abgestuft Unentschlossene) interessieren sich deutlich geringer als Wähler für die Themen deutsche Politik und internationale Politik (Differenz jeweils rund 20

Prozentpunkte), aber genauso stark oder leicht stärker für »Lokales und Regionales«, Geschichte, fast genauso stark für Wirtschaft und Finanzen und Kultur; das geringere Politikinteresse gilt für alle Altersgruppen und jeden sozialen Status (Forsa 2013, 15-16)

- Nichtwähler interessieren sich stärker als Wähler oder Unentschlossene für die Themen Armut und soziales Gefälle und die Finanznot des Staates, aber deutlich weniger für Bildungs- und Schulpolitik und die Sicherheit der Energieversorgung. Nichtwähler und Unentschlossene interessieren sich deutlich weniger als Wähler für die Euro-Krise, aber stärker für die Lage am Arbeitsmarkt und das Thema Unmut über Politiker und Parteien. Die Unentschlossenen haben ein leicht stärkeres Interesse für die Bildungs- und Schulpolitik als die Wähler (hoher Frauenanteil bei Unentschlossenen) (Forsa 2013, 18)
- Vor allem unentschlossene und nichtwählende Arbeiter sprechen deutlich weniger über Politik als wählende Arbeiter. Für Wähler, Unentschlossene und Nichtwähler gilt, dass die Häufigkeit der Gespräche über Politik mit der Dauer der Schulzeit bzw. dem formalen Bildungsgrad zunimmt (Forsa 2013, 36)
- Mit dem »im Grundgesetz festgelegten politischen System« sind zufrieden 89% der Wähler, 73% der Unentschlossenen und 64% der Nichtwähler, mit der »praktizierten Politik« nur 37% der Wähler, 22% der Unentschlossenen und 15% der Nichtwähler (Forsa 2013, 38).
- Die Bedeutung von Wahlen schätzen hoch ein - »Es ist wichtig, das möglichst viele Bürger wählen gehen«: 76% der Wähler, 62% der Unentschlossenen und 48% der Nichtwähler; dass der Wähler mit seiner Stimme darüber entscheidet, »welche Politik in Deutschland gemacht wird«, finden 63% der Wähler, 58% der Unentschlossenen und 40% der Nichtwähler; »was in der Politik vorgeht, ist sehr wichtig« urteilen 80% der Wähler, 65% der Unentschlossenen und 46% der Nichtwähler (Forsa 2013, 39).
- Über die vermuteten Motive der Nichtwähler, also die Meinung, welche Gründe für die hohe Zahl von Nichtwählern verantwortlich sind, haben Wähler, Unentschlossene und Nichtwähler ziemlich einheitliche Auffassung: »durch Wahlen ändert sich nichts« (87% der Wähler), »mit den Parteien unzufrieden« (84%), »es ist gleichgültig, welche Partei gewinnt« (69%), »mit den Kandidaten unzufrieden« (64%) und »keine Unterschiede zwischen den Parteien« (63%) sind die mit großem Abstand am häufigsten vermuteten Motive (Forsa 2013, 48). Sie scheinen z.T. in krassem Gegensatz etwa zu den Aussagen der Nichtwähler zu stehen, wenn diese einerseits zu 90% vermuten, »durch Wahlen ändert sich nichts«, aber gleichwohl 40% der Nichtwähler sagen, mit der Stimme werde darüber entschieden, welche Politik in Deutschland gemacht werde. Dieser Widerspruch ließe sich dahin gehend auflösen, dass es sich nicht um die »richtige« Politik handelt, die den vermuteten sozialen Interessen von Nichtwählern gerecht würde.
- In diese Richtung deutet ein anderer Befund, wonach nur 20% der Wähler zustimmen, »dass in den Parlamenten alle Gruppen der Bevölkerung vertreten sind« und nur je 11% der Unentschlossenen und der Nichtwähler. Gefragt, welche Gruppen im Parlament überrepräsentiert sind, haben Wähler, Unentschlossene und Nichtwähler gleichgerichtete, wenn auch unterschiedlich ausgeprägte Urteile (Rangfolge der Nennungen bei Nichtwählern): »obere Schichten«, »Wirtschaft, Unternehmer«, »Berufspolitiker«, »Lobbyisten«, »Beamte« und, mit deutlichem Abstand, »Juristen, Anwälte«, »Lehrer«, »Bankvertreter«.

Der Schwerpunkt der Studie beschäftigt sich, insofern Ergänzung zur Wahlkampfplanung der SPD (siehe oben), mit dem Informationsverhalten und der Mediennutzung der Befragten. Größeres Gewicht wird auch auf die Frage gelegt, ob durch digitale Technik und online-Wahlen die Wahlbeteiligung erhöht werden könnte. Das Ergebnis ist negativ. Die Studie schließt dagegen mit der Auffassung:

»Um den Wahlen in Deutschland wieder einen höheren Stellenwert zu geben, müsste man sie von anderen »Events« deutlich abheben und die Bedeutung der Stimmabgabe und den Ernst der Wahlhandlung hervorheben und betonen.« (Forsa 2013, 63)

Institut für Demoskopie Allensbach (IfD)

Sozial »Gesplante Demokratie« – Erhebung für die Bertelsmann-Stiftung

Kurz nach der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlichte die Bertelsmann-Stiftung eine Studie über »Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013«, die auf aktuelle repräsentative Befragungen im März/April 2013 und auf das Archiv des Allensbacher Demoskopie-Instituts zurückgriff. Bereits mit der Wahl des Titels »Gesplante Demokratie« wurde signalisiert, dass weniger »der Nichtwähler« im Mittelpunkt des Interesses stehe, sondern der mögliche Zusammenhang von sinkender Wahlbeteiligung und Demokratiegefährdung (Petersen et al. 2013).

Die sinkende Wahlbeteiligung und der historische Tiefstand mit knapp über 70% bei der Bundestagswahl 2009

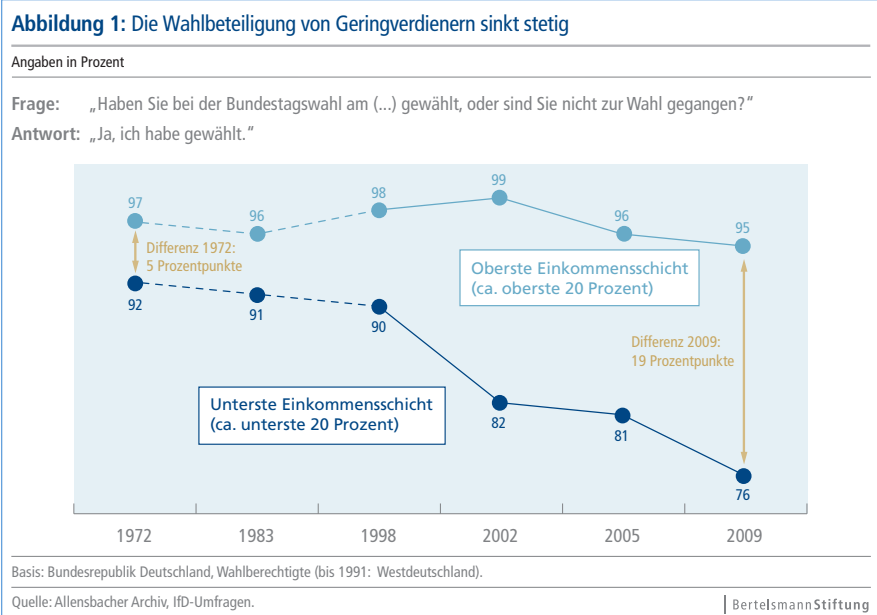
»ist ohne Frage eine besorgniserregende, wenngleich nicht unmittelbar gefährliche Entwicklung. Im europäischen und internationalen Vergleich ist die Wahlbeteiligung in Deutschland immer noch überdurchschnittlich. Bedenklich wird die Entwicklung erst, wenn vor allem bestimmte gesellschaftliche Gruppen oder soziale Schichten dem Urnengang fern bleiben. Genau diesen Trend belegt jedoch die vorliegende Studie der Bertelsmann Stiftung und des Instituts für Demoskopie Allensbach.« (Petersen et al. 2013, 8)

Ausgehend vom empirischen Forschungsstand nach der Bundestagswahl 2009 (Bödecker 2012; Merkel/Petring 2012; Schäfer 2010, 2011) rückte die Studie den Einfluss von Einkommen und Bildung, dann von Herkunft, Familie und Nachbarschaft und schließlich von Politikinteresse und Einstellung zu Wahlen in den Mittelpunkt. Die wesentlichen Spaltungslinien wurden entlang der sozialen Lage und des Alters festgemacht.

Einfluss der sozialen Lage

Eine Langzeitbetrachtung der Antworten auf die Frage »Haben Sie bei der Bundestagswahl am (...) gewählt, oder sind Sie nicht zur Wahl gegangen« machte die statistische Korrelation zwischen Einkommenslage und Wahlbeteiligung vor allem nach der Wahl 1998 deutlich. Auch hier ist darauf hinzuweisen, dass in den Nachwahlbefragungen die Wahlbeteiligung regelmäßig höher liegt als die tatsächliche Wahlbeteiligung war, »da einzelne Befragte aus gefühltem sozialen Druck angeben, sie hätten gewählt« (Petersen et al. 2013, 11 Fn 5; Quelle für Abbildung: Petersen et al. 2013, 11)

Auf der Basis der Selbstausskünfte veränderte sich die Wahlbeteiligung des obersten Fünftels der Einkommenssäule kaum, wohl aber diejenige des unteren Fünftels. Nun könnte es theoretisch sein, dass im unteren Fünftel die Nachfrage wahrheitsgetreuer beantwortet wurde als im obersten Fünftel, dass hier also der »gefühlte soziale Druck« zum Verschweigen der Nichtwahl geführt hätte. Hierauf versuchte die Untersuchung durch die Frage nach der Einstellung zum »Wählen



gehen« eine Antwort zu finden. Die Ergebnisse lassen darauf schließen, dass die Wahlbeteiligung in den oberen Schichten allein deshalb schon höher ausfällt, weil das »Wählen gehen« stärker als »Pflicht eines guten Bürgers« begriffen wird. Die erfragten Unterschiede in der Wahlbeteiligung korrespondieren mit tatsächlichen Unterschieden, wobei allerdings vermutet werden kann, dass der Anteil der falschen Angaben in den oberen Schichten höher ist.

Tabelle 12: Bürgerpflichten nach sozialer Schicht

Angaben in Prozent

Frage: „Man kann ja ganz unterschiedlicher Meinung darüber sein, was zu den Pflichten eines guten Bürgers gehört. Wie sehen Sie das: Was gehört Ihrer Meinung nach zu den Pflichten eines guten Bürgers, was sollte ein guter Bürger tun?“ (Listenvorlage) – Auszug aus den Angaben –

Soziale Schicht	untere Schicht	untere Mittelschicht	obere Mittelschicht/ Oberschicht
Wählen gehen	55	70	82
Sich ehrenamtlich engagieren	25	24	36
Sich an Demonstrationen beteiligen	36	26	25
Sich an der Gemeindepolitik beteiligen	20	16	20
n =	106	800	557

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 11006 (März/April 2013). | BertelsmannStiftung

Die Frage, »was zu den Pflichten eines guten Bürgers gehört«, wobei die Antworten aus einer Liste ausgewählt werden konnten, förderte eine stark schichtabhängige Einstellung zur Wahlnorm zu Tage. In der unteren Schicht zählten nur 55% »Wählen gehen« zu den Pflichten eines guten Bürgers, in der Oberschicht und oberen Mittelschicht dagegen 82%. Hier war auch der Anteil

derjenigen, die ehrenamtliches Engagement zu den Bürgerpflichten zählten, deutlich höher als in den anderen beiden Schichten. Genau umgekehrt verhielt es sich bei der Einstellung zu Demonstrationen. Auffällig ist schließlich, dass jeweils ein Fünftel in den oberen wie in der unteren Schicht die Beteiligung an en Gemeindeangelegenheiten zu den Bürgerpflichten zählt. (Petersen et al. 2013, 38)

Die Befragten ordneten sich hierbei selbst einer Schicht zu, wobei vier Schichten zur Auswahl standen: »untere Schicht«, »untere Mittelschicht«, »obere Mittelschicht« und »Oberschicht«. Die Selbsteinordnung zur Oberschicht nahmen aber nur wenige Befragte vor, so dass bei den statistischen Auswertungen »obere Mittelschicht« und »Oberschicht« zu einer Gruppe zusammengefasst wurden. Die Gruppenstärken verteilten sich danach wie folgt: »untere Schicht« 7,3%; »untere Mittelschicht«: 54,7%; »obere Mittelschicht/Oberschicht« 38,1% (einschließlich Rundungsfehler).

Im Frühjahr 2013 äußerten die Absicht, sie würden »bestimmt zur Wahl gehen« 68% der Angehörigen der oberen Mittelschicht und Oberschicht, aber nur 31% der Angehörigen der unteren Schicht; 71% des oberen Einkommensfünftels, aber nur 49% des unteren Einkommensfünftels; 68% der Befragten mit Abitur/Hochschulstudium, aber nur 50% derjenigen mit höchstem Schulabschluss Hauptschule (Petersen et al. 2013, 12).

»Nach der vorliegenden Datenlage kann somit kein Zweifel daran bestehen, dass die Teilnahme am politischen Geschehen vor allem bei den unteren sozialen Schichten rückläufig ist. Menschen mit einem geringeren Bildungshintergrund, weniger Einkommen und insgesamt geringerem Sozialstatus gehen weitaus weniger zur Wahl als dies Menschen mit höherer Bildung und besserem Einkommen tun. Dabei sind Wahlen – und zuvorderst Bundestagswahlen – das im demoskopischen Sinne immer noch repräsentativste Partizipationsinstrument. Schaut man auf andere und insbesondere neue alternative Partizipationsformen, so überträgt sich hier die von der Bevölkerung wahrgenommene soziale Kluft noch weitaus stärker ins politische System. Zumindest für die Bundestagswahlen seit 1998 ergibt sich daraus das Bild einer zunehmend sozial gespaltenen Demokratie in Deutschland. Der Rückgang der Wahlbeteiligung ist spätestens seit Ende der 1990er Jahre vor allem darauf zurückzuführen, dass sich die einkommens- und bildungsschwachen Schichten der Bevölkerung immer weniger an den Wahlen

beteiligen. Dieser Trend scheint sich auch für die anstehende Bundestagswahl 2013 zu verfestigen.
(Petersen et al. 2013, 13)

Für die sozioökonomischen Faktoren Einkommen und Bildung allein konnte in der statistischen Regressionsanalyse nur ein schwacher und nicht signifikanter Zusammenhang mit der Wahlabsicht hergestellt werden. Erst in der Verbindung mit der Selbsteinordnung in eine soziale Schicht zeigte sich ein starker und signifikanter Zusammenhang. Dieser Zusammenhang wurde noch verstärkt, wenn »soziokulturelle Faktoren« berücksichtigt wurden. Gehen die Freunde wählen oder nicht, wird erwartet, dass die Nachbarn wählen gehen oder nicht: Gehen die Freunde wählen, wird angenommen, dass die Nachbarschaft überwiegend sich an der Wahl beteiligt, so erhöht das die eigene Wahlbereitschaft »sehr stark«, der Zusammenhang ist »hoch signifikant«.

Die Selbstwahrnehmung als Teil der gesellschaftlichen Unterschicht ist also der entscheidende »Schlüssel«, mit dem die Studie den Zusammenhang von Einkommen und Bildung und Wahlbeteiligungsabsicht erklärt. Dieser Einfluss »bleibt auch unabhängig vom sozialen Umfeld und den Werten und Einstellungen der betroffenen Individuen (in der statistischen Analyse – HK) bestehen«, wobei das (erwartete und beachtete) Verhalten im Freundkreis und in der Nachbarschaft verstärkend hinzukommen. Als weiterer hochsignifikanter Faktor kommt die Sozialisation im Elternhaus hinzu, ob dort über Politik gesprochen wurde.

Alle Faktoren stehen in direkten wie indirekten Zusammenhängen: Wer über ein mittleres Einkommen verfügt, wird sich selbst kaum in der Unterschicht einordnen. Wer einen Hauptschulabschluss hat, wird sich eher nicht der oberen Mittelschicht zurechnen. Einkommen und Bildung haben Einfluss auf die Wohnlage, diese wiederum auf die Nachbarschaft und die dort vermuteten Erwartungen. Ähnlich verhält es sich mit dem Freundeskreis usw. Die Studie spürt Elemente von Klassenverhalten hinsichtlich der Wahlbeteiligung auf, ohne dies als Klassenbildungsprozess explizit zu machen. Hierzu konnte das sozialräumliche Lebensumfeld mit den Mittel einer repräsentativen Erhebung nur ansatzweise einbezogen werden, über die Einschätzung der Wohngegend durch die Interviewer.

»Diejenigen, die nach Einschätzung der Interviewer in einer „guten“ oder „sehr guten“ Wohngegend leben, nehmen deutlich häufiger an, dass die meisten ihrer Nachbarn wählen gehen, als diejenigen, die in einer Umgebung leben, die von den Interviewern als eher „durchschnittliche“ oder gar „te“ Wohngegend angesehen wird. Das darf natürlich nicht dahingehend interpretiert werden, dass die Wohngegend das Wahlverhalten bestimmt. Es zeigt aber, dass Menschen, die in weniger attraktiven Wohngebieten leben und damit in aller Regel zu den materiell eher Benachteiligten gehören, überdurchschnittlich häufig den Eindruck haben, sie seien von Menschen umgeben, die sich nicht an der Wahl beteiligen, und zwar sowohl im persönlichen Freundeskreis als auch in der Nachbarschaft. Ob diese Menschen sich nicht an der Wahl beteiligen, weil sie sozial benachteiligt sind, oder eher, weil sie von einem Milieu umgeben sind, in dem es weniger als anderswo üblich ist, zu wählen, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. Deutlich wird jedoch, dass diese Faktoren offensichtlich eng miteinander verknüpft sind. Ob man viel verdient oder wenig, hat meist ganz direkt etwas damit zu tun, in welchem Stadtteil man wohnt. Auch beeinflussen Schulwahl und Schulabschluss die Wahl des Freundeskreises. Nur wenige Menschen brechen aus diesen sozialen Zusammenhängen aus.« (Petersen et al. 2013, 45f.)

Diese Zusammenhänge zeigen sich nicht nur für die Wahlbeteiligung, sondern generell für politisches Engagement. Dem Statement »Es bringt nichts, sich politisch zu engagieren. Da kann man als Bürger ohnehin nichts ausrichten.« stimmen 45% der befragten Angehörigen der unteren Schicht zu, 31% der unteren Mittelschicht und nur 18% der oberen Mittelschicht und Oberschicht. Unter den Angehörigen dieser Schicht stimmen 70% dem Statement ausdrücklich nicht, in der unteren Mittelschicht sind es 57% und in der unteren Schicht nur 35%, die das nicht so sehen (Petersen et al. 20).

Eine »generationenspezifische Prägung«

Seit 1961 wird in Allensbach-Erhebungen periodisch gefragt: »Interessieren Sie sich für Politik?« Hierauf antworteten 1961 31% der Befragten mit »Ja«. Dieser Anteil stieg bis 1973 auf 48% und veränderte sich in den anschließenden 40 Jahren kaum. Lediglich 1998 gab es mit 45% einen kleinen Ausschlag nach unten, 1990 und 2013 mit jeweils 53% Ja-Antworten einen kleinen Ausschlag nach oben.

»Von einer generellen Erosion des Politikinteresses ist auf den ersten Blick nichts zu erkennen. Allerdings sagen junge Befragte unter 30 Jahren nur zu 34 Prozent, dass sie sich für Politik interessieren, während dies auf 53 Prozent der Gesamtbevölkerung zutrifft. Menschen mit Volks- oder Hauptschulabschluss interessieren sich deutlich weniger für Politik als Befragte mit Abitur oder einem abgeschlossenen Hochschulstudium (47 zu 61 Prozent).« (Petersen et al. 2013, 25)

Zwischen allgemeinem »Politikinteresse« und Wahlbeteiligung scheint kein Zusammenhang zu bestehen. Wenn man unterstellt, dass Personen mit bekundetem Interesse an Politik mit hoher Wahrscheinlichkeit wählen gehen, so könnte man auf Basis dieser Zahlen auch argumentieren, dass der Anteil derjenigen Wähler, die kein Interesse an Politik haben, offenbar kontinuierlich sinkt und dies mit der abnehmenden Wahlnorm begründen.

Tatsächlich zeigt ein Blick auf die Nachwahlbefragungen zur Wahlbeteiligung eine stark sinkende Wahlbeteiligung in jüngeren Altersgruppen (vgl. folgende Abbildung, Petersen et al. 2013, 26).

Im Anschluss fragt die Studie, ob das Politikinteresse (und damit die Wahlbeteiligung) mit zunehmenden Alter ansteigt, oder ob es sich als ein Kohorten-Muster durch die Biographien zeigt. Tatsächlich gibt es für letztere Annahme Anhaltspunkte: von denjenigen, die 1969 zwischen 16- und 29 Jahre alt waren, bekundeten 41% Interesse an Politik, rund 30 Jahre später, 1998, bildeten sie die Altersgruppe der 45- bis 59jährigen, die zu 53% Politikinteresse bekundeten. In der Altersgruppe der 16- bis 29jährigen interessierten sich 1998 nur 29% für Politik – ein Tiefstand -, fünfzehn Jahr später, in der Gruppe der 30- bis 44jährigen dann aber 48%. Indiziert man die Ergebnisse für die einzelnen Altersgruppen, so kam das höchste Politikinteresse 1969, 1983 und 1998 aus der Altersgruppe der 45- bis 59jährigen, 2013 aber mit deutlichem Abstand schon aus der Gruppe der über 60jährigen. Die 16- bis 29jährigen interessierten sich nur gut halb so stark für Politik.

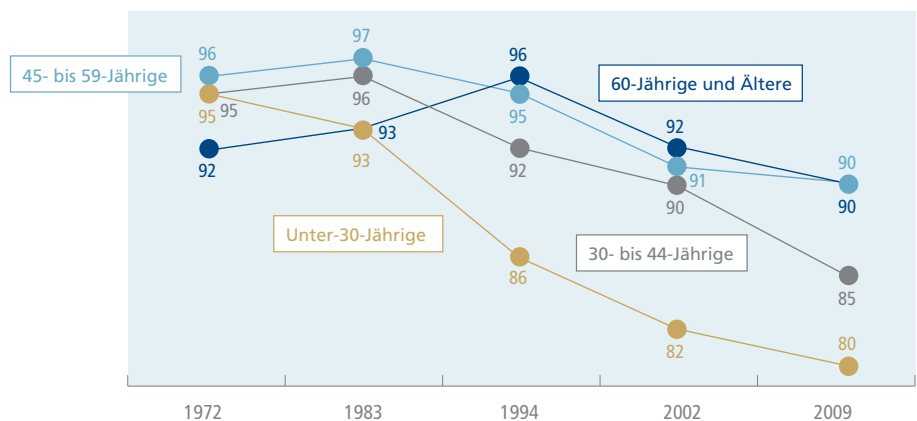
»Das bedeutet, dass wir derzeit in Deutschland wahrscheinlich ein Niveau des politischen Interesses – und damit zumindest potenziell mittelbar auch der politischen Partizipation – erreicht haben, das in den kommenden Jahrzehnten kaum zu halten sein wird. Die Gegenwart und auch die vergangenen drei Jahrzehnte sind und waren von Generationen geprägt, die außerordentlich stark politisch orientiert

Abbildung 13: Wahlbeteiligung nach Alter

Angaben in Prozent

Frage: „Haben Sie bei der Bundestagswahl am (...) gewählt, oder sind Sie nicht zur Wahl gegangen?“

Antwort: „Ja, ich habe gewählt.“



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Wahlberechtigte (1957 bis 1987: Westdeutschland).

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen.

BertelsmannStiftung

waren. Es handelt sich um die Generation derer, die das Dritte Reich als Kinder, die Gründerjahre der Bundesrepublik als junge Leute erlebten, sowie um ihre Kinder, die als protestierende „68er-Generation“ in die Zeitgeschichte eingingen. Diese stark politisierten Generationen nähern sich ganz allmählich dem Ende ihres Lebenszyklus. Ihre Kinder und Enkel sind offensichtlich weitaus weniger stark auf politische Fragen konzentriert.« (Petersen et al. 2013, 29)

Sinkende Wahlbeteiligungen und sinkende sonstige politische Partizipation müssten daher nicht zwingend mit sinkender Demokratiezufriedenheit zu tun haben:

»Die außerordentlich starke politische Aktivität, die sich in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahrzehnten unter anderem auch in einer im internationalen Vergleich bemerkenswert hohen Wahlbeteiligung niederschlug, ist offensichtlich zu einem erheblichen Teil das Kennzeichen einer spezifischen Generation. Das heißt auch, dass Vergleiche heutiger Wahlbeteiligungen mit denen der 1970er und 1980er Jahre in die Irre führen. Angesichts dieser Befunde ist es nicht gewagt anzunehmen, dass in den kommenden Jahrzehnten die Wahlbeteiligung in Deutschland weiter sinken wird – ohne dass die Zufriedenheit mit dem demokratischen System in vergleichbarer Weise zurückgehen wird. (Petersen et al. 2013, 29f)

Einstellungen zur Demokratie und Gesellschaft

Die vorliegende Studie konnte keinen Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit mit der Demokratie und der Wahlbeteiligung ermitteln. Auf die Frage »Wie zufrieden sind Sie im Allgemeinen mit der Demokratie in der Bundesrepublik und unserem politischen System?« antworteten »nicht zufrieden« im Jahr 2003 29% der Befragten, in 2009 noch 13% und 2013 11%. Der Anteil der Unzufriedenen nahm ab, gleichwohl sank die Wahlbeteiligung bzw. blieb niedrig. Umgekehrt stieg der Anteil derjenigen, die sich »sehr zufrieden« oder »einigermaßen zufrieden« zeigten, von 67% in 2003 auf 82% in 2013 (Ost: 47% / 74%; West: 72% / 84%). Der Anteil derjenigen, die »sehr zufrieden« waren, lag zuletzt bei 15%, derjenige der »einigermaßen« Zufriedenen bei 67%. Während Alter und Geschlecht keine besondere Rolle spielen, ist die Schichtzugehörigkeit für Zufriedenheit/Unzufriedenheit von Bedeutung:

»Quer durch alle Altersgruppen sind stets weniger als 13 Prozent unzufrieden mit der Demokratie. Die hohen Zufriedenheitswerte mit der Demokratie und dem politischen System in Deutschland insgesamt ziehen sich durch alle Bevölkerungsschichten. Jedoch ist der Anteil von Unzufriedenen mit 20 Prozent in der unteren sozialen Schicht mehr als dreimal so hoch ist wie in den obersten sozialen Schichten.« (Petersen et al. 2013, 17)

Die eher angewachsene Zufriedenheit mit der Demokratie kontrastiert mit den Einschätzungen zur gesellschaftlichen Entwicklung. Seit 1964 stellt Allensbach immer mal wieder die Frage: »Wie sehen Sie das: Sind die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland – ich meine, was die Menschen besitzen und was sie verdienen – im Großen und Ganzen gerecht oder nicht gerecht?« 1964 antworteten 42% mit »gerecht« und 38% mit »nicht gerecht«; 1979 betrug das Verhältnis 50% »gerecht« zu 36% »ungerecht«. Bei der Befragung 1994 lag »ungerecht« mit 43% erstmals vor »gerecht« mit 39%. Seitdem ging die Schere immer weiter auf. Bei der Befragung im Frühjahr 2013 beurteilten die wirtschaftlichen Verteilungsverhältnisse nur noch 18% als »gerecht«, aber 68% als »ungerecht«. Petersen beschreibt dies als ein »wachsendes Gefühl von Ungerechtigkeit« (Petersen et al. 2013, 21). Gleichzeitig stieg bis 2010 der Anteil derjenigen, der die Auffassung vertrat, dass die soziale Gerechtigkeit in den vergangenen drei, vier Jahren abgenommen habe, auf 71%, bei der Befragung 2013 waren es noch 60%. Der Anteil derjenigen, der die Auffassung vertrat, die Soziale Gerechtigkeit habe zugenommen erreichte in den vergangenen zwanzig Jahren nie die Nähe von 10%.

Seit fast sechzig Jahren, seit 1955 stellt Allensbach die Frage, ob jeder seines Glückes Schmied sei oder ob es so sei, dass die einen oben und die anderen unten seien und letztere bei den heutigen Verhältnissen auch nicht hochkämen, so sehr sie sich auch anstrengten. Das jeder seines Glückes Schmied sei, sagten 1955 53% der Befragten, 1963 bis 1980, in den Jahren erlebbarer

sozialer Aufstiegs-Mobilität, sagten es jeweils knapp über 60%, 1985, vor dem Hintergrund struktureller Massenarbeitslosigkeit 1985 nur noch 49% und 1996 nur noch 43%. 2002 glaubten wieder 52% an die eigenen Anstrengungen, 2010 noch 48% und 2013 dann nur noch 38%. An so etwas wie »Klassenschicksal«, »Die einen sind oben, die anderen sind unten«, glaubten 1995 35%, in den 1960er und 70er Jahren etwa ein Viertel der Befragten, bei der Befragung 1996 dann 40% und zuletzt erstmals mit 42% erstmals in der Geschichte dieser Fragestellung eine Mehrheit. Seit etwa zwanzig Jahren liegt der Anteil derjenigen, die weniger auf die Kraft des Einzelnen vertrauen und mehr ein Klassenschicksal sehen, so hoch wie zuvor noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik.

Allensbach/Bertelsmann ziehen aus wachsender Demokratiezufriedenheit bei gleichzeitig wachsendem Ungerechtigkeits-Gefühl und »sinkendem Vertrauen in die Kraft des Einzelnen« bei wirtschaftlichem Auf- oder Abstieg ein beachtenswertes Fazit:

»Entscheidend ist, dass die soziale Lage im Land von der Bevölkerung als zunehmend ungerecht empfunden wird, dass der Glaube an die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs schwindet, und es sich dabei nicht um marginale, sondern um massive Veränderungen der Einschätzungen handelt. Umso erstaunlicher: Diese fundamentale Unzufriedenheit der Menschen überträgt sich nicht auf ihre Demokratiewahrnehmung und -zufriedenheit. Die Deutschen sind nicht dank der wirtschaftlichen und sozialen Lage im Land zufrieden mit der Demokratie. Eher das Gegenteil ist der Fall: Sie sind trotz der wahrgenommenen Ungleichheiten bereit, dem politischen System in Deutschland und seiner Demokratie großes Vertrauen entgegenzubringen. Eine wachsende soziale Unzufriedenheit über die sozialen Verhältnisse hat derzeit nicht das Potenzial, die positive Grundeinstellung der Deutschen gegenüber der Demokratie grundsätzlich zu ändern.« (Petersen 2013, 23)

So beruhigend demokratietheoretisch der Befund sein mag, dass die Zufriedenheit mit der Demokratie nicht unmittelbar an das wirtschaftliche und soziale Wohlergehen gekoppelt ist, scheint mir doch ein anderer Zusammenhang zu prüfen zu sein. Offensichtlich wird »Demokratie« nicht (mehr) mit der Erwartung zunehmender sozialer Gerechtigkeit, abnehmender Ungerechtigkeit und meritokratischer sozialer Durchlässigkeit der Gesellschaft verbunden. Die konstatierte Entkopplung von gesellschaftlicher Lage und Demokratiezufriedenheit könnte auch als Folge der Beschränkung demokratischer, politischer Reichweite und Verantwortlichkeit für mehr Gerechtigkeit im wirtschaftlichen Leben interpretiert werden. Wenn die Zufriedenheit mit der Demokratie einhergeht mit der Wahrnehmung wachsender Ungerechtigkeit usw., dann geht damit gerade die soziale Aushöhlung der Basis jeglicher echten Demokratie einher, die wechselseitige Wahrnehmung als Bürger mit gleichem Recht und soziokulturellem Vermögen, sich an den öffentlichen, demokratischen Angelegenheiten zu beteiligen. Weiter: Was folgt eigentlich für das gesellschaftliche (Alltags-)Bewusstsein sowohl aus jener Gleichzeitigkeit als auch aus dieser: Seit etwa 2010 zeigen alle Umfragen einen hohen Wert für eine optimistische Einschätzung der allgemeinen und persönlichen wirtschaftlichen Lage sowie der zukünftigen Entwicklung. Die wirtschaftliche Lage ist so gut wie lange nicht und so ungerecht wie lange nicht – »kann das gut gehen?«

Meine Hypothese lautet: Aus der anhaltenden »Gewöhnung« an wachsende Ungerechtigkeit in guter wirtschaftlicher Lage bei wachsendem »Status-Fatalismus« speist sich ein tief sitzendes Gefühl, dass »das nicht gut gehen kann«. Dieses Gefühl wiederum bildet den Nährboden für unterschiedlichste »politische Schwarzmarktpantasien« in Teilen einer fragmentierenden Gesellschaft.

Interesse an Politik und Wahlbeteiligung

Während das Interesse an Politik seit Jahrzehnten von Allensbach eher konstant gemessen wird, mit abnehmendem Interesse bei Jüngeren, geht das Interesse an der Bundestagswahl insgesamt zurück. Seit der Wahl 1969 fragt Allensbach vor dem Wahltermin nach dem Interesse an der Wahl. Vor der Wahl 1972 zeigten sich 53% der Befragten »stark interessiert«, ein Höchst-

wert. 1983, der ersten Wahl nach dem Wechsel von Schmidt zu Kohl, zeigten sich 49% stark interessiert. Diese Werte wurden auch bei der Wechselwahl 1998 nicht erreicht. Damals waren 41% »stark interessiert«, seit dem sinkt dieser Wert kontinuierlich auf 26% im Frühjahr 2013.

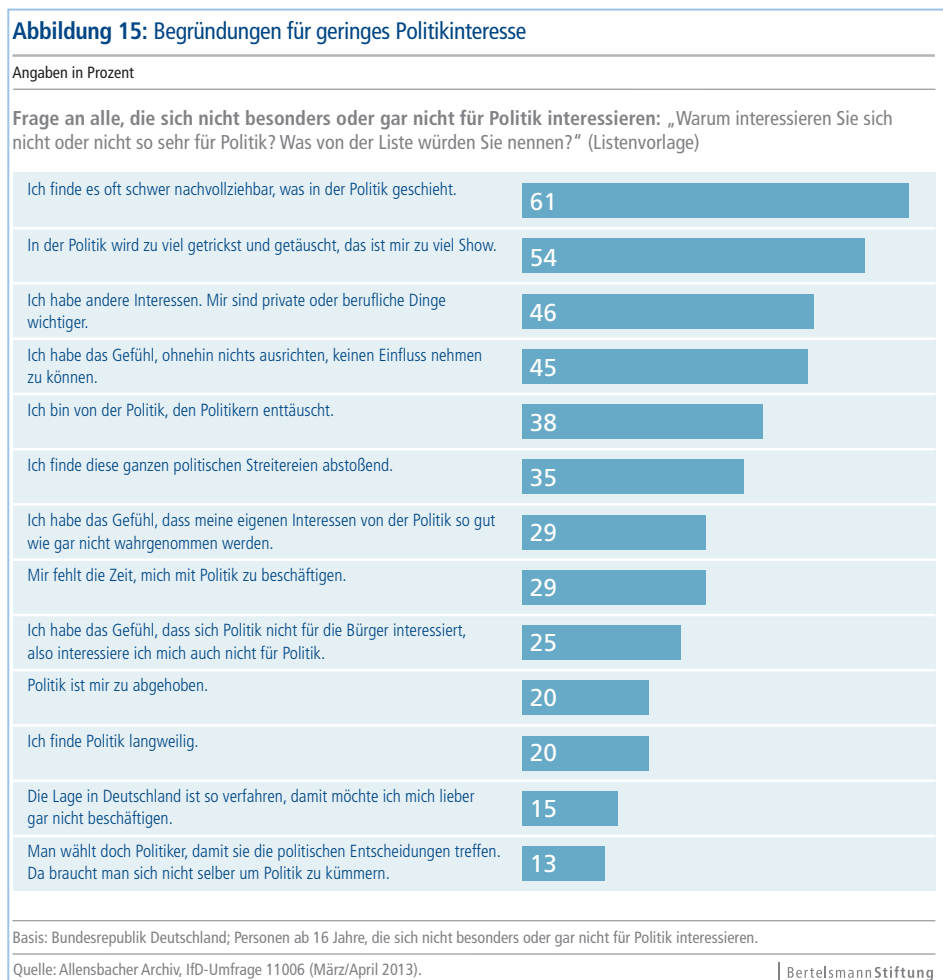
Das abnehmende starke Politikinteresse könnte etwas mit der abnehmenden Rolle von Politik und demokratischen Entscheidungen für das wirtschaftliche Wohlergehen zu tun haben, diese Hypothese wird nicht geprüft. Es hat auf jeden Fall keinen Zusammenhang zu der Auffassung, dass es keine Unterschiede zwischen den Parteien gäbe. Dass die Parteien »im Grunde alle gleich sind«, sagten 1991 von allen Befragten 31%, 1998 dann 29% und 2013 noch 24%. Der Aussage, es bringe nichts, sich politisch zu engagieren, stimmten 2013 27% der Befragten zu (hierzu wurden keine Vergleichszahlen aus früheren Jahre vorgelegt) (Petersen et al. 2013, 18f)

Beim Interesse an der Bundestagswahl – einem Aspekt des Politikinteresses - bildet sich die Generationenfrage und die soziale Frage ab: »stark interessiert« sind bei den Jüngeren deutlich weniger als bei den Älteren (15% zu 34%), bei der unteren Schicht weniger als bei den oberen Schichten (10% zu 34%).

»Die gegenwärtig sinkende Wahlbeteiligung lässt sich jedenfalls mit einer generell wachsenden Unlust der Bevölkerung, sich mit Politik zu befassen, nicht erklären.« (Petersen et al. 2013, 33)

Womit denn dann? Auf diese Frage liefert die Studie keine Antworten. Denn im Verlauf der Befragungen wurden diejenigen, die an der Bundestagswahl weniger oder kaum interessiert waren, nicht weiter befragt bzw. es wurde unterstellt, dass sie in der Gruppe derjenigen, die kein oder nur geringes Interesse an Politik äußerten vollständig abgebildet werden. Um die Begründungen für geringes oder fehlendes Politikinteresse zu erfassen, wurde dieser Gruppe eine Liste mit möglichen Gründen vorgelegt (vgl. die Wiedergabe der Abbildung 15, Petersen et al. 2013, 34).

Ein Vergleich ausgewählter Begründungen aus Befragungen seit 2007 zeigte einen besonders starken Rückgang für die Aussage »Ich habe das Gefühl, ohnehin nichts ausrichten, einen Einfluss nehmen zu können.« Dominierte diese Aussage bei den Befragungen 2007, 2009 und 2011 mit Nennungen von jeweils etwa 70% der Befragten mit geringem Politikinteresse, so waren es 2013 nur noch 45%. Wie dieser Rückgang zu erklären ist, bleibt in der Studie offen. Ebenso bleibt offen, warum die Begründung »Ich finde es oft schwer nachvollziehbar, was in der Politik geschieht.« von 2009 auf 2011 einen starken Anstieg erlebte und



bei der Befragung 2013 dominierte. Das abschließende Urteil ist angesichts solcher ungeklärter Fragen mit Vorsicht aufzunehmen:

»Man erkennt, dass die Politik für die Bürger in den letzten Jahren schwerer durchschaubar geworden ist. Doch das Gefühl, vom politischen Betrieb ausgegrenzt zu werden, das ja als Grund für die zunehmende Wahlenthaltung angenommen wird, hat eher abgenommen.« (Petersen et al. 2013, 35)

Zusammenfassende Bewertung

Anders als die Forsa-Studie, die Gruppen nach der Häufigkeit der Nichtwahl bildete, geht die Studie von Allensbach von zwei prägenden Unterschieden aus: der sozialen Lage und der »Generation«. Die Faktoren, die das Wahlverhalten beeinflussen, werden in die drei Gruppen soziodemografische und sozioökonomische Faktoren (Alter, Geschlecht, soziale Schicht, Einkommen, Bildung), soziokulturelle Faktoren (Freundeskreis, politische Diskussionskultur) und politische Einstellungen und Werte (z.B. Wahlpflicht als politischer Wert). Dies ermöglicht, zwischen verschiedenen Motiven bzw. Begründungen für Wahlabstinenz zu differenzieren.

Tabelle 23: Übersicht über Ergebnisse der logistischen Regressionsanalyse

Dimension	Faktor	Richtung des Effekts	Stärke	Signifikanz
Demographische Faktoren	Alter (in Jahren)	Erhöht die Absicht, zu wählen	Moderat bis stark	Signifikant
	Geschlecht (m/w)	Frauen haben höhere Absicht, zu wählen	Schwach	Nicht signifikant
Sozioökonomische Faktoren	Einkommen (in Gruppen)	Erhöht die Absicht, zu wählen	Schwach	Nicht signifikant
	Bildung (3-stufig)	Erhöht die Absicht, zu wählen	Schwach	Nicht signifikant
	Soziale Schicht (3-stufig)	Erhöht die Absicht, zu wählen	Stark	Signifikant
Soziokulturelle Faktoren	Gehen Freunde wählen (3-stufig)	Erhöht die Absicht, zu wählen	Sehr stark	Hoch signifikant
	Wurde/wird im Elternhaus über Politik gesprochen (4-stufig)	Erhöht die Absicht, zu wählen	Stark	Hoch signifikant
Werte und Einstellungen	Zufriedenheit mit Demokratie (3 Kategorien)	Hohe Zufriedenheit und Unzufriedenheit erhöhen die Absicht, zu wählen	Moderat	Signifikant
	Es bringt nichts, sich politisch zu engagieren (ja/nein)	Verringert die Absicht, zu wählen	Moderat	Signifikant
	Wählen ist eine Bürgerpflicht (genannt: ja/nein)	Erhöht die Absicht, zu wählen	Stark	Hoch signifikant

Quelle: Eigene Darstellung. | BertelsmannStiftung

verschiedenen Motiven bzw. Begründungen für Wahlabstinenz zu differenzieren.

In einer abschließenden logistischen Regressionsanalyse werden die unterschiedlichen Faktoren auf ihre Wirkung und Bedeutung überprüft. Signifikanz für die Wahrscheinlichkeit, ob jemand wählen geht oder nicht, kommt damit dem Alter, dem persönlichen Lebensum-

feld, den Auffassungen, was einen »guten Bürger« auszeichnet, und der sozialen Schichtzugehörigkeit zu (vgl. Wiedergabe der Abbildung 23, Petersen et al. 2013, 52)

Nichtwähler kommen also aus allen Altersgruppen und sozialen Schichten. Wenn die auf die Wahlbereitschaft negativ wirkenden Faktoren Alter (jung) und Schichtzugehörigkeit (Unterschicht) mit dem persönlichen Lebensumfeld (hohe Nichtwähler-Erwartung, wenig Politikgespräche) und/oder persönlichen Werten und Einstellungen (z.B. Wählen hat nur geringe/keine Bedeutung), die wiederum durch das Lebensumfeld oder die Herkunft geprägt sind, zusammenfallen, dann ist die Wahrscheinlichkeit der Nichtwahl besonders hoch. Die Frage ist, warum dies bei den unteren sozialen Schichten der Fall. Diese Frage stellt die Studie nicht, sie stellt lediglich den Zusammenhang fest.

Nicht alle Nichtwähler kommen aus den unteren sozialen Schichten, aber hier sind sie weit häufiger anzutreffen als in den oberen Schichten. Nichtwählen ist auch kein Ausdruck einer tiefsitzenden Unzufriedenheit mit der Demokratie. Die Analyse der Antworten auf die Frage

nach der Demokratiezufriedenheit («sehr zufrieden«, «einigermaßen zufrieden« und »nicht zufrieden«) zeigte,

»dass sich zwei der Gruppen im Hinblick auf ihre Wahlabsicht gleichen: die sehr Zufriedenen und die Unzufriedenen. Für beide berechnet sich eine signifikant höhere Wahrscheinlichkeit, »bestimmt zur Wahl zu gehen« als für die einigermaßen Zufriedenen. (...) Damit wird deutlich, dass weder Unzufriedenheit («Es ist alles schlecht, ich mache nicht mehr mit») noch Zufriedenheit («Es ist alles super, ich brauche mich nicht zu kümmern») mit der Demokratie zu einer geringen Wahlabsicht führen. Im Gegenteil, wer eine klare Meinung zur Demokratie in Deutschland hat – sei sie positiv oder negativ –, nimmt eher an Wahlen teil. Dies mag sowohl lautstarke Protestwähler einschließen, als auch überzeugte BRD-Demokraten.« (Petersen et al. 2013, 55)

Nicht Unzufriedenheit mit der Demokratie, sondern eher Unentschiedenheit und Gleichgültigkeit in Verbindung mit fehlendem Glauben an die Wirksamkeit politischen Engagements kennzeichnen »die« Nichtwähler. Die politische Ungleichheit verschärfe sich bei anderen Formen des politischen Engagements noch, die »soziale Kluft« falle teilweise sogar deutlich größer aus als bei Wahlen. »Gerade die neuen Beteiligungsformen sprechen vor allem die gebildete Mittelschicht an.« (Petersen et al. 2013, 57) Bei den »bewussten Wahlverweigerern, die dafür auf andere Weise politisch aktiv sind«, handele es um eine »sehr kleine Minderheit«:

»Je geringer die Entschlossenheit ist, wählen zu gehen, umso unwahrscheinlicher wird es auch, dass sich jemand auf andere Weise politisch engagiert.« (Petersen et al. 2013, 59)

»Die Ergebnisse belegen, dass alternative Formen der politischen Beteiligung kein Allheilmittel für sinkende konventionelle Partizipation (etwa bei Wahlen) sind. Das Bildungsniveau der Teilnehmer ist eine hohe Eintrittshürde – alternative Formen zu entwickeln, die diese Hürde senken, ist eine zentrale Aufgabe. Ebenso zeigen sich in alternativen Partizipationsformen ähnliche Spaltungen entlang sozio-kultureller Gruppen wie in konventioneller Partizipation.« (Petersen et al. 2013, 65)

Vermutungen über Nichtwähler II

Neben der oben besprochenen Forsa-Umfrage beschäftigte sich kurz vor dem Wahltag eine weitere Umfrage der BAT-Stiftung für Zukunftsfragen mit den Vermutungen über die Gründe der Nichtwähler (BAT 2013). Gefragt wurden in persönlichen Interviews 2.000 Bundesbürger, unter anderem danach, was ihrer Meinung nach die Gründe für das Nichtwählen vieler Bundesbürger seien. Bei den Antworten wurde zwischen der Gesamtbevölkerung und den 18-24jährigen unterschieden (BAT 2013, 4):

Vermutete Gründe	Gesamt	18 bis 24 Jahre
Die Angst, durch Wahlversprechen belogen zu werden	63%	54%
Die grundsätzliche Unzufriedenheit mit Politikern/Parteien	59%	52%
Der Glaube, dass Wahlen nichts ändern	59%	64%
Politiker vertreten nur ihre eigenen Interessen	51%	40%
Politiker sind keine moralischen Vorbilder mehr	49%	44%
Kein Interesse an Politik	40%	50%
Der Glaube, dass die eigene Stimme keinen Einfluss hat	40%	41%
Keine Partei entspricht den Vorstellungen	39%	43%
Die Möglichkeit, Protest auszudrücken	38%	34%
Die Parteiprogramme unterscheiden sich kaum	27%	24%

Umgekehrt ist die »Glaubwürdigkeit der Partei« der wichtigste Grund, der auf die Frage, wovon die Wahlentscheidung abhängt, gegeben wurde (33%), dicht gefolgt von »Inhalten und Konzepten« (30%), der Partei, »die die persönlichen Bedürfnisse am besten vertritt« (29%) und der Partei, »die die Interessen des Landes am besten vertritt« (29%) (Mehrfachnennungen waren möglich). Die »Wahl des kleinsten Übels« nennen immerhin noch 22%, als Gewohnheits- bzw. Stammwähler bezeichnen sich 20%, danach folgen Kandidaten bezogene Gründe und die Medienberichterstattung (15%) (BAT 2013, 2)

DIW: Arbeitslosigkeit, Armut und ungleiche politische Beteiligung

Ebenfalls 2013, im Frühherbst, veröffentlichte das DIW eine Studie, die sich auf der Basis von Daten des »Sozioökonomischen Panels (SOEP)« und des »European Social Survey« (ESS) mit dem Zusammenhang von Arbeitslosigkeit, Armut und politischer Partizipation befasste (Kroh/Könnecke 2013). Verglichen wurden zunächst »Beteiligungsquoten« verschiedener gesellschaftlicher Gruppen. Dabei fanden sie zunächst eine Bestätigung der Annahme, dass Erwerbstätige zu einem höheren Prozentsatz an Wahlen teilnehmen, an Politik interessiert sind, sich beteiligen als Arbeitslose (vgl. Wiedergabe der Abbildung 1, Kroh/Könnecke 2013, 5)

»Während die Wahlbeteiligung von Erwerbstätigen im europäischen Mittel nur etwa 22 Prozent über der Wahlbeteiligung von Arbeitslosen liegt, beträgt diese Beteiligungslücke bei der Mitarbeit in Parteien und Organisationen 70 Prozent. Neben der vergleichsweise egalitären Beteiligung an Wahlen werden lediglich Demonstrationen paritätisch von Erwerbstätigen und Arbeitslosen genutzt.« (Kroh/Könnecke 2013, 5f)

Diese Unterschiede werden für die Mitgliedsstaaten der EU berechnet und dargestellt. Deutschland liegt dabei hinsichtlich der Unterschiede in den Beteiligungsquoten eher im Mittelfeld.

Bei der Suche nach Erklärungen für die Unterschiede werden die gängigen Erklärungen geprüft, warum Arbeitslose und Arme weniger politisch engagiert/beteiligt sind:

(1) **Deprivation:** Verengung der Zeitperspektiven, Konzentration auf die individuelle Lebenssituation:

»Der wahrgenommene Nutzen politischen Engagements, der selten kurzfristig realisiert werden kann, tritt angesichts dieser praktischen Herausforderungen deutlich in den Hintergrund.« (Kroh/Könnecke 2013, 8)

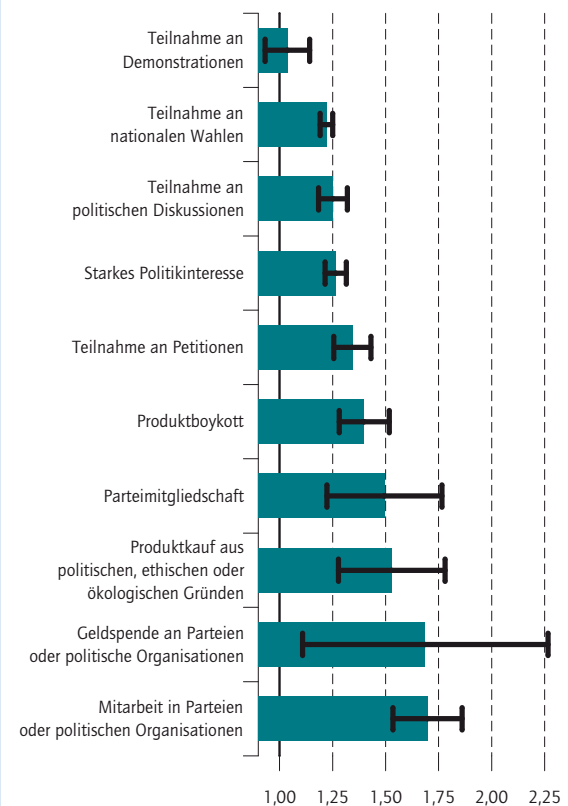
(2) **Ressourcen:** unterschiedliche sozioökonomische Positionen und civic skill, politische Handlungskompetenzen.

»Die vom Ressourcenansatz angenommenen Zusammenhänge implizieren demnach, dass mit dem Verlust von Arbeit beziehungsweise dem Abstieg in Armut auch eine Reduzierung relevanter Ressourcen einhergeht, dass Personen sich in der Folge weniger politisch engagieren (können).« (Kroh/Könnecke 2013, 9)

Abbildung 1

Politische Beteiligung von Erwerbstätigen und Arbeitslosen in 34 europäischen Staaten

Verhältnis der Beteiligungsquoten (Arbeitslose = 1)



Lesbeispiel: Im europäischen Mittel ist der Anteil der Parteimitglieder unter den Erwerbstätigen um das 1,5-fache höher als unter den Arbeitsuchenden.

Quellen: European Social Survey 2002 bis 2010; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

(3) Political Learning: Veränderung von Status und Anerkennung durch Umgang mit staatlichen Institutionen führt zu einer negativen Wahrnehmung staatlicher Institutionen:

»Demnach führen Sozialleistungen, die an eine regelmäßige Bedürftigkeitsprüfung geknüpft sind, bei der eine starke Kontrolle der Betroffenen erfolgt und die bei der Nichterfüllung gesetzlicher Auflagen erhebliche Sanktionen nach sich ziehen können, dazu, dass der Umgang mit der staatlichen Seite als einseitig und repressiv empfunden wird. Die Betroffenen übertragen diese Erfahrungen im Rahmen eines sogenannten Spill-over-Effekts auf die Funktionsweise des gesamten politischen Systems und nehmen den demokratischen Prozess nicht mehr als offen und gestaltbar wahr, da sie den staatlichen Institutionen kaum noch zutrauen, ihre Interessen zu hören und darauf zu reagieren.« (Kroh/Könnecke 2013, 9)

Die SOEP-Daten, die auf jährlichen Befragungen derselben Person über einen längeren Zeitraum (bis zu drei Jahrzehnten) beruhen, bieten die Möglichkeit, die Auswirkungen von Arbeitsplatzverlust und/oder den Abstieg in Armut auf politisches Engagement zu prüfen. Träfen die drei Erklärungsansätze zu, müsste der Übergang von Erwerbstätigkeit in Arbeitslosigkeit bei einem signifikanten Anteil von Betroffenen zu einem Rückgang des politischen Engagements geführt haben. Geprüft wurde dieser Zusammenhang für eine Arbeitslosigkeitsdauer von maximal einem Jahr. Damit sind Aussagen über die Wirkung von Dauerarbeitslosigkeit, insbesondere zur Erklärungskraft des >political learning<-Ansatzes, kaum möglich. Gleichwohl liefern die Ergebnisse wichtige Hinweise.

»... der Verlust von Arbeit beziehungsweise das Abrutschen unter die Armutsrisikoschwelle (haben) weder eine signifikant negative Veränderung des politischen Interesses noch der Mitarbeit in Parteien und politischen Organisationen zu Folge. (...) Die Resultate sprechen klar dafür, dass die Betroffenen bereits vor dem Eintritt von Arbeitslosigkeit oder Armut ein geringes politisches Interesse und Partizipationsniveau aufweisen.« (Kroh/Könnecke 2013, 11)

Gleichzeitig zeigt sich, dass die Erfahrungen von Arbeitslosigkeit und Armut »bei vielen Betroffenen als einschneidend wahrgenommen werden, zum Teil auch über die Ereignisse hinaus«:

»Die Befunde zeigen jedoch auch, dass die Teilhabe davon nicht nachhaltig verändert wird.« (Kroh/Könnecke 2013, 12)

Ausgehend von Fällen, in denen Geschwister sowohl erwerbstätig als auch arbeitslos sind, wurde die Annahme geprüft, welche Auswirkungen die soziale Herkunft haben könnte. Es zeigte sich, dass die soziale Herkunft in beiden Fällen maßgeblich für das politische Engagement war, nicht der Status erwerbstätig (oder arbeitslos). Im weiteren Verlauf der Analyse der SOEP-Daten kamen die Autoren zu der These, dass die soziale Herkunft, mithin so etwas wie die Klassenlage, »sowohl zu Nachteilen bei Arbeitslosigkeits- und Armutsrisiko als auch zu politischer Inaktivität führt« (Kroh/Könnecke 2013, 13):

»Die Analysen belegen – wie eine lange Reihe empirischer Studien zuvor – dass politische Teilhabe in Demokratien nicht gleich verteilt ist, sondern oftmals besonders gering bei Menschen ausfällt, die sich in einer prekären wirtschaftlichen Situation befinden. Die Analysen zeigen für Deutschland zudem, dass in den vergangenen dreißig Jahren keineswegs von einem Rückgang der ungleichen politischen Beteiligung die Rede sein kann und der Grad der Ungleichheit in Deutschland sogar höher ausfällt als in vielen vergleichbaren europäischen Demokratien. (...) Aus dem empirischen Befund dieser Studie, dass der statistische Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit beziehungsweise Armut und politischem Engagement vermutlich nicht nachhaltig auf die Arbeitslosigkeitserfahrung selbst zurückzuführen ist, sondern eher auf die soziale Herkunft, lässt sich indes im Umkehrschluss nicht folgern, dass das Problem ungleicher politischer Beteiligung demokratietheoretisch weniger relevant ist. Im Gegenteil: In dem Maß, in dem Lebenschancen auch hinsichtlich der individuellen politischen Teilhabe nicht nur durch eigene Erfahrungen und Verhalten beeinflusst, sondern durch die soziale Herkunft maßgeblich geprägt werden, sollte es staatliche Aufgabe sein, diesen Herkunftseffekten frühzeitig, zum Beispiel in der Schule, entgegen zu wirken, um die Ungleichheit der Voraussetzungen für demokratische Teilhabe und Mitwirkung zu reduzieren.« (Kroh/Könnecke 2013, 14)

Die Studie von Kroh und Könnecke stellt eine wichtige Verbindung dar zu dem Befund aus der Allensbach-Studie, wonach die Ansicht »Einmal unten, immer unten« in den beiden vergangenen Dekaden stark zugenommen habe. Es lässt sich die Hypothese formulieren, dass nicht geringe Anteile des Anstiegs der Wahlenthaltung wie auch die ungleiche politische Beteiligung generell auf eine Ausbreitung von Klassenlagen, d.h. hier vorerst: Wahrnehmung der eigenen sozialen Lage als generationsübergreifendes Gruppen-Schicksal, zurückzuführen ist. Dabei muss zunächst offen bleiben, inwieweit diese Wahrnehmung durch den Blick auf die eigenen Lage oder den Blick auf die »Fremdheit« anderer sozialer Schichten, ihres Habitus, ihrer Sprache, ihrer Partizipationstechniken zurückzuführen ist, also auf Erkennen von Zugehörigkeit oder Ausschluss.

Weitere Untersuchungen deuten daraufhin, dass in den vergangenen Jahrzehnten nach dem Ende der sozialliberalen Ära und mit der neoliberalen »geistig-moralischen Wende« die gesellschaftlichen Erfahrungen als Klassenlagen verarbeitet werden. Für die Teilgruppe »westdeutsche Männer mit stabilen Erwerbsbiografien«, die zwischen 1935 und 1972 geboren wurden, zeigte sich jeweils bis zum Alter von 40 Jahren eine Verdopplung der Ungleichheit der bis dahin erzielten »Lebenseinkommen«. Es seien zwei Entwicklungen bedeutsam:

»Erstens sind Personen mit niedrigen Einkommen immer häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen. Für das untere Viertel der Verteilung steigt die durchschnittliche (registrierte) Arbeitslosigkeit bis zum 40. Lebensjahr von etwa fünf Monaten für die älteren Jahrgänge auf über 40 Monate bei den jüngeren Jahrgängen. Für die Bezieher höherer Einkommen lässt sich eine solche Entwicklung nicht feststellen. Es zeigt sich, dass Zeiten der Erwerbslosigkeit 20 bis 40 Prozent des Anstiegs der Ungleichheit erklären können. (...) Neben den Zeiten von Nichterwerbstätigkeit spielt die zunehmende Spreizung der Löhne eine bedeutende Rolle. (...) Ab Jahrgang 1950 driftet das Wachstum zunehmend auseinander. Während die hohen Einkommen weiter ansteigen, wachsen die mittleren nur noch leicht, und im unteren Einkommensbereich sind die Zuwächse am geringsten; für die jüngsten Jahrgänge ist sogar ein Rückgang zu beobachten.« (Bönke/Lüthen 2014, 1275f)

Da die Datenlage nur die Analyse männlicher Erwerbstätiger mit stabilen Erwerbsbiografien zuließ, ist davon auszugehen, dass die geschätzte Verdopplung der Ungleichheit »eher unter der wahren Entwicklung« (ebd.) liege.

»Gerade in Deutschland spielt das Elternhaus eine entscheidende Rolle für den Bildungserfolg und die Karriere der Kinder. Die dadurch bedingte Chancenungleichheit wird verstärkt durch zunehmende Ungleichheit bei den Erbschaften. Ein Aufstieg in die oberen Ränge der Vermögensverteilung aus eigener Anstrengung wird damit immer unwahrscheinlicher. Dies kann unter anderem negative Konsequenzen auf die Leistungsbereitschaft der Betroffenen haben.« (Bönke/Lüthen 2014, 1276)

Nichtwahl aus Unzufriedenheit: Option auch für Hochgebildete

Auf der Datenbasis der Bundestagswahl 2009 legte Martin Althoff eine statistische Untersuchung vor, die sich mit der Frage beschäftigte, ob Wahlenthaltung aus Unzufriedenheit mit dem politischen Personal ein vor allem in bildungsfernen Schichten anzutreffendes Phänomen sei (Althoff 2014). Althoff überprüft die folgende Forschungshypothese:

»Unzufriedenheit mit der Regierungsarbeit hat bei Höhergebildeten einen stärkeren Effekt auf Nichtwahl als bei Niedriggebildeten« (Althoff 2014, 828)

Verglichen wird auf der Basis der verfügbaren Umfragedaten der Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit der Regierungsleistung auf einer Skala von 1 bis 11 und der Wahrscheinlichkeit der Nichtwahl in Abhängigkeit vom Bildungsgrad. Bei Personen mit einem hohen Bildungsgrad korreliert eine positive Einschätzung der Regierungsleistung mit einer fast sicheren Wahlteilnahme. Bei völlig unzufriedenen Personen mit hohem Bildungsgrad liegt hingegen die Nichtwahl-Wahrscheinlichkeit bei knapp 0,3.

Bei Personen mit einem niedrigen Bildungsgrad liegt auch bei völliger Zufriedenheit mit der Regierungsarbeit die Wahrscheinlichkeit der Nichtwahl schon bereits bei 0,16 und steigt bei völliger Unzufriedenheit auf 0,26.

Die Studie kann belegen, dass »Unzufriedenheit mit dem politischen Personal (...) nicht nur bei Bildungsschwachen zu Wahlenthaltung (führt), sondern vor allem auch bei Höhergebildeten«:

»Diese Hypothese konnte mit den hier präsentierten Daten ebenso bestätigt werden wie die Annahmen, dass niedrige Bildung und Regierungsleistung einen positiven Effekt auf die Stimmhaltung bei Wahlen haben. (...) Auch bei Hochgebildeten führt Unzufriedenheit in einem erheblichen Maße zur Wahlabstinenz.« (Althoff 2014, 837)

Tatsächlich belegt die Studie, dass es bei Höhergebildeten einen starken Zusammenhang zwischen Zufriedenheit der aktuellen Politik und Wahlbeteiligung gibt, während bei formal Niedriggebildeten die Zufriedenheit einen geringeren Einfluss haben. Gehen die einen bei voller Zufriedenheit eher geschlossen zur Wahl, bleiben den anderen trotzdem erhebliche Teile fern, aus Gründen, die nicht auf der Skala Zufriedenheit mit der Regierungsleistung abbildbar sind. Tatsächlich macht die Studie auf einen anderen Aspekt aufmerksam:

»Obwohl (...) Bessergebildete in der Lage sein sollten, politische Prozesse zu verstehen, wählen sie beispielsweise nicht eine Oppositionspartei, sondern reagieren resigniert mit völligem Rückzug. Die eigentlichen Gründe für dieses (tiefgreifendere) Phänomen einer durch Unzufriedenheit wahlmüde gewordenen hochgebildeten Gesellschaftsschicht bleiben (im Rahmen dieser Untersuchung) im Verborgenen.« (Althoff 2014, 837)

Althoff spekuliert, dass die »Professorenpartei« AfD viele dieser Gruppe unzufriedenerer Nichtwähler 2013/2014 angesprochen haben könnte. Seine Befunde decken sich in gewisser Weise mit den Analysen zu den »(Wut-)Bürgerprotesten« etwa gegen große Infrastrukturprojekte in den vergangenen Jahren, in denen sachkundige, hochgebildete »(Selfmade-)Experten« eine herausragende Rolle spielten. Gute Bildung mit entsprechendem Kompetenzbewusstsein, also die Mischung, auf die die »Wissensgesellschaft« abstellt, führt zur Herausbildung entsprechender Maßstäbe an den politischen Prozess und das politische Personal. Dort werden, in der Natur demokratischer Prozesse liegend, nicht immer die aus Expertensicht besten Wege beschritten und »richtigen« Lösungen gefunden. Wird die Zufriedenheit mit der Demokratie generell oder mit dem Regierungshandeln mittels »Experten-Zollstock« vermessen, so könnte eine weitergehende Hypothese lauten, dann entsteht ein Nährboden für den Wunsch nach einer »Experten«- oder »Eliten«-Demokratie.

III. Analysen der Bundestagswahl 2013

Das Ergebnis der Bundestagswahl 2013, die kaum gestiegene Beteiligung zeigte, dass die historisch niedrige Wahlbeteiligung bei der vorhergehenden Wahl 2009 kein »Betriebsunfall« der parlamentarischen Demokratie in Deutschland war, sondern zur Normalität werden könnte. Daraus entstanden vielfache Fragen nach den Auswirkungen auf die demokratische Stabilität und die Qualität demokratischer Legitimation. Diese Situation war, das zeigten zuletzt die oben analysierten Umfragen, nicht überraschend. Nicht zuletzt die Untersuchungen von Armin Schäfer, damals noch am Max-Planck-Institut in Köln, insistierten nachdrücklich auf einer sich ausweitenden sozialen Ungleichverteilung in der politischen Partizipation und daraus resultierenden Repräsentationslücken und Legitimationsdefiziten (vgl. Kahrs 2012).

Für die Bundestagswahl bereitete Schäfer zusammen mit der Bertelsmann-Stiftung ein umfangreiches Datenanalyse-Projekt vor, welches wiederum einen wichtigen Bezugspunkt für die Analysen zur Wahlbeteiligung in den beiden Sammelbänden der deutschen Wahl- und Parteienforscher über die Bundestagswahl 2013 bildete. Schließlich legte Armin Schäfer mit seiner Habilitationsschrift Anfang 2015 eine zusammenfassende Darstellung seiner mehrjährigen Arbeiten für Deutschland vor.

Armin Schäfer und Bertelsmann-Stiftung: »Prekäre Wahlen«

Unter dem Titel »Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013« legte Armin Schäfer gemeinsam mit Robert Vehrkamp und Jérémie Felix Gagné von der Bertelsmann-Stiftung eine Analyse der Bundestagswahl insbesondere für 28 deutsche Großstädte vor (Schäfer/Vehrkamp/Gagné 2013). Für die Studie richtete die Stiftung eine eigene Internetseite ein, auf der die Ergebnisse einem breiten Publikum zur Verfügung gestellt werden: <http://www.wahlbeteiligung2013.de/>. Hier wird als Ergebnis festgehalten:

»Das Ergebnis der Bundestagswahl 2013 ist sozial nicht repräsentativ. Die oberen zwei Drittel der Gesellschaft haben erheblich größeren Einfluss auf die Zusammensetzung des neu gewählten Bundestages genommen als das untere Drittel. Überdurchschnittlich viele Menschen aus sozial schwachen Milieus sind nicht zur Wahl gegangen. Arbeitslosigkeit, Bildungsstand und Kaufkraft haben nachweislich maßgeblichen Einfluss auf die Wahlbeteiligung. Das soziale Gefälle in der Wahlbeteiligung war enorm: die Differenz zwischen den Stimmbezirken mit der jeweils höchsten und niedrigsten Wahlbeteiligung lag bei 29,5 Prozentpunkten. Die Bundestagswahl 2013 war damit „sozial prekär“.«

In einem bisher einmaligen Projekt wurden für 28 Großstädte die Angaben über die Wahlbeteiligung in Stadtvierteln (amtliche Wahlstatistik) mit den Sozialstrukturdaten für diese Stadtteile (statistische Ämter der Städte) sowie mit den Kaufkraftdaten und Lebensstil-Milieus (SINUS-Milieus bzw. kleinräumige microm-GEO-Milieus) verknüpft. Der soziale Status konnte so mit Einstellungen kombiniert werden¹.

»Die identifizierten Milieus unterscheiden sich nicht nur nach dem Sozialstatus, sondern auch in ihren Wertvorstellungen und im Konsumverhalten. Sie liegen inzwischen auf kleinräumiger Ebene bis hinunter zu einzelnen Haushalten vor und es ist möglich, für einzelne Straßen oder ganze Stadtteile den Anteil der verschiedenen Milieus zu erfassen. Für fast alle Stadtteile und sämtliche von uns ausgewerteten Stimmbezirke konnte der Datensatz zur Wahlbeteiligung mit den microm Geo Milieus® verknüpft werden.« (Schäfer/Vehrkamp/Gagné 2013, 16)

Bei diesen Milieus handelt es sich um die Identifikation der SINUS-Milieus im kleinteiligen Sozialraum, die milieuprägenden Einstellungsmuster bleiben die gleichen.

¹ Eine Kritik dieser Milieubildung und Einstellungszuschreibung ist hier ausdrücklich nicht Thema und gewollt. Es kommt allein darauf an, ob diese Verbindung selbst zu einem Erkenntnisfortschritt führt.

Konservativ-Etabliertes Milieu	Das klassische Establishment, das sich durch seine Verantwortungs- und Erfolgsethik auszeichnet und sich im Bewusstsein des eigenen Standes abgrenzt.
Liberal-Intellektuelles Milieu	Die aufgeklärte Bildungselite, die von einer liberalen Grundhaltung, dem Wunsch nach selbstbestimmtem Leben und vielfältigen intellektuellen Interessen geprägt wird.
Milieu der Performer	Die effizienzorientierte Leistungselite, für die ein global-ökonomisches Denken sowie eine hohe IT- und Multimedia-Kompetenz charakteristisch sind.
Expeditives Milieu	Die ambitionierte kreative Avantgarde ist mental und geographisch mobil, online und offline vernetzt sowie ständig auf der Suche nach neuen Grenzen und Lösungen.
Bürgerliche Mitte	Der leistungs- und anpassungsbereite bürgerliche Mainstream bekennt sich generell zur gesellschaftlichen Ordnung und wünscht sich vor allem gesicherte und harmonische Verhältnisse.
Adaptiv-pragmatisches Milieu	Die moderne junge Mitte mit ausgeprägtem Lebenspragmatismus und Nutzenkalkül zeigt sich zielstrebig und kompromissbereit und weist ein starkes Bedürfnis nach Verankerung und Zugehörigkeit auf.
Sozial-ökologisches Milieu	Konsumkritisches/-bewusstes Milieu mit normativen Vorstellungen vom „richtigen Leben“ und einem ausgeprägten ökologischen und sozialen Gewissen.
Traditionelles Milieu	Die Sicherheit und Ordnung liebende Kriegs- /Nachkriegsgeneration, die in der alten kleinbürgerlichen Welt und/oder der traditionellen Arbeiterkultur verhaftet ist.
Prekäres Milieu	Die um Orientierung und Teilhabe bemühte Unterschicht mit starken Zukunftängsten und Ressentiments, in der soziale Benachteiligungen und geringe Aufstiegspektiven eine reaktive Grundhaltung geschaffen haben.
Hedonistisches Milieu	Die spaß- und erlebnisorientierte moderne Unterschicht/untere Mittelschicht, für die nur das Hier und Jetzt entscheidend ist und die sich den Konventionen und Verhaltenserwartungen der Leistungsgesellschaft verweigert.

Quelle: Sinus und microm 2011.

BertelsmannStiftung

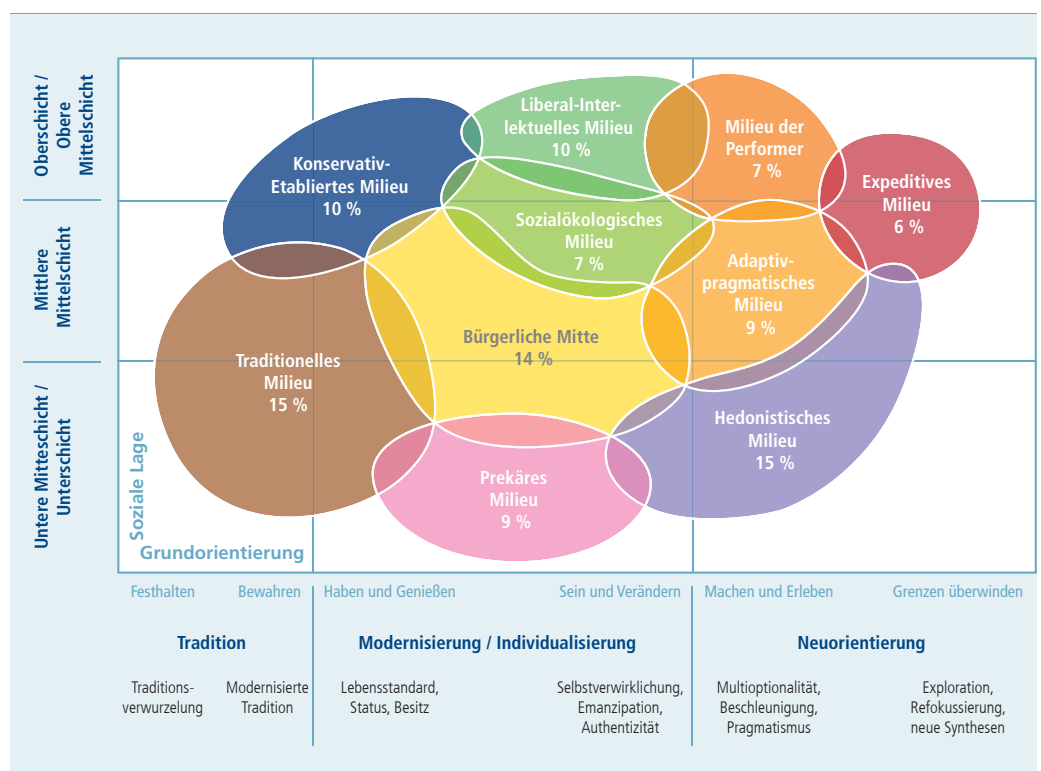
Diese Milieus verteilen sich in einem sozialen Raum, der durch die horizontale Achse der »Grundorientierung« nach Werten und Einstellungen und die vertikale Achse der sozialen Lage gebildet wird.

Für die Stadtteilebene ist es dann möglich, die einen Stadtteil »prägenden« Milieus zu bestimmen. Diese »Prägung« lässt sich dann wieder mit Sozialdaten über den Stadtteil und das Wahlverhalten bzw. die Wahlbeteiligung kombinieren.

Auf der Ebene der Sozialindikatoren ist zunächst festzustellen: Je höher die Arbeitslosigkeit, je geringer der formale Bildungsgrad, desto mehrgeschossiger die Wohnungen und desto niedriger die Kaufkraft, desto höher fällt die Wahlent-

haltung aus. Aus den bloßen Sozialindikatoren lassen sich weder Einstellungen und Grundorientierungen noch Handeln unmittelbar ableiten. Diese Lücke wurde versucht mit der Milieuzuordnung zu schließen. Das Milieu-Raubild zeigt, dass eine Reihe von Milieus die vertikalen Schichtgrenzen überschreiten, dass sich als etwa Angehörige der Unterschicht oder unteren Mittelschicht sehr wohl im Milieu der bürgerlichen Mitte finden lassen.

Abbildung 5: microm Geo Milieus®: Verteilung in Deutschland



Quelle: Sinus und microm 2011.

BertelsmannStiftung

»Die Ergebnisse sind eindeutig und darüber hinaus fast vollständig deckungsgleich sowohl für die Stadtteilanalyse als auch für die Analyse auf der Ebene der bundesweit repräsentativen Stimmbezirke: Je prekärer die Lebensverhältnisse, desto weniger Menschen gehen wählen. Die soziale Lage eines Stadtviertels oder Stimmbezirks bestimmt die Höhe der Wahlbeteiligung: Je prekärer die soziale Situation, d.h. je höher der Anteil von Haushalten aus den sozial prekären Milieus, je höher die Arbeitslosigkeit, je schlechter die Wohnverhältnisse und je geringer der formale Bildungsstand und die durchschnittliche Kaufkraft der Haushalte in einem Stadtviertel oder Stimmbezirk, umso geringer ist die Wahlbeteiligung.« (Schäfer/Vehrkamp/Gagné 2013, 10)

Da in einem Stadtteil immer mehrere Milieus anzutreffen sind, hängt der Effekt des Milieus auf die Wahlbeteiligung von der Verteilung der prägenden Milieus ab. Auch in gutbürgerlich geprägten Stadtviertel leben Arbeitslose usw. Gleichzeitig kann die Anwesenheit von mehreren Milieus in einem Stadtviertel zu sich verstärkenden Wirkungen führen. Errechnet wurden als Zusammenhänge zwischen der Milieu-Ausprägung und der Wahlbeteiligung:

Je höher der Anteil der Angehörigen einer der vier Milieus der Ober- und Mittelschicht, desto stärker steigt die Wahlbeteiligung.

Der Anteil der Bewohner, die dem Milieu der bürgerlichen Mitte, dem expeditiven oder dem adaptiv-pragmatischen Milieu angehören, beeinflusst die Höhe der Wahlbeteiligung nicht;

»Je stärker Stadtteile durch das prekäre, traditionelle oder hedonistische Milieu geprägt sind, desto niedriger fällt dort die Wahlbeteiligung aus. Am deutlichsten ist dieser negative Zusammenhang beim hedonistischen Milieu.« (Schäfer/Vehrkamp/Gagné 2013, 17)

Die Untersuchung bestätigte zum einen die Zusammenhänge, die Schäfer bereits in früheren Arbeiten zum Zusammenhang von Arbeitslosigkeit, Bildung und Einkommen mit der politischen Partizipation herausgestellt hatte. Die Analyse der »Prekären Wahlen« konnte nun erstmals die Bedeutung des sozialen Raums und der Verteilung der Milieus nachweisen, mit anderen Worten Wahlenthaltung nicht als individueller Ausfluss der Trägerschaft bestimmter sozialer Merkmale, sondern als sozial eingebundenes Handeln:

»Betrachtet man die Ergebnisse der Milieuanalyse differenziert nach den beiden Dimensionen der microm Geo Milieus®, zeigt sich noch einmal sowohl der eigenständige Einfluss der sozio-ökonomischen Erklärungsfaktoren als auch der eigenständige Einfluss der Einstellungen und Grundorientierungen auf die Wahlbeteiligung. Zum einen wird deutlich, je mehr Haushalte eines Stimmbezirks der Oberschicht und der oberen Mittelschicht angehören, desto höher ist die Wahlbeteiligung. Zum anderen gilt aber auch, je größer der Anteil der Haushalte mit einer traditionellen Grundorientierung, desto höher fällt die Wahlbeteiligung aus. Auch wenn dieser Zusammenhang etwas schwächer ist als bei den sozioökonomischen Erklärungsfaktoren, zeigt sich darin die Bedeutung von Einstellungen, Werthaltungen und Grundorientierungen der Menschen für ihre Wahlbeteiligung. Während traditionelle Grundorientierungen und Werte die Wahlbeteiligung stützen, führen individualistische und experimentell auf Neuorientierung abzielende Grundeinstellungen zu einer eher geringeren Wahlbeteiligung.« (Schäfer/Vehrkamp/Gagné 2013, 20)

Bürgerschaftswahl Hamburg – eine »prekäre Wahl«

Die Bertelsmann-Stiftung nutzt dieses Analyse-Tool weiter. Zuletzt legte sie eine entsprechende Untersuchung für die Bürgerschaftswahl in Hamburg am 15.2.2015 vor (Vehrkamp/Tillmann 2015). Die Spannbreite der Wahlbeteiligung erstreckte sich von 26,3% in Billbrook bis 76,7% in Wohldorf-Ohlstedt. Im unteren Dezil der niedrigsten Wahlbeteiligung, den 10% aller Stadtteile mit der geringsten Wahlbeteiligung, lag die Wahlbeteiligung bei 38,9%, im oberen Dezil bei 74,7%. Im unteren Dezil finden sich prozentual 36mal so viele Haushalte aus ökonomisch schwächeren Milieus, fünfmal so viele Arbeitslose und doppelt so viele Menschen ohne Schulabschluss wie in den wählerstärksten 10% der Stadtteile. Die Nichtwählerhochburgen finden sich dort, wo die sozial schwächeren und prekären Milieus dominieren. In den Wählerhochburgen

dominieren hingegen des Konservativ-Etablierte und das Liberal-Intellektuelle Milieu. Beide sind im Wahlergebnis deutlich überrepräsentiert.

»Auch bei der Bürgerschaftswahl 2015 ist die Wahlbeteiligung in Hamburg sozial gespalten. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 fiel die Ungleichheit der Wahlbeteiligung sogar noch einmal stärker aus. Dadurch bestätigt sich auch für den Stadtstaat Hamburg: Je geringer die Wahlbeteiligung, desto ungleicher fällt sie aus. Ähnlich wie das Wahlergebnis der Bundestagswahl 2013 ist auch das Wahlergebnis der Hamburger Bürgerschaftswahl 2015 – gemessen an der Sozialstruktur der Bevölkerung Hamburgs – nicht repräsentativ.« (Vehrkamp/Tillmann 2015, 20)

Armin Schäfer und Sigrid Roßteutscher

In dem von Hans-Rudolf Korte herausgegebenen Sammelband zur Bundestagswahl 2013 (Korte 2015) fassen Armin Schäfer und Sigrid Roßteutscher die Ergebnisse des Untersuchungsprojekts »Prekäre Wahlen« zusammen und betonen dabei die sozialräumliche Dimension.

»Unser Befund ist somit eindeutig: Unterschiede in der Wahlbeteiligung sind nicht nur groß (und steigend), sondern auch sozialstrukturell bedingt und kleinräumlich klumpend.« (Schäfer/Roßteutscher 2015, 116)

Der Vorteil des von der Bertelsmann-Stiftung unterstützten Projektes ist, dass nicht auf Befragungsdaten zurückgegriffen wurde, sondern räumliche Daten zur tatsächlichen Wahlbeteiligung mit Daten über die soziale Lage verknüpft wurden. Zunächst sind für die Bundestagswahl 2013 Unterschiede von bis zu 40% in der Wahlbeteiligung einzelner Viertel bzw. Stimmbezirke einer Stadt bzw. eines Stadtteils feststellbar. Zweitens ist darstellbar, dass mit der sinkenden durchschnittlichen Wahlbeteiligung in einer Stadt sich zugleich die Spannbreite zwischen dem Bezirk mit höchster und demjenigen mit niedrigster Wahlbeteiligung vergrößert. Dies gilt auch, wenn man jeweils die höchsten zehn Prozent mit den niedrigsten zehn Prozent vergleicht, es handelt sich also nicht um einzelne Ausreißer.

»(...) je niedriger die Wahlbeteiligung ist, desto größer werden die Unterschiede (...) Immer geht der Rückgang der Wahlbeteiligung mit deren Spreizung einher.« (Schäfer/Roßteutscher 2015, 105)

Die Wahlbeteiligung steigt mit der Anzahl der freistehenden Häuser, der Höhe der Kaufkraft, dem Anteil der Abiturienten. Die Wahlbeteiligung sinkt mit steigendem Anteil von Haupt- und Realschulabsolventen.

»In ärmeren, von Arbeitslosigkeit besonders betroffenen Stadtteilen ist der Nichtwähleranteil weit überdurchschnittlich, wohingegen in wohlhabenden Vierteln weiterhin die große Mehrheit der Wahlberechtigten an Bundestagswahlen teilnimmt. (...) Da in diesen Stadtteilen auch mehr Menschen wohnen, die nicht wahlberechtigt sind, liegen die Beteiligungsunterschiede gemessen an der Wohnbevölkerung noch deutlich über denen der Wahlberechtigten. In manchen Stadtteilen hat nur jeder dritte, der dort lebt, bei der Bundestagswahl gewählt.« (Schäfer/Roßteutscher 2015, 109)

Weitere Auswertungen ergeben, dass die Gebäudeart und die Kaufkraft jeweils für sich nur eine geringe Erklärungskraft bieten, dagegen der Anteil der Bewohner mit Hochschulreife und die Arbeitslosenquote eine hohe (Schäfer/Roßteutscher 2015, 110) Der Zusammenhang zwischen Bildungsgrad der Wahlberechtigten und Wahlbeteiligten gilt nicht nur für Großstädte, sondern ebenso in Kleinstädten und ländlichen Gemeinden. In Großstädten ist die Trennung von Lebenswelten jedoch offensichtlicher.

»In allen Fällen fällt die Wahlbeteiligung dort besonders niedrig aus, wo die Arbeitslosigkeit hoch, der Bildungsstand niedriger und die Kaufkraft gering ist. Es sind nicht nur deprivierte »Problemviertel« in Großstädten, wo weniger Menschen das Wahlrecht ausüben, sondern insgesamt benachteiligte Wohngebieten. Soziale Unterschiede übersetzten sich in politische Beteiligungsunterschiede, die sich auch

bei der zentralen Form politischer Beteiligung, der Teilnahme an Wahlen, zeigen.« (Schäfer/Roßteutscher 2015, 114f)

Bei der Interpretation der Ergebnisse bleiben Schäfer/Roßteutscher zurückhaltend. Dass sich Beteiligungsunterschiede »kleinräumlich klumpend« und »sozialstrukturell bedingt« darstellen, sei möglicherweise in liberaler Perspektive als Ausübung des Rechts auf Verzicht auf Beteiligung zu interpretieren. Aber diese »schlichte(n) Verweise auf das Freiwilligkeitsprinzip« griffen wohl zu kurz:

»Zu fragen wäre demnach, ob der massenhafte Partizipationsverzicht freiwillig und auf Basis rein individueller Überlegungen erfolgt. Die eindeutige sozialräumliche Ballung von Verzichtssyndromen nährt zumindest den Verdacht, dass gruppenspezifisch wirksame Beteiligungsbarrieren bestehen. Die Nichtwahl ist nicht zufällig über die deutsche Gesellschaft verteilt, sondern ballt sich dort, wo Menschen leben, die darauf angewiesen wären, von den politischen Eliten gehört zu werden.« (Schäfer/Roßteutscher 2015, 116)

Damit ist der Klassencharakter der wachsenden – nicht jeglicher – Wahlenthaltung angedeutet und ebenfalls eine spezifische »Lücke der Repräsentation« im politischen Feld umrissen. Mit dem Bezug auf kleinräumige Lebenswelten liefern die beiden Autoren einen Ansatz, um Wahlenthaltung als »subjektiv hervorgebrachte Alltagspraxis mit klassenspezifischem Charakter« zu begreifen, als milieuhaft erworbene und ausgeübte Handlungsstrategien:

»Das Milieu, als besondere Form der Handlungskoordination, ist als eine praktisch fundierte und praktisch fungierende (über das geteilte, implizite Wissen eines Kollektivs) Lebensform das Scharnier für die Übersetzung und damit Respezifikation von abstrakteren Formen der Handlungskoordination (z.B. Organisation) in konkrete Kontexte.« (Isenböck/Nell/Renn 2014, 13)

In seiner Habilitationsschrift geht Armin Schäfer selbst diesen Schritt:

»In der Literatur sind Einschätzungen verbreitet, die »Klasse« als unergiebig Kategorie für die Analyse von Gegenwartsgesellschaften ansehen. Dies wird nicht zuletzt am Wahlverhalten festgemacht. Arbeiter, so wird immer wieder argumentiert, wählten heute nicht mehr in stärkerem Maß linke Parteien als andere Klassen. Doch es zeigt sich kein Ende des Klassenwahlverhaltens, wenn kleinere Parteien und insbesondere die Nichtwahl in die empirische Analyse einbezogen werden, denn nicht nur die Unterstützung von Grünen und FDP, sondern vor allem die Wahlabstinenz verläuft eindeutig entlang von Klassenlinien.« (Schäfer 2015, 22)

Armin Schäfer: Der Verlust politischer Gleichheit

Mit seiner Habilitationsschrift legte Schäfer eine demokratietheoretische Einbettung seiner Forschung zum Nicht-Wahlverhalten vor (Schäfer 2015). An dieser Stelle soll nur auf solche Aspekte des empirischen Teils eingegangen werden, die zusätzliche, bisher so noch nicht angesprochene Erkenntnisse über Wahlenthaltung liefern.

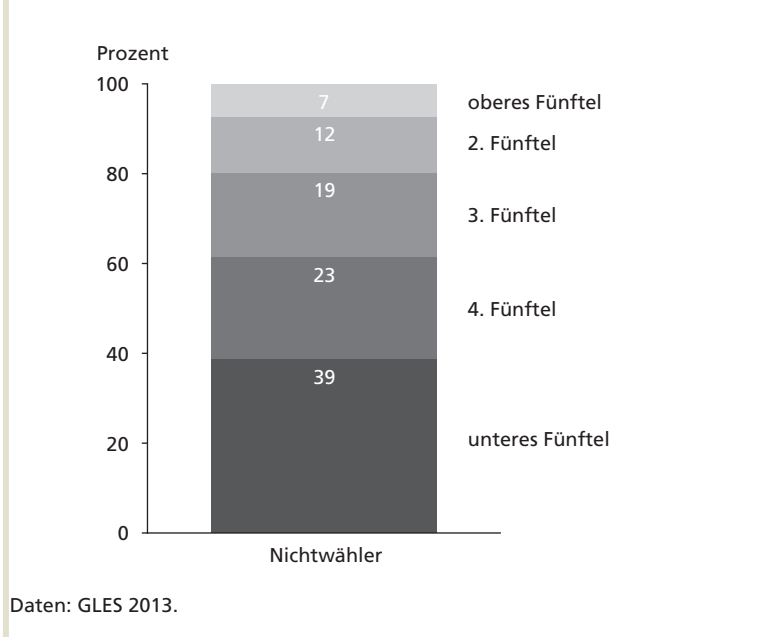
Zunächst resümiert Schäfer die Ergebnisse von Langzeituntersuchungen in westlichen Demokratien: mit der sozialen Ungleichheit wächst auch die politische Ungleichheit, zunächst im Sinne ungleicher Partizipation. Es komme zu einer »Wirkungskette aus wachsender sozialer Ungleichheit, ungleicher politischer Partizipation und schließlich Entscheidungen zugunsten der politisch Aktiven (...), in deren Folge die Nichtbeteiligten benachteiligt werden«. Wenn strittige Entscheidungen anstünden, zählten die politisch Aktiven bzw. sich Beteiligenden womöglich mehr (Schäfer 2015, 88). In Ländern mit geringerer Einkommensungleichheit und höherer Wahlbeteiligung sei wiederum der Grad der sozialstaatlichen Umverteilung höher, Mitte-Links-Parteien wiesen ein erkennbar linkeres Profil auf, mit sinkender Wahlbeteiligung ändere sich dies, mit Folgen:

»Die Anliegen derjenigen, die eine schwache Position am Markt haben und häufiger auf Leistungen des Sozialstaats angewiesen sind, laufen Gefahr übergangen zu werden, wenn sie nicht wählen. Je mehr sich jedoch die Politik an den Wählern orientiert, desto wahrscheinlicher werden politische Entscheidungen, die soziale Ungleichheit verschärfen. Diese Möglichkeit ist auch deshalb plausibel, weil soziale Klassen in Verteilungsfragen unterschiedliche Präferenzen aufweisen (...). Aus neorepublikanischer Sicht droht somit ein Teufelskreis, der für die sozial Schwachen den Status als freie Bürger gefährdet. Rechtliche Gleichheit verhindert unter Bedingungen wachsender sozialer Ungleichheit den Anstieg politischer Ungleichheit nicht, wodurch das demokratische Grundprinzip ausgehöhlt wird, dass alle Bürgerinnen und Bürger gleich viel zählen.« (Schäfer 2015, 89)

Für Deutschland, so entwickelt Schäfer seine Argumentation weiter, lasse sich anhand der gängigen Indikatoren darstellen, dass sich ein bestimmtes Ungleichheitsmuster in der Wahlbereitschaft herausgebildet habe.

»Unter den Nichtwählerinnen und Nichtwählern finden sich überproportional viele, die eine niedrige formale Bildung und wenig Einkommen aufweisen. Geringes politisches Interesse, gepaart mit Unzufriedenheit, fehlender Parteidentifikation und der Überzeugung, dass Wahlen keinen Unterschied machen, führen zur Nichtwahl, wobei diese negativen Einstellungen ihrerseits von der sozialen Lage abhängen. Darüber hinaus verändert der soziale Kontext die individuelle Wahlwahrscheinlichkeit. Der Kontakt mit anderen Nichtwählerinnen und Nichtwählern in der Familie, im Freundeskreis oder in der Nachbarschaft verringert die Wahlbereitschaft. Wähler und Nichtwähler, so das Fazit, unterscheiden sich in ihrer sozialen Zusammensetzung.« (Schäfer 2015, 116)

Abbildung 5-4 Zusammensetzung der Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2013 nach Einkommensfünfteln



60% der Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2013 kamen aus den beiden unteren Fünfteln der Einkommensverteilung (vgl. Wieder-gabe der Abbildung, Schäfer 2015, 98).

Die Nichtwähler bilden in keinerlei Hinsicht einen Querschnitt der Gesellschaft ab. Der sozial asymmetrische Rückgang der Wahlbeteiligung führt zu einer Veränderung der politischen Landschaft. Bei den beiden unteren Einkommensfünfteln der Bevölkerung ist die Präferenz für sozial-staatliche Umverteilungsmaß-nahmen z.T. deutlich stärker

ausgeprägt als bei den beiden oberen Fünfteln.

»Je stärker Nichtwahl durch die soziale Lage beeinflusst wird und umso mehr soziale Gruppen Unterschiedliches wollen, desto wahrscheinlicher ist es, dass die Interessen der Bessergestellten politisch stärker beachtet werden. Im Konfliktfall setzen Entscheidungsträger die Ziele der Mittel- und Oberschicht um – aus deren Mitte sie in Deutschland (...) fast ausschließlich rekrutiert werden.« (Schäfer 2015, 120f.)

Die sozialräumliche Segregation spielt – auf dem Wege der nachbarschaftlichen Kommunikation und der Gespräche unter »Seinesgleichen« über Politik – eine zentrale Rolle für die Herausbildung gruppenbezogener, kollektiver Muster bei der Entscheidung für Nichtwahl.

»Wer nicht wählt, spricht viel häufiger mit anderen über Politik, die auch nicht wählen, wodurch das Verhaltensdispositiv verstärkt wird. Hinzu kommt, dass die Bewohner benachteiligter Stadtteile – unabhängig von anderen individuellen Merkmalen – eine geringere Wahlbereitschaft aufweisen. Segregation, die auch Ausdruck sozialer Ungleichheit ist, vergrößert die bereits vorhandenen Unterschiede in der Partizipationsbereitschaft. (...) Während der Kontakt mit politisch Interessierten mobilisierend wirken kann, demobilisiert die Interaktion mit anderen, die ein negatives Bild der Politik und keine Wahlabsicht haben « (Schäfer 2015, 121f)

Handelt es sich hier um die sozialräumliche Verteilung von sozialer und politischer Ungleichheit bzw. ihrer Indikatoren. Überwiegend wird bestritten, dass mit dem Konzept »Klasse« noch individuelles (Wahl-)Verhalten erklärt werden kann. Zuletzt hatte dies Müller für die Bundestagswahl 1998 analysiert und die bekannte Präferenz von »Arbeitern« für die SPD-Wahl nachgewiesen (Müller 1998, 2000). Bei den anschließenden Wahlen konnten sich eher die Vertreter der These bestätigt fühlen, gemäß der sich Lebensstile und Einstellungen und damit die Parteipräferenzen von der Klassenposition gelöst hätten. Doch, fragt nun Schäfer, wie verhält es sich mit der Beteiligungspräferenz? Könnte es nicht sein, dass sich weniger in der Frage, was und wen man wählt, dafür aber in der Frage, ob man wählt, ein Klassenwahlverhalten aufspüren lässt. Der Effekt der Klassenlage habe sich von der Parteienwahl auf die Wahlteilnahme verlagert.

»Klasse« knüpft hier weniger an Marx und mehr an Weber, die berufliche Teilung der gesellschaftlichen Arbeit an.

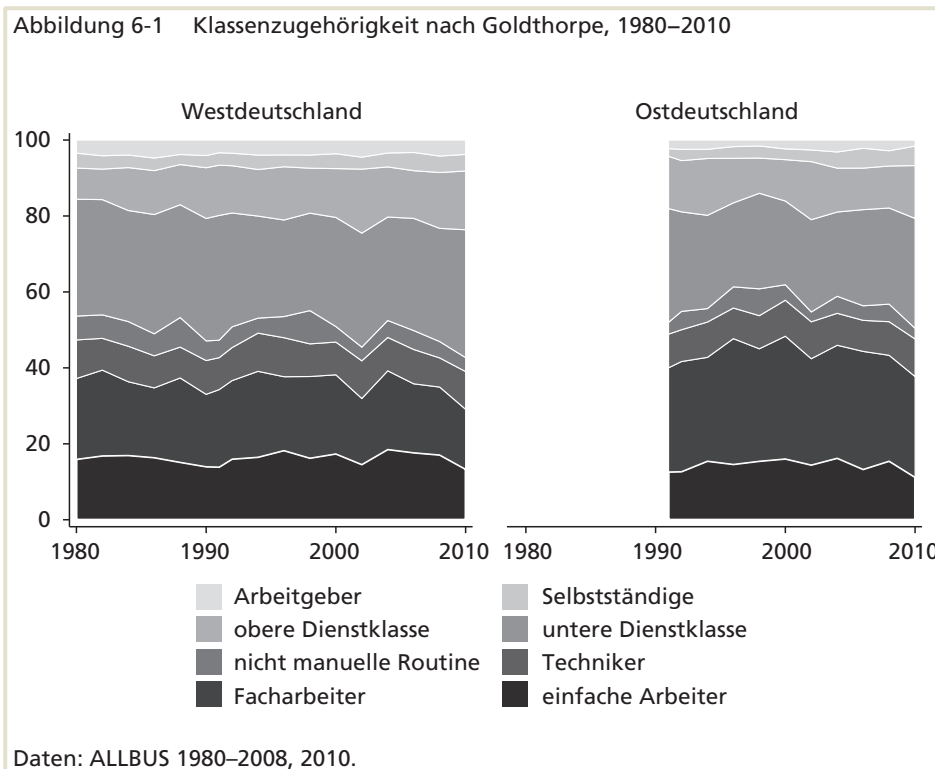
»Die Verwendung des Begriffs Klasse erklärt sich dadurch, dass die soziale Lage ausschließlich durch die berufliche Stellung – Lohn- versus Gehaltsempfänger, Beschäftigte mit und ohne Aufsichtsfunktion, weisungsgebundene versus selbstbestimmte Tätigkeiten – und nicht etwa durch weitere Merkmale wie den Schulabschluss oder das Einkommen erfasst wird.« (Schäfer 2015, 123)

Für die weitere Datenanalyse fasst Schäfer die achte Klassen von Goldthorpe in vier Klassen zusammen:

»(1) Arbeiter, (2) Techniker und nicht manuelle Routine, (3) Dienstklasse sowie (4) Selbstständige und Arbeitgeber« (Schäfer 2015, 128)

Mit dieser Klassifikation analysiert Schäfer die verfügbaren Daten der Landtags- und Bundestagswahlen seit 1978. Anders als in vielen anderen Analysen beschränkt er sich, im Anschluss an einige angelsächsische Studien, nicht auf die Parteienwahl, sondern bezieht auch die Nichtwahl mit ein. Denn:

»Je stärker sich die Parteien programmatisch angleichen, desto weniger unterscheidet sich die Parteienwahl zwischen Klassen (...), aber umso stärker prägt die Klassenlage die Wahlteilnahme, sodass jede



*Analyse zum Zusammenhang von Klassen und Wahlverhalten die Nichtwahl beachten müsse (..)«
(Schäfer 2015,*

Die Analysen für die beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD bestätigen, dass die erkennbaren Unterschiede der Klassen in ihren Parteipräferenzen abgenommen haben und für die SPD zuletzt nicht mehr erkennbar waren. Die SPD ist keine Arbeiterpartei mehr. Allenfalls für die Linkspartei in Westdeutschland lassen sich bei den Wahlen 2005-2010 überdurchschnittliche Präferenzen von Arbeitern nachweisen, in einem quantitativ bescheidenem Umfang (Schäfer 2015, 131). Eine ausgeprägte Klassenpräferenz ließ sich für die FDP (deutlich höhere Präferenz von Arbeitgebern, Selbstständigen, Freiberuflern) und für die Grünen (Dienstklasse) nachweisen, wobei in Westdeutschland die Präferenz für die Grünen in allen Klassen steigt, bis auf diejenige von Arbeitern.

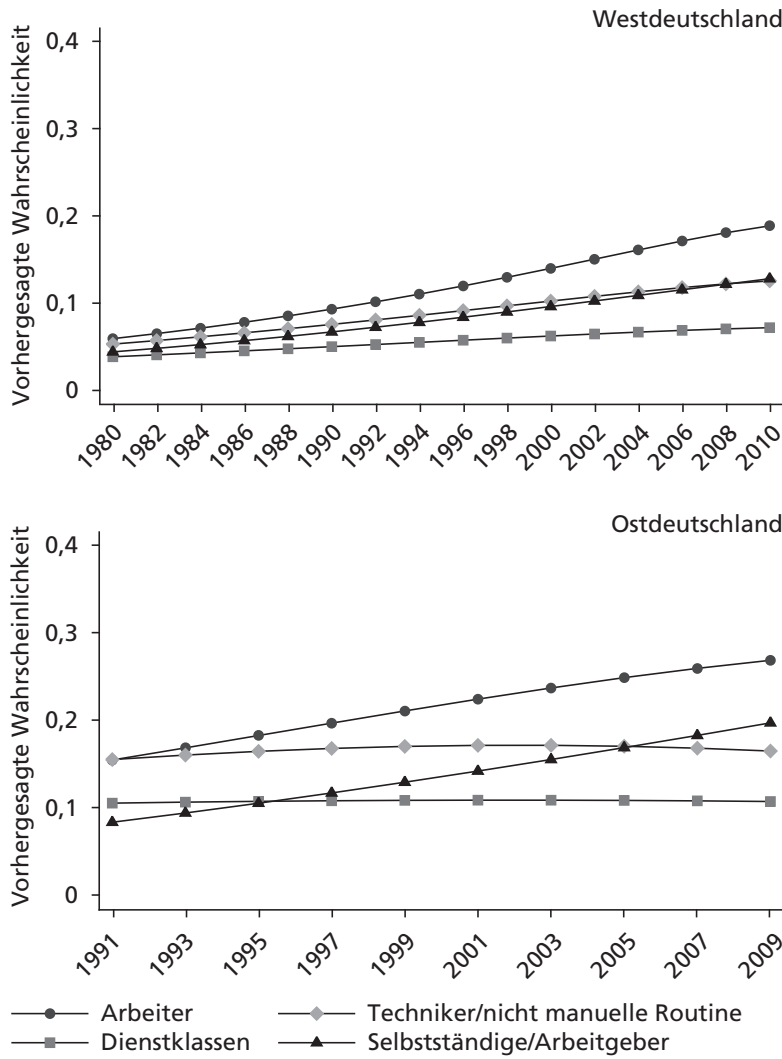
»Die bisherigen Befunde zeigen, wie die Klassenlage für die Wahl sowohl der SPD wie auch der Union an Bedeutung verliert, während gleichzeitig eine stärker klassenbasierte Wahlabsicht bei den kleineren Parteien zu beobachten ist.« (Schäfer 2015, 135)

Wie entwickelte sich nun die Verteilung der Nichtwahlabsicht über die vier Klassen?

»Noch Anfang der Achtzigerjahre waren die Unterschiede in der Nichtwahlneigung in Westdeutschland minimal, doch in den folgenden drei Jahrzehnten haben sie deutlich zugenommen. In den Zweitausenderjahren weisen alle Klassen eine signifikant geringere Nichtwahlneigung als Arbeiter auf, während dies 1980 für keine einzige galt.« (Schäfer 2015, 137)

Im folgenden werden die Abbildungen für die vier Klassen und für die Differenzierung nach Einkommen innerhalb der Arbeiterklasse wieder gegeben (Schäfer 2015, S. 135, 136).

Abbildung 6-7 Keine Wahlabsicht in West- und Ostdeutschland, 1980–2010



Siehe Abbildung 6-2. Das Niveau der Nichtwahl wird in diesen Abbildungen aufgrund von sozial erwünschtem Antwortverhalten (*overreporting*) unterschätzt. Daten: ALLBUS 1980–2008, 2010.

Abbildung 6-8 Nichtwahlneigung innerhalb der Arbeiterklasse nach Einkommensdritteln (nur Westdeutschland), 1980–2010

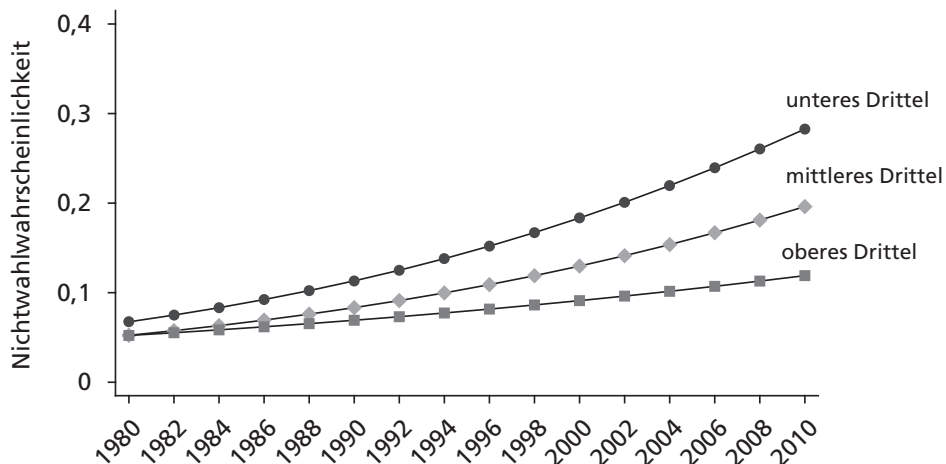
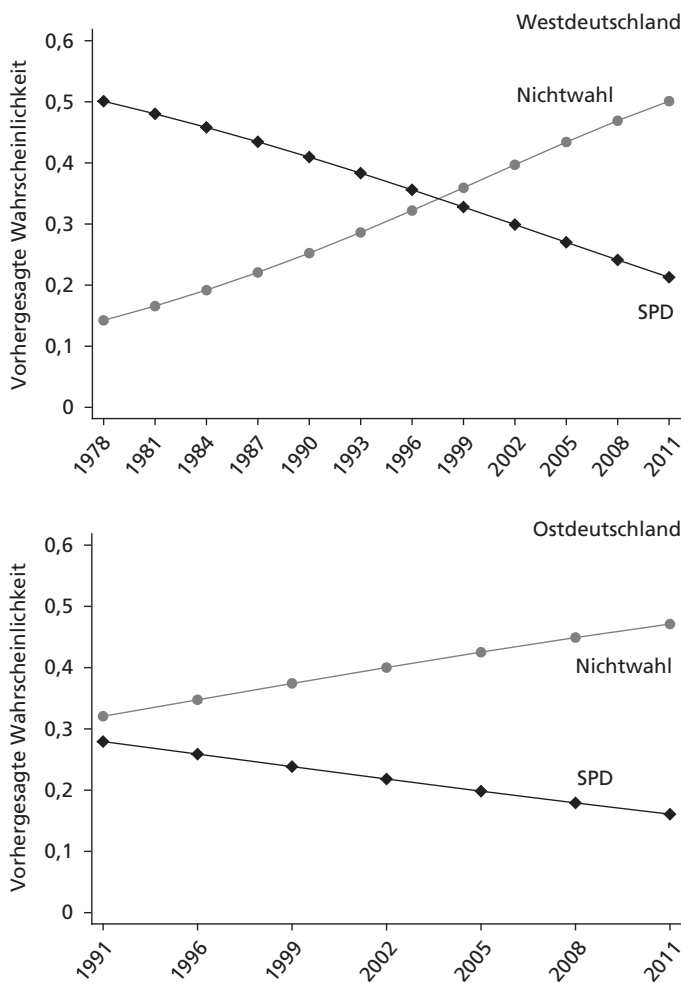
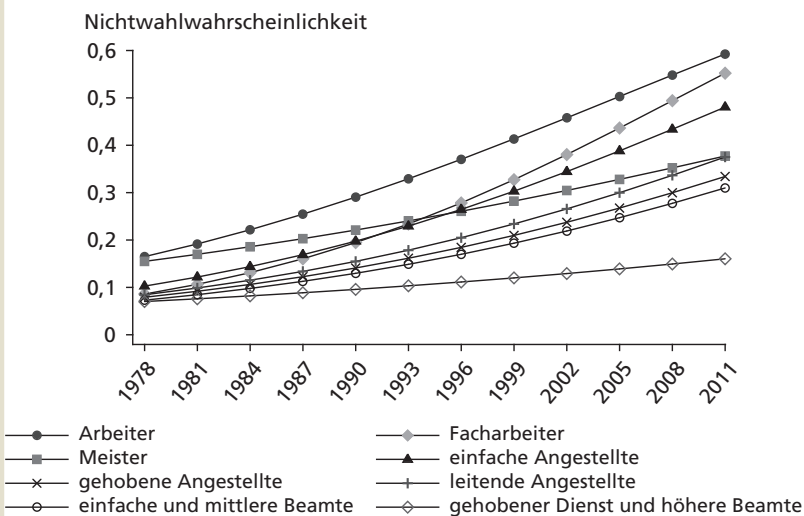


Abbildung 6-11 Das Wahlverhalten von Arbeitern bei Landtagswahlen, 1978–2011



Die Daten sind so gewichtet, dass der Nichtwähleranteil in den Umfragen dem realen Nichtwähleranteil bei der jeweiligen Landtagswahl entspricht. Siehe Tabellen 6-5 und 6-6. Daten: LANDTAGSWAHLEN.

Abbildung 6-12 Nichtwahlwahrscheinlichkeit von acht Berufsgruppen bei Landtagswahlen (nur Westdeutschland), 1978–2011



Die Daten sind so gewichtet, dass der Nichtwähleranteil in den Umfragen dem realen Nichtwähleranteil bei der jeweiligen Landtagswahl entspricht. Siehe Tabelle 6-7. Daten: LANDTAGSWAHLEN.

Statt für die SPD entscheidet sich die Arbeiterklasse überproportional häufig für die Nichtwahl, bei Bundestags- und wie Landtagswahlen. Es könne keine Rede davon sein, dass sich Wahlverhalten und Klassenlage gänzlich entkoppelt hätten:

»Der Befund, der aus beiden Teilanalysen folgt, widerspricht der Vorstellung, Deutschland sei eine »Nachklassengesellschaft«. Weder der Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft noch das Aufkommen postmaterieller Werte haben das Wahlverhalten von der Klassenlage gelöst. Im Gegenteil, gerade die Unterstützung für die Grünen, die als Partei mit postmateriellen Werten gelten, verläuft entlang von Klassenlinien.« (Schäfer 2015, 144)

Die These von U. Beck von 1983, wonach »die klassischen Zuordnungen von sozialen Klassendifferenzierungen und Wählerpräferenzen für bestimmte politische Parteien ihre Stabilität und prognostische Verbindlichkeit« verlieren, betrachtet Schäfer als widerlegt:

»Doch der empirisch informierte Blick auf die Klassenwahl enthüllt, dass Beck gleich zweifach irrte. Zum einen bestanden zum Zeitpunkt der Veröffentlichung seines Aufsatzes noch deutliche klassen- basierte Unterschiede in der Wahl von SPD und CDU/CSU. So entschieden sich Arbeiter Anfang der Achtzigerjahre noch sehr viel häufiger für die Sozialdemokratie als andere Klassen, wohingegen Selbstständige besonders stark der Union zuneigten. Für diese beiden Parteien trifft erst heute zu, was damals als Tatsache behandelt wurde. Zum anderen kann auch heute nicht von einer Einebnung der Klassenunterschiede gesprochen werden, da sowohl die Wahl kleinerer Parteien als auch insbesondere die Nichtwahl in wachsendem Maß sozial stratifiziert erfolgt. Mit dem Abstand von dreißig Jahren wird die Zeitgebundenheit der These einer Gesellschaft jenseits von Klassen deutlich, da sie die Durchlässigkeit der Gesellschaft über- und die verhaltensprägende Persistenz sozialer Ungleichheiten unterschätzte.« (Schäfer 2015, 144f)

Bezieht man diese Befunde zum fortlebenden bzw. sich neu formierenden Klassenwahlverhalten auf die soziale Segregation in den großen Städten – siehe die Untersuchung »Prekäre Wahlen« - so ergibt sich ein auf den ersten Blick paradoxes Ergebnis. Die kleinräumige Datenanalyse zeigt, dass linke Parteien (SPD, Linke) schlechter abschneiden, wenn die Wahlbeteiligung sinkt, obwohl sie in den »städtischen Problemgebieten«, häufig frühere Arbeiterviertel und SPD-Hochburgen immer noch hohe Stimmenanteile erzielen (können). In diesen Vierteln ist die Wahlbeteiligung sehr viel stärker gesunken als in den von Arbeitslosigkeit und Armut weniger stark betroffenen Stadtvierteln. Wenn Nichtwahl zum Klassenwahlverhalten von Arbeitern wird, dann fallen hohe Stimmenanteile in Arbeitervierteln gesamtstädtisch aufgrund ihrer geringeren absoluten Größe weniger ins Gewicht. Wo noch das Beteiligungsniveau der Vergangenheit erreicht wird, schneiden bürgerliche Parteien wie CDU und die FDP absolut und relativ am besten ab (vgl. Schäfer 2015, 165).

Die SPD hat hierauf mit dem »Kampf um die Mitte« reagiert, die Linkspartei konnte die Klassenbewegung zur Nichtwahl nicht entscheidend aufhalten. Es ist davon auszugehen, dass die niedrige und eine weiter sinkende Wahlbeteiligung die Tendenz zu strukturellen bürgerlichen Mehrheiten bei Wahlen – in welcher parteipolitischen Konstellation auch immer – stärkt. Die verbindende Klammer wäre die niedrige Präferenz für sozialstaatliche Umverteilung, also die Formierung gegen die Ansprüche der beiden unteren Fünftel, wodurch deren Wahlabstinenz wiederum bestätigt würde, ihr »gute Gründe« geboten würden.

Die Untersuchungen von Schäfer und Bertelsmann bestätigen im übrigen die im ersten Teil entwickelten Hypothesen über den Zusammenhang von sozialstaatlichen Phasen und Brüchen in der Wahlbeteiligung.

Deutsche Gesellschaft für Wahlforschung

Die Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Wahlforschung legen regelmäßig etwa ein Jahr nach dem Wahltag eine ausführliche Analyse des Wahlkampfes und des Wahlverhaltens auf der Basis der in der German Longitudinal Election Study (GLES) erhobenen Daten vor. Die Analysen der Bundestagswahl 2013 wurden Ende 2014 als Sammelband publiziert (Schmitt-Beck et al. 2014). Erstmals in dieser Deutlichkeit wird auf die soziale Ungleichheit im Wahlverhalten abgestellt. Der Stand der Forschung wurde wie folgt zusammengefasst:

»Zudem zeigen neuere Befunde, dass die Wahlbeteiligung zunehmend vom sozialen Status der Wahlberechtigten abhängt und die persönliche Kommunikation im Nahumfeld dazu beiträgt, ob Menschen wählen gehen oder nicht. Resultat sind Hochbeteiligungsbezirke, in denen vor allem Menschen mit hoher Bildung und hohem sozialen Status wohnen, aber auch Niedrigbeteiligungsbezirke, geprägt von geringem Bildungsstand und hohen Arbeitslosenzahlen.« (Lamers/Roßteutscher 2014, 119)

Während bis in die 1980er Jahre die Wahlbeteiligung noch weitgehend unabhängig vom Schulabschluss gewesen sei, »tat sich in den 1990er Jahren eine wachsende Kluft zwischen hö-

heren Bildungsabschlüssen (Abitur und mehr) und niedrigen Bildungsabschlüssen (höchstens Hauptschule) auf. Dieser Trend zur zunehmenden Bildungsabhängigkeit setzte sich im vergangenen Jahrzehnt verstärkt fort.« (Lamers/Roßteutscher 2014, 121). Die Wahlbeteiligung bei unter 36jährigen mit niedrigem Abschluss lag bei etwa 45%, bei denen mit mittlerem Abschluss bei 78% und bei denjenigen mit hohem Abschluss bei über 90%. Bei den 36-55jährigen mit niedrigem Abschluss lag die Wahlbeteiligung 2013 bei 70%, bei den mittleren Abschlüssen bei gut 85%. Für die höheren Abschlüsse ist für die vier Altersgruppen unter 36, 36-55, 56-70 und über 70 kaum eine Veränderung in der Wahlbeteiligung festzustellen (jeweils deutlich über 90%), bei den mittleren Abschlüssen beginnt die Wahlbeteiligung in der Gruppe der 36-55jährigen zu sinken. Auch bei den Wahlberechtigten mit niedrigem Abschluss beginnt der Einbruch in dieser Gruppe, ist aber deutlich stärker und setzt sich in die jüngste Altersgruppe beschleunigt fort (Lamers/Roßteutscher 2014, 122).

Der zweite Befund, auf den hingewiesen wird, geht auf die Arbeiten von Armin Schäfer zurück: die »starke räumliche Ballung« (siehe um Kapitel »Prekäre Wahlen«).

»So lagen bei der Bundestagswahl 2013 innerhalb von Städten wie Hamburg, Köln oder Bremen bis zu 40 Prozentpunkte Unterschied zwischen dem Stadtteil mit der niedrigsten und der höchsten Wahlbeteiligung. Stadtteile mit niedriger Wahlbeteiligung waren zudem typischerweise solche, die von hoher Arbeitslosigkeit, geringer Kaufkraft und einen niedrigen Bildungsstand gekennzeichnet waren.« (Lamers/Roßteutscher 2014, 122).

Bei der Suche nach Motiven für die Nichtwahl wurden politische Eigenschaften, soziale Eigenschaften und räumlich-kommunikative Eigenschaften unterscheiden. Damit besteht eine weitgehende Analogie zu der Allensbach-Studie. Auf der Ebene der politischen Eigenschaften waren Nichtwähler seltener als Wähler an Parteien gebunden, mit der Demokratie eher unzufrieden, politisch weniger interessiert und hielten die Wahlbeteiligung weniger häufig für eine Bürgerpflicht (Lamers/Roßteutscher 2014, 126f). Bei den sozialen Eigenschaften unterschied Wähler und Nichtwähler Bildung, sozialer Status und Haushaltseinkommen. Bei den räumlich-kommunikativen Eigenschaften ließ sich feststellen, dass deutlich weniger politische Gespräche stattfanden und bei Vorwahlumfragen nicht einmal 30% der voraussichtlichen Nichtwähler glaubten, dass in der Nachbarschaft »viele« zur Wahl gehen würden, aber immerhin jeder fünfte meinte, „fast niemand“ würde zur Wahl gehen. Wähler wiederum glaubten zu 70%, dass in der Nachbarschaft »viele« zur Wahl gehen würden (Lamers/Roßteutscher 2014, 126).

In zwei Modellen zur Analyse der Einflussfaktoren wurde versucht, aus den statistischen Korrelationen auf direkte und indirekte Einflussfaktoren zu schließen. Für Arbeitslosigkeit konnte trotz der auffälligen Korrelation kein direkter Einfluss auf die Wahlbeteiligung ermittelt werden. Wohl aber für das Bildungsniveau. Diesen Zusammenhang hatten auch die Forscher des DIW herausgestellt: niedrigere Bildung führt häufiger zu Arbeitslosigkeit und zu niedriger Wahlbeteiligung. Herausgestellt werden die Bedeutung der räumlich-kommunikativen Eigenschaften und die persönliche Einschätzung des Verhaltens in der Nachbarschaft.

»Glaubte ein Wahlberechtigter, dass in seiner Umgebung fast alle zur Wahl gehen würden (im Vergleich zu einem Wahlberechtigten, der annahm, dass fast niemand wählen gehen würde), so erhöhte sich die Wahrscheinlichkeit der eigenen Wahlteilnahme um 28 Prozentpunkte.« (Lamers/Roßteutscher 2014, 128).

Fazit und Aussicht lauten dann:

»Die Nichtwahl hängt zunehmend mit Bildung und sozialem Status zusammen und ist in Wohnkontexten besonders hoch, wo viele strukturell benachteiligte Bürger wohnen. Diese Trends waren auch im Fall der Bundestagswahl 2013 deutlich. Gerade unter jungen Menschen war der Bildungsabschluss von zentraler Bedeutung. (...) Angesichts der zunehmenden räumlichen Trennung von Bezirken mit hoher und niedriger Wahlbeteiligung – Bezirke, die sich zudem deutlich hinsichtlich Sozialstruktur und Lebenschancen der Einwohner unterscheiden – ist für die Zukunft mit einem weiteren Anstieg der

sozialen und kleinräumlichen Bedingtheit der Wahlbeteiligung zu rechnen. Das ist für die repräsentative Demokratie, für die das Versprechen politischer Gleichheit ein zentrales Gut ist, eine durchaus bedrohliche Entwicklung.» (Lamers/Roßteutscher 2014, 130f).

An anderer Stelle ist davon die Rede, dass gleichwohl ein »klares soziales Profil, das für eine spezifische Repräsentationslücke sprechen würde« sich aus der Struktur der Wahlenthaltung (noch) nicht ergebe, »wohl aber das weiter zu beobachtende Phänomen, dass es die Jüngeren waren, die sich überproportional stark unter Wählern anderer Parteien (die nicht im Bundestag vertreten sind – HK), aber auch unter den Nichtwählern fanden« (Weßels 2014, 193).

Beide Aussagen stehen nicht im direkten Gegensatz. Weßels betrachtet die sozialstrukturellen und demografischen Merkmale von Wählern und Nichtwählern im Vergleich. Zwar findet sich ein höherer Anteil z.B. von Abiturienten unter den Wählern als unter den Nichtwählern, aber es finden sich auch viele Nicht-Abiturienten unter den Wählern. Aus den Proportionalitäten ergibt sich noch keine »spezifische Repräsentationslücke«. Schäfer und Roßteutscher bilden die sozialen Merkmale im Raum ab und stellen eine »kleinräumliche Bedingtheit« ist, die als beginnende Entwicklung zu einer spezifischen Repräsentationslücke gesehen werden kann: nicht Personen mit bestimmten sozioökonomischen Merkmalen werden nicht mehr repräsentiert, sondern Personen mit diesen Merkmalen, soweit sie Bewohner bestimmter Viertel sind bzw. als Bewohner dieser Viertel bzw. bestimmte kleinräumig entstehende Milieus. Die Frage nach den Gefährdungspotentialen zielt dann darauf, ob die kleinräumige Trennung überschritten wird.

Literatur

Althoff 2014: Martin Althoff, Nichtwahl und Unzufriedenheit: eine Option auch für Hochgebildete? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), Heft 4/2014, S. 825-845.

BAT 2013: BAT-Stiftung für Zukunftsfragen, Wovon die Wahlentscheidung abhängt. Forschung aktuell, 34. Jg., Ausgabe 250, 12.09.2013

Bönke/Lüthen 2014. Timm Bönke und Holger Lüthen, Lebenseinkommen von Arbeitnehmern in Deutschland: Ungleichheit verdoppelt sich zwischen den Geburtsjahrgängen 1935 und 1972; in: DIW-Wochenbericht, 49, S. 1271-1277.

Calmbach/Borgstedt 2012: Marc Calmbach und Sybille Borgstedt, »Unsichtbares« Politikprogramm? Themenwelten und politisches Interesse von »bildungsfernen« Jugendlichen, Bonn 2012.

Decker/Lewandowsky/Solar 2013: Frank Decker, Marcel Lewandowsky, Marcel Solar, Demokratie ohne Wähler? Neue Herausforderungen der politischen Partizipation, Bonn 2013.

Fülberth 2013: Georg Fülberth, Das Phänomen Apolitie; in: Neues Deutschland, 24.08.2013, S. 27.

Güllner 2013: Manfred Güllner, Nichtwähler in Deutschland. Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-stiftung, Berlin

Kahrs 2012: Horst Kahrs, Transformation des deutschen Sozialstaates und die Rückkehr der »gefährlichen Klassen«; in: ders. (Hrsg): Umkämpfter Sozialstaat. Ein Blick auf Klassenstrukturen und Transformationen, RLS Manuskripte Neue Folge 4, Berlin, S. 30-47.

Kahrs 2013: Horst Kahrs, Eine neue soziale Idee aus der Mitte der digitalen Gesellschaft?; in: ders. (Hrsg): Piratenzauber. Über eine Gesellschaft, die Freibeuter hervorbringt, Köln, S. 60-73.

Kroh/Könnecke 2013: Martin Kroh und Christian Könnecke, Arm, arbeitslos und politisch inaktiv?; in: DIW-Wochenbericht Nr. 42, S. 3-16.

Lamers/Roßteutscher 2014: Patrick Lamers und Sigrid Roßteutscher, Aspekte des Wählerverhaltens. Die Wahlbeteiligung; in: Schmitt-Beck/Rattinger/Roßteutscher/Weßels/Wolf 2014: Zwischen Fragmentierung und Konzentration. Die Bundestagswahl 2013, Baden-Baden, S. 119-132

Lux 2001: Thomas Lux, Jenseits sozialer Klassen? Eine empirische Überprüfung der Individualisierungsthese am Beispiel von Ungleichheitseinstellungen und Wahlverhalten; in: Zeitschrift für Soziologie, 40. Jg., 2011, Heft 6

Minkmar 2014: Nils Minkmar, Bürger sein ist Übungssache; in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 275, 26.11.2014, S. 9

Müller 1998: Walter Müller, Klassenstruktur und Parteiensystem. Zum Wandel der Klassenspaltung im Wahlverhalten; in Leviathan, 1998, Heft 4, S. 3-46

Müller 2000: Walter Müller, Klassenspaltung im Wahlverhalten - eine Realanalyse; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 52. Jg. 2000, Heft 4, S. 790-795

Müller 2014: Reinhard Müller, Staat ohne Bürger; in Frankfurter Allgemeine Zeitung, 215, 16.09.2014, S. 1

Neugebauer 2007: Gero Neugebauer, Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Thomas Petersen et al. 2013: Thomas Petersen, Dominik Hierlemann, Robert B. Vehrkamp, Christopher Wratil, Gespaltene Demokratie. Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013, Gütersloh.

Schäfer 2011: Armin Schäfer, Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger: Ist sinkende Wahlbeteiligung eine Gefahr für die Demokratie?, in: Evelyn Butzek/Sigrid Roßteutscher (Hrsg.): Der unbekannte Wähler? Frankfurt am Main, S. 133-154.

Schäfer/Vehrkamp/Gagné 2013: Armin Schäfer, Robert Vehrkamp, Jérémie Felix Gagné, Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013; unter: www.wahlbeteiligung2013.de

Schäfer/Roßteutscher 2015: Armin Schäfer und Sigrid Roßteutscher, Räumliche Unterschiede der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013: Die soziale Topografie der Nichtwahl; in: Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2013. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung. Wiesbaden, S. 99-118.

Schäfer 2015: Armin Schäfer, Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt/New York.

Standing 2011: Guy Standing, Die neue gefährliche Klasse; in: Berliner Republik, 4/2011. <http://www.b-republik.de/archiv/die-neue-gefaehrliche-klasse>

Tillmann/Gagné 2013: Christina Tillmann und Jérémie Felix Gagné, Von Performern und Prekären – wird Deutschland eine Demokratie der Besserverdienenden? In: *Einwurf. Ein Policy Brief der Bertelsmann Stiftung* 3/2013

Vehrkamp/Hierlemann 2013: Robert Vehrkamp und Dominik Hierlemann, »Ziemlich unpolitische Freunde – wer in Deutschland warum nicht mehr wählt«, in: *Einwurf. Ein Policy Brief der Bertelsmann Stiftung*, 1/2013.

Vehrkamp/Tillmann 2015: Robert Vehrkamp und Christina Tillmann, Prekäre Wahlen – Hamburg. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Hamburger Bürgerschaftswahl 2015, Gütersloh

vom Berge et al 2014: Philipp vom Berge et al., Wie sich Menschen mit niedrigen Löhnen in Großstädten verteilen, IAB-Kurzbericht 12/2014.